

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis dreimonatlich:
Wochenblatt 3.50 RM, monatlich 1.10 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen
jeite oder deren Raum 50 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Wahltag in Oesterreich!

Nach glänzendem Kampf haben Oesterreichs Arbeiter den glänzenden Sieg an die rote Fahne geheftet. Das der herrliche Feldzug zur Erringung des gleichen Rechts versprach, hat der dargelegte Tag den erprobten Kämpfern gehalten: als stärkste Partei ist bis jetzt die Sozialdemokratie aus der Wahlkluft hervorgegangen.

Was wir alle kaum glauben konnten, ist plötzlich lebendige, sinnfällige Tatsache: das alte, vermoderte, in Todeszuckungen sich krümmende Oesterreich ist heute ein verjüngter, moderner Staat mit neuen Entwicklungsmöglichkeiten und neuen Zielen.

Lang und schwer und heiß haben sie gerungen. Immer wieder zurückgeworfen, immer wieder in den politischen Sumpf zurückgestoßen, aus dem das Bürgertum keinen Ausweg wußte, haben sie unablässig Schritt für Schritt nicht den Boden nur erobert, nein, selbst erst den Boden trocken gelegt, von dem aus sie weiterkämpfen konnten.

Aber dieser Kampf war auch ein Meisterwerk. Kein Mittel parlamentarischen Einflusses blieb ungenutzt, kein Argument blieb in der Presse ungesagt, aber daneben erhob sich drohend und immer stürmischer die außerparlamentarische Macht des Proletariats, sah die Straßen unvergeßliche Demonstrationen, erstand die Organisation des Massenstreiks!

So entriß das Proletariat Oesterreichs den Machthabern den Erfolg, das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Doch die Gegner wollten wenigstens nicht ganz kapitulieren. Die einjährige Sechshäftigkeit sollte die proletarischen Wähler vermindern, die Wahlpflicht wenigstens in einigen Teilen den kühnen Angreifern die Masse der Trägen, Dummen, Gleichgültigen entgegenstellen.

Jedoch das Oesterreichische Proletariat hat die Berechnungen seiner Feinde zu Schanden gemacht. Ein Meister in der Benutzung außerparlamentarischer Macht, in der so oft verhöhten und in Oesterreich doch so segensvollen Politik der Straße, hat es sich auch als Meister gezeigt in der Benutzung des Wahlrechts.

Prächtig wie der Erfolg sind auch die Mittel, denen er zu verdanken ist. Siegerin des Wahlrechtskampfes wurde die Oesterreichische Partei durch kluge Ausnutzung der Situation, durch geschickte Anpassung an die Bedingungen des Erfolges, ohne doch je einem prinzipienlosen Opportunismus anheimzufallen.

Gegenüber dem Siege der Sozialdemokratie traten die übrigen Momente in den Hintergrund. Doch eines muß noch hervorgehoben werden. An Stelle der sonst üblichen nationalen Claquezänkerei ist diesmal der Kampf der großen Massen in der modernen Gesellschaft getreten. Die Chauvinisten sind zurückgedrängt, die Alideutschen, die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft und des gleichen Rechtes, vernichtet.

Die Arbeiter haben kein einziges Mandat errungen, ihre Führer sind unterlegen, Stein unserem Schuhmeier, Schönerer dem jungen Textilarbeiter Dösch. Die Christlichsozialen, die Erfinder der Wahlpflicht, konnten unseren Vorkämpfer ebensomenig hemmen, wie die Jungtschechen und tschechischen Chauvinisten den überaus erfreulichen, überraschend gewaltigen Sieg unserer tschechischen Genossen.

Die Wahlen haben gezeigt, daß die Arbeiterschaft Oesterreichs im Lager der Sozialdemokratie steht. Ihre glänzende politische Reife ist die Gewähr dafür, daß sie den Erfolg, den sie errungen hat, auch auszunutzen wissen wird zum Segen für das Oesterreichische Proletariat, zur Stärkung der Armee der internationalen Sozialdemokratie.

Deutschlands Sozialdemokratie sieht heute mit Freude und Stolz auf ihre Oesterreichische Bruderpartei! Wir wissen, daß ihr Erfolg auch der unserer ist. Der Sieg in Oesterreich stärkt unsere frohe Zuversicht, die keinen Moment lang erschüttert werden konnte durch einen Wahnfall, der unsere Hoffnungen nicht erfüllt hat.

Aus der Fülle der Telegramme, die den Einzelheiten der Riesentwahl nachzugehen suchen und aus denen sich erst ganz langsam ein Gesamtbild gewinnen lassen wird, — fehlen doch die Angaben über die Zahl der abgegebenen Stimmen noch fast ganz — heben wir für heute nur die folgenden hervor:

Prag, 15. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im ersten Wahlgang sind folgende böhmische Genossen gewählt: Vinocec in Raubitz-Land, Folber in Kolonitz-Land, Kleka in Prábram-Land, Spizer in Golln-Land, Kemesch in Piestitz-Land, Hudec in Auzla, Prolesch in Mährisch-Osttau, Tomasek in Mährisch-Osttau-Land, in Schlesiens Ginzr und Pospisichil.

Wien, 15. Mai. (B. T. N.) 80 Merkale und 60 Sozialdemokraten sind das Ergebnis des gestrigen Tages, und damit ist der Charakter des künftigen Abgeordnetenhauses gegeben.

Die Sozialdemokraten sind noch an 60 Stimmwahlen beteiligt und haben noch auf mindestens 10 Mandate zu rechnen. Die Deutsch-Freiwirtschaftlichen Parteien mit Einschluß der Frei-Alldeutschen und der Agrarier zählen bisher nur 28 Mandate. Die schwersten Niederlagen haben die Jungtschechen und die nationalradikalen Deutschen und Tschechen erlitten. Beide radikale Parteien hören auf politisch zu zählen.

Die „Produktivität“ der Marine- und Militärausgaben.

Bei der gestrigen Eröffnung der „Deutschen Armee-, Marine- und Kolonialausstellung“ hielt vor einem „erlauchten“ Auditorium, dem das Kronprinzenpaar, der Kolonialdirektor Dernburg und Oberst Deimling angehörten, der Ehrenvorsitzende des Ausstellungenkomitees, Generalmajor z. D. von Poser und Groß-Raedly, eine Ansprache, die auch folgenden Passus enthielt:

„Darüber hinaus wird die Ausstellung beweisen, wie unrichtig es ist, Armee, Marine und Kolonien als unproduktiv zu bezeichnen — im Gegenteil: viele Millionen Arbeiter werden durch sie ernährt, und die Erwerbsfaktoren werden durch sie in hohem Maße befruchtet.“

Diesem Platten Phrasen stellen wir einige Zitate gegenüber. In seiner Broschüre: „Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen“ schrieb seinerzeit Genosse Pardus:

„Die erste Forderung besteht darin, daß man Panzerschiffe baut. Das gibt, erklären diese Arbeiterfreunde, Beschäftigung für viele Arbeiter. Allerdings, jedoch Beschäftigung für Arbeiter geben ja auch die Ausgaben fürs Heer, überhaupt alle Ausgaben, die vom Staat gemacht werden. Denn das Geld selbst vermag doch nichts hervorzubringen. Das Geld ist nur eine Anweisung auf Arbeit. Wenn man dem Staat so und so viel Steuern oder Anleihen bewilligt, so bedeutet das nichts anderes, als daß man ihn in den Stand setzt, für seine Zwecke so und so viel Waren zu kaufen, oder Arbeiter zu beschäftigen. In solchem Sinne dienen auch die Kriegsausgaben dazu, um Arbeiter zu beschäftigen, indem für dieses Geld Getreide den Bauern abgekauft, alle anderen Lebensmittel den resp. Lieferanten, ferner Kleidung, Munition usw. Das Pulver, das man verfeuert, sei es in Kriege, oder bei Paraden, oder in Feuerwerken — es gibt Arbeit, gibt Beschäftigung. So ist es aber nicht nur mit dem Staat, sondern mit jeder Geldausgabe, und wäre es die größte Verschwendung. Darin liegt ja die Macht und der Reiz des Geldes, daß, wer es hat, damit nach seiner Laune Arbeiter „beschäftigt“, indem er diese oder jene Warenbestellungen macht. Der reiche Prop vermag nicht nur seine eigene Zeit zuzuschlagen, sondern auch die Arbeitszeit vieler rechtschaffener Leute zu vergeuden. Der Champagner kauft, bezahlt den Gastwirt, den Kellerer, den Weinbändler, den Weinbauer, den Flaschenfabrikanten usw. Stets behaupteten deshalb die Reichen, es sei zum Wohle des Volkes, wenn sie sich den Rauch mit Bekereien vollstopfen — wovon würden sonst die Arbeiter leben? Wehlich der Staat bei jeder Verschwendung von Geld und Arbeit des Volkes. Was man dabei nicht sehen will, ist, daß das Geld auch in den Händen des armen Mannes, des Steuerzahlers nicht verrotzt. Der Arbeiter, der Bauer mühen schon, was sie mit ihrem Geld anfängen sollten, wenn der Staat es

ihnen nicht als Verbrauchssteuern und sonstige Abgaben abgenommen hätte. Den Massen des deutschen Volkes fehlt schon mancherlei, es ist mancherlei, was die deutsche Arbeiter-, Handwerker- und Bauernfamilie braucht und nicht hat.

Hätte man nun diese Millionen nicht an den Staat abzuliefern gehabt, so würde man sich dafür vielleicht ein Kleidungsstück angeschafft haben, für das sich wohl in jeder Familie ein Bedarf herausstellen würde, oder der Arbeiter und Handwerker sähen um ein paar Mal im Monat öfter Fleisch auf dem Tisch und auch der Bauer wäre eher imstande, ein Schwein aufzufüttern und brauchte nicht die Ferkel im Sack nach dem Markte zu tragen, um ein paar Mark herauszuschlagen, die er zu Steuern oder Zinszahlung braucht. Erhält die Regierung die vielen Millionen für Marinezwecke, so wandern diese Geldsummen in die Kruppschen Hütten, in die großen Schiffswerften usw., werden für die Stahlplatten, Kanonen, Dynamit, Kohle, Marinezweck, Berg, Salz, Teer, zur Bezahlung der Rechnungen der deutschen Marineoffiziere verwendet — bleiben aber die Millionen in den Händen des deutschen Volkes, so bekommen die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter was zu tun, der Schneider, der Schuhmacher, der Bäcker, der Krämer, der Metzger! Ist es wichtiger, daß jeder im Volke einen Rod auf dem Leibe hat — oder daß die Schiffe diese Panzerplatten erhalten?“

Genosse Bebel führte in einer Reichstagsrede am 10. Februar 1900 aus:

„Arbeit könnte man auch schaffen, wenn man keine Flottenvorlage hätte. Beispielsweise brauchte Deutschland innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre mindestens 15 000 bis 20 000 Schulhäuser über das hinaus, was die Kommunen zu bauen imstande sind. Das wäre eine Ausgabe von 48 Millionen Mark. Wie viele Hospitäler, entsprechend den neueren Anforderungen, fehlen noch in den mittleren und kleineren Städten und auf dem Lande! Hundert Spitäler würden 30 Millionen Mark Ausgabe verursachen; wir brauchen Erholungsanstalten, Konvalenszentrenanstalten, Schwimmbadanstalten für die Hunderttausende von Kranken. Der Bau von 60 solcher Anstalten würde wieder 30 Millionen Mark kosten. Schaffen Sie alljährlich 100 Ackerbauerschulen, schaffen Sie Lehrstuhlanstalten, Bodenkulturanstalten, Verkehrsmittel, Unterhaltungen für Kunst und Wissenschaft — alles das würde Arbeit in Halle und Galle zur Förderung der Kulturaufgaben beschaffen.“

Endlich schrieb Herr Eugen Richter 1900 in seinem Schriftchen „Zur Flottenfrage. Ein kritisches ABC-Büchlein“:

„Für die Verstärkung der Flotte wird auf den großen Umfang von Bestellungen hingewiesen, welche danach für den Schiffsbau und die an demselben beteiligten Industriezweige zu erfolgen haben. Insbesondere wird auch hervorgehoben die Steigerung der Nachfrage nach Arbeitern, welche auf die Mehrung des Verdienstes derselben hinwirken müsse. Alles aber, was auf diese Weise einzelnen Industriezweigen zugewandt wird, kommt nicht vom Monde oder aus der vierten Dimension, sondern wird anderen Produktionszweigen entzogen; alle erforderlichen Mittel müssen aus dem bereits vorhandenen Volkvermögen geschöpft werden. Wenn diese Mittel nicht zum Bau von Kriegsschiffen verwendet werden, so werden sie darum nicht in der Erde vergraben, sondern erhalten anderweitig in der Volkswirtschaft eine zweckmäßige Verwendung. Wenn sie dabei ebenso wie alle anderen Ersparnisse aus der Volkswirtschaft zu neuen Unternehmungen und Kapitalanlagen verwendet werden, so ermöglichen solche Anlagen alsdann, dauernd Arbeiter zu beschäftigen und das ausgehende Kapital selbst zu verzinsen und zu amortisieren. Bei den Bauten für die Kriegsmarine aber handelt es sich nur um einmalige, vorübergehende Verwendungen für Zwecke, welche keinen Zinsertrag gewähren und selbst Kriegswerte nur für die Dauer von durchschnittlich 20 Jahren schaffen.“

Daß unser Freisinn selbst heute diesem Standpunkt Eugen Richters entgegen für die tollsten Flottenrüstungen zu haben ist, beweist nur seine reaktionäre Wandlung, nicht aber die Unrichtigkeit der Richterschen Begründung!

Politische Gerichtstage.

Jaurès' Anlagerede.

Paris, 12. Mai. (Fig. Ver.)

Jaurès hat Freitag und Sonnabend fünf Stunden lang gegen das Clemenceausche Regime gesprochen. Es war die längste und unbestreitbar auch eine der glanzvollsten und mächtigsten Reden unseres Genossen. Hatte der Redner am ersten Tage stellenweise sichtlich mit einer körperlichen Indisposition zu kämpfen, in die sich auch die Verstimmung über die Unaufmerksamkeit eines Teiles der Kammer für Darlegungen prinzipieller Art einflößt, so wurde am zweiten Tage die reduzierende Leidenschaft und Kunst Jaurès', die sich nun der Kritik der Regierungspolitik und der regierenden Männer selbst widmete, aller körperlichen und seelischen Hindernisse Herr. Der ungeheure Eindruck, den namentlich die Abrechnung Jaurès' mit Clemenceau und Briand machte, läßt sich kaum wiedergeben. Wahre Keulenische Lüge fielen auf die zwei Glückritter der Demagogie herab, die bei jedem Versuch, sie durch einen Einwurf abzulenken, noch lächerlicher wurden. Das Ministerium ist moralisch tot. Das war gestern im Parlament die allgemeine Meinung, die sich deutlich im donnernden Beifall der äußersten Linken, aber noch grausamer im Schweigen der radikalen Mehrheit äußerte. Es ist heute die Meinung der ganzen Öffentlichkeit.

Die Rede Jaurès' war nicht auf eine unmittelbare politische Wirkung angelegt, — denn daß die Abstimmung diesmal dem Ministerium noch einen Sieg bringt, darüber ist kein Zweifel möglich — aber eben darum zeigt sie einen unvergleichlich weiteren Horizont

als der Durchschnittparlamentarischer Aussprüche. Jaurès hat die Bedeutung der sozialistischen Bewegung für die menschliche Kultur, die Einheit der Rasse und Gabelfrage mit der idealistischen Auffassung des Lebens dargestellt und ferner in einer Analyse der Wirtschaft der Arbeiterkonföderation geschichtsphilosophische Betrachtungen über die revolutionären Prozesse angestellt, die man nur in ihrer Gesamterscheinung verstehen könne, nicht aber mit Hilfe von Zitateinsammlungen aus einer festigen Zeitschrift und aus Chroniken ihrer „Grenzen“ und Gewalttaten abzurufen sich anmaßen dürfe. Daran schloß sich eine Kritik jener Kampfmethoden, die von einzelnen Gewerkschaften und Sozialisten vertreten und von der Bourgeoisie mit tendenziöser Uebertreibung gegen die Arbeiterbewegung ausgespielt werden: wie die Aufforderung zur Desertion, der „Antipatriotismus“, der Sabotage, der Generalstreik. — Keuchend glücklich war die Abfertigung des Schönredners Deschanel, der die Libertaires, die Anarchisten, als Herren der Konföderation hingestellt hatte und dem nun Jaurès nachwies, daß diese Anarchisten selbst die Notwendigkeit, die gesetzliche Sonntagsruhe und das gesetzliche Koalitionsrecht zu verteidigen proklamieren haben, sobald in Wahrheit die Regierung, die diese Freiheiten mißachtet, anarchisierend handelt! —

Der dramatische Höhepunkt der Rede jedoch war die persönliche Auseinandersetzung mit den Ministern. Eine tiefe Bewegung ging durch das Haus, als Jaurès Clemenceau dessen Haltung in der Durchführungsfrage vorstellte. Und dann kam die Reihe an Viviani und Briand. Jaurès sprach hier mit unverkennbarer Erregung, aber fest entschlossen, den Sensationshändeln der Kammer keine Bestätigung zu bieten. „Glauben Sie,“ so rief er diesen zu, „daß ein politischer Zwiespalt zwischen Männern, die lange Zeit Kampfgesährten und persönliche Freunde zugleich waren, Stoff für eine Schauspielszene werden darf? Ich für meinen Teil erfülle meine Pflicht Ihnen gegenüber ebenso wie gegen Ihre anderen Ministerkollegen. Aber ich weiß, daß, welches auch die Ereignisse seien, die im Leben die Menschen trennen und die Solidaritäten brechen, ich weiß, daß man seine Freunde von gestern nicht verlegen kann, ohne sich selbst zu verlegen.“ — Aber mit unmaßstäblicher sachlicher Schärfe ging Jaurès gegen die zwei Sozialisten los. Man kann sich keine treffendere Kritik denken als die an Briand geübte: „Ich glaube nicht, daß sich der Herr Unterrichtsminister so verändert hat, wie man behauptet. Gewöhnlich sind es überhaupt nicht die Menschen, die sich ändern, sondern die Meinungen, die man sich von ihnen macht! Schon damals, als Herr Briand ganz am Beginn seines Weges mit der Lebhaftigkeit seines Geistes den anarchisierenden Genossen begegnete, gestehen sie ihm durch ihren abenteuerlichen Individualismus und auch darum, weil er bemerkte, daß diese wilden und kindlichen Seelen durch den Mechanismus der Eigenliebe, der Kameraderie gelenkt werden könnten, und schon damals versuchte er sich in seinen staatsmännischen Fähigkeiten, indem er sie disziplinierte, zähmte und dazu brachte, die Bombe mit der kurzen Leine gegen den Generalstreik auszutauschen, der zwar auch explosibel ist, aber auf längere Distanz! Später hat er allerdings, ohne den Generalstreik aufzugeben, die Methode der gesetzlichen und parlamentarischen Evolution hinzugefügt. Als ich dann Briand in die Regierung eintreten sah, erinnerte ich mich, mit welcher Bewußtlosigkeit er auf unseren Kongressen den revolutionären Generalstreik und die parlamentarische und ministerialistische Methode kombiniert und balanciert hätte, und ich sagte mir, daher wenigstens die Eitelkeit, den Stolz auf sich selbst, auf seinen eigenen Gedanken, auf seine Vergangenheit, ja fast möchte ich sagen, den Stolz auf seine Geschicklichkeit haben würde, um das Gepäck des Generalstreiks nicht in dem Augenblick seines Eintritts wegzuworfen, und zum mindesten zu dulden, daß andere die Propaganda, die er aufgegeben hatte, fortsetzen — den Stolz, nicht die Wille der Regierungsgewalt auf diejenigen niederfahren zu lassen, die sich an seinem Geiste inspirierten.“ — Jaurès verlas hierzu die entscheidenden Stellen von Briands berühmter Parteireden, die den Generalstreik als die modernste, schlaueste Organisation der Revolution hinstellt, aber auch die Verankerung enthält, er, Briand, wolle auch im Kampfe mit Säbel und Flinten seinen Raum finden! — Briand hat damals zudem ausdrücklich vom Soldatenstreik und von der Insurrektion gesprochen. . . . Der Streik, den er damals den Soldaten riet, scheint ihm jetzt bei den Beamten unerträglich, weil er — die öffentlichen Dienste in Verwirrung bringe! Briand hat damals erklärt, daß, wenn die Offiziere Feuer kommandieren, die Gewehre ohne Zweifel losgehen würden, aber nicht in der gewünschten Richtung! Das antimilitaristische Manifest, dessen Unterzeichner jetzt verfolgt werden, geht nicht so weit. Es sagt nur: „Wenn auch Feuer kommandiert wird, so schießt nicht!“ Briand selbst hat diesen Satz formuliert und als er ins Ministerium eintrat, veränderte er am ersten Tag von seiner Bank aus: „Ich komme mit allen meinen Ideen hierher, ich verkenne keine einzige!“ Heute wagt er es, die Befehle dieser Idee zu verfolgen. Das Urteil über diese Politik läßt sich in einem Satz zusammenfassen: „Entweder das nicht, oder Sie selbst nicht!“ —

Der Tag des Verräters.

Paris, 13. Mai. (Fig. Ber.)

Genügt es, um Recht zu behalten, seine Mundfertigkeit und seine Augenfertigkeit zu behalten? Dann allerdings hätte Briand heute an Jaurès seine Bedanke genommen. Fast drei Stunden lang hat er gesprochen, und die Majorität — vom rechten Zentrum bis zur Masse der Radikalsocialisten — feuerte ihm zu Ehren eine Beifalls- salve nach der anderen ab. Die Rede war dieses Beifalls würdig wert. Sie hat die würdig eingeleitete und von Jaurès auf die Höhe sozialphilosophischer Betrachtung emporgetragene Debatte in die Niederung persönlicher Manöver herabgedrückt, dem Entfaltungsmus des Anklägers ein Feuerwerk jhmischer Advokatenkünste entgegengeleitet. Von einer politischen Idee war in dem Ganzen keine Spur, wenn man nicht Phrasen wie die von der „Ordnung, welche die Voraussetzung aller Reformen“ sei, von der Notwendigkeit der „Autorität“ und „Disziplin“ und dergleichen als solche ansehen will — Wendungen, die ein Studt, ein Stolyhin oder auch ein Wilso unverändert von dem „republikanischen“ Kollegen übernehmen könnte.

Ein — wenn man will — virtuoses Spiel mit kleinen Worten, ein Spiel, dessen Elemente zudem meistens aus der Kasse der kapitalistisch-reaktionären Presse geholt waren: das war alles, was Briand zu seiner Verteidigung vorzuführen vermochte — ein Rechtfertigungssystem, dessen steifenweise angelegene Wiederholungs-Gemütsdöne noch unangenehmer wirkten, als die Effekte, die Briand in einer Zahl höhnischer Apostrophen suchte. Um seinen Parteiverrat zu rechtfertigen, kam er immer wieder darauf zurück, daß Jaurès damals den Ministerialismus verteidigt habe, wobei er sich nicht scheute, gelegentliche Anmuthäußerungen unseres Genossen aus der Zeit der alten Freundschaftsintimität ans Licht zu zerren. Kennzeichnend für den Charakter des Redners ist seine Erklärung, daß er seine Rede über den Generalstreik gehalten habe, um Verwirrung in die Reihen der antimilitaristischen Sozialisten zu bringen, gegen die Jaurès damals gekämpft habe! Jaurès solle ihm daher diese Rede nicht zum Vorwurf machen! Herr Briand hat also damals seine Verleumdung zur blutigen Revolution verurteilt,

um durch diesen demagogischen Kniff der Parteifraktion, die für die Politik des Klassenkampfes eintrat, Abbruch zu tun!

Als Briand Jaurès entgegenstellte, daß er ihn selbst unter den Parteiverhältnissen habe leiden sehen, antwortete unser Genosse mit schlichter Würde: „Selbst wenn ich leide, bleibe ich mit meiner Partei vereint.“ Der eine Satz zeigte, wie weltentweit der Erfolgspolitiker Briand vom Sozialismus entfernt ist.

Soll man von den „Argumenten“ Briands im einzelnen sprechen? Von dem beim reaktionären Drehgelichter erbetelten Einfall z. B. Herbes als „Chef der Partei“ zu bezeichnen? — Hat doch Briand, um die Verfolgung der Beamten-gewerkschaftler zu rechtfertigen, sich sogar nicht geschont, syndikalistische Axiome zu zitieren, die den Eintritt der öffentlichen Beamten in den Gewerkschaftsverband mißbilligen! Herr Briand tut also, als ob er gerade seine Gewerkschaftsfreundlichkeit beweise, indem er diese gar nicht benannten Elemente fernhalte. Aber er hat verschwiegen, daß es gerade „antipatriotische“ Gewerkschaften sind, die jene Meinung äußern, weil sie vom Eintritt der Beamten eine Schwächung ihrer Position in den Gewerkschaften befürchten. Am Ende wird sich der Geschichte Herr Briand, wenn sich die Dinge wieder einmal ändern und er seine Rechnung besser bei der Arbeiterschaft zu finden glaubt, darauf berufen, daß er den Antipatriotischen durch seine Beamtenverfolgungen einen Dienst erwiesen hat — genau so wie er jetzt seine revolutionäre Generalstreikrede auf die Absicht zurückführt, auf schlaue Weise für den reformistischen Sozialismus zu wirken. —

Ein Vertrauensvotum ohne Vertrauen.

Wie stark das Übergewicht der radikalen Mehrheit über die Situation ist, in welche die Regierung sie gebracht hat, das geht aus der Tagesordnung hervor, die von der Delegation der Linken heute stilliert wurde. Die Tagesordnung enthält keine Billigung der Maßregelungen und Verfolgungen, sie spricht den Entschluß der Kammer aus, die Beamten gegen jede Willkür zu schützen, spricht aber andererseits der Regierung das Vertrauen aus, in der Erwartung, daß sie die Arbeiterkonföderation zur Beobachtung ihrer gesetzlichen Aufgaben zwingen werde! Man erkennt in dieser, von der Delegation mit allen gegen zwei Stimmen angenommenen Tagesordnung eine Zweideutigkeit, die zugleich feige und hinterlistig ist. Indem die bisherigen Gewaltmaßregeln nicht ausdrücklich gerechtfertigt werden, lehnt die republikanische Bourgeoismehrheit die Verantwortung für sie ab, andererseits verlangt sie ziemlich deutlich besondere gesetzliche Maßregeln gegen die Arbeiterkonföderation, also gerade das, was Briand und Viviani unter Androhung ihres Rücktritts abgelehnt haben! Die Annahme dieser Tagesordnung, die allerdings vor Briands Rede ausgearbeitet worden ist, würde Briands und Vivians Demission zur Folge haben müssen. Die Regierung hat sie darum für unannehmbar erklärt. Vermuthlich wird es indes noch gelingen, bis morgen eine heiden Teile genehme Formel zu finden, da Clemenceau seine längst drückende Regierung noch einer partiellen Kreise kaum mehr restaurieren könnte. Herr Briand hat sich ja auch wieder um den Pardon der Bourgeoisradikalen bemüht. Ein solcher fintenlindiger Gladiateur ist es schon wert, daß sich die Damen Gnade während erheben.

Der Sieg der Regierung.

Briand gerichtet von — Clemenceau.

Paris, 14. Mai. (Fig. Ber.)

Einen „Triumph“ haben die sozialreaktionären Republikaner Briands eifenschnige Verteidigungsrede genannt. Aber heute ist der fahnenflüchtige Landstreich durch die Spiege gejagt worden. Es war eine grausame Exekution, an der alle Parteien teilnahmen.

Sembat zumal exekutierte die Demaskierung des Exgenossen mit einer Rücksichtslosigkeit, auf die dieser gestern voll auf das Anrecht erworben hatte: Herr Briand hat einen ungeheuren Erfolg gehabt. Er hat auf Jaurès losgeschlagen, und das genügt heute, um die Kammer zu begeistern! Sie verleumdete sich aber selbst, Herr Briand, wenn Sie jetzt behaupten, Sie hätten den Generalstreik verteidigt, um Jaurès einen Dienst zu erweisen und Suede und Baillant einen Streich zu spielen. Nein, es war nicht Taktik allein. Und 1000 hätte Jaurès gar nicht nötig, „gerichtet“ zu werden. Uebrigens, war es denn ein Dienst für Jaurès, daß Briand der Mitarbeiter des Anarchisten Sebastian Faure bei der „Voix du Peuple“ war? Gewisse Leute haben nicht das Recht, Handlungen zu bestrafen, zu denen sie selbst aufgefordert haben: Der Unterrichtsminister hat erklärt: er sei mit allen seinen Ideen in die Regierung eingetreten. Also gibt es einen verbotenen Generalstreik, nämlich den der Konföderation, und einen erlaubten, den der Regierung?! Die Arbeiterkonföderation, die man ihnen in so furchtbaren Farben malt, ist weiter nichts als ein telephonisches Zentralbureau! Sie können sie aber darum auch nicht vernichten, denn nach der Auflösung würde sie nur unter einem anderen Namen auferstehen.

Nun bestieg Jaurès die Rednertribüne. Mit Briand rechnete er ganz kurz ab, indem er feststellte, daß der Unterrichtsminister noch vor 2 Jahren die Postbeamten aufgefordert hat, sich gewerkschaftlich zu organisieren! Auf die vielen über ihn herniederprasselnden Zwischenrufe und Zwischenreden antwortete Jaurès in schlagender Weise.

Die grausamste Züchtigung hat Briand übrigens nicht von einem oppositionellen Sozialisten, sondern von seinem eigenen Ministerpräsidenten erfahren! Clemenceaus Rede, die durch unzählige Zwischenrufe von allen Seiten arg zerrissen wurde und oft des Zusammenhangs entbehrte, war sicher kein Kabinettsstück advokatorischer Kniffligkeit, wie die des Unterrichtsministers, und durch ihre Ausfälle nach allen Seiten hin taktisch sogar sehr ungeschickt. Aber sie zeigte den ungeheuren Unterschied, der doch zwischen der Persönlichkeit und dem Ideenkreis der beiden Männer besteht: Clemenceau erklärte mit Nachdruck, er werde die Arbeiterkonföderation nicht verfolgen und nur mit einer radikalen Mehrheit regieren! Seine ganze Rede war ein so unverkennbares Protest gegen Briands Versuch, sich als Mann der „Ordnung“ bei den Gemäßigten in Empfehlung zu bringen, daß schallende Heiterkeit durch das Haus brauste, als der Präsident zwei neue, aufsehenerregende im Einverständnis der Unterzeichner eingebrachte Tagesordnungen verlas, von denen die eine mit der Billigung von Clemenceaus, die andere von Briands Erklärungen den Uebergang zur Tagesordnung aussprach! — Die Erklärungen Clemenceaus wurden stellenweise auch von den Sozialisten mit demonstrativem Beifall aufgenommen.

Die Regierung ist vorläufig gerettet. Die sozialistischen Tagesordnungen erhielten nur 75 bis 120 Stimmen. Die von der Regierung akzeptierte, die der radikale Roujan und der „unabhängige“ Sozialist Gerauld Richard einbrachten, hatte folgenden Wortlaut:

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, weist jeden Zusatz zurück und geht zur Tagesordnung über.“

Der erste Teil wurde mit 351 gegen 214, der zweite („weist jeden Zusatz zurück“) mit 225 gegen 235 Stimmen angenommen, hierauf die gesamte Resolution mit 343 gegen 210 Stimmen.

Das Resultat war zu erwarten. Aber wie lange wird der Einfluß des Ministeriums auf die ganz desorientierte Kammer noch vorhalten? Und wird Briand die öffentliche Verurteilung ertragen, die ihm sein Chef heute hat angedeihen lassen?

Paris, 15. Mai. (W. T. V.) Nach den amtlich richtig gestellten Riffen hat die Kammer die Vertrauensstagesordnung für die Regierung mit 227 gegen 200 Stimmen angenommen. Die Mehrheit umfaßt die radikale und die demokratische Linke, die demokratische und republikanische Vereinigung, die meisten Mitglieder der sozialistisch-radikalen Linken, 10 unabhängige Sozialisten, 20 gemäßigte Republikaner und 1 Nationalisten. Die Minorität setzt sich zusammen aus der Rechten und dem größten Teil der gemäßigten und geeinigten Sozialisten, 21 Radikalen und Sozialisten-Radikalen und 12 unabhängigen Sozialisten. 20 Deputierte enthielten sich der Abstimmung.

Die regierungsfreundlichen Blätter erklären, daß der Sieg des Ministeriums, der übrigens dem Auftreten Briands zu verdanken sei, seine Tragweite und seine Dauer haben werde. Sie weisen insbesondere darauf hin, daß der Regierung in der Frage der Verstaatlichung der Westbahn, die demnächst im Senat verhandelt werde, neue und wohl noch größere Schwierigkeiten bevorstehen.

Die radikalen Blätter meinen, daß durch die schlagigige Debatte die parlamentarische Lage sich in einer für das Ministerium und dessen Anhänger ersten Rangs Weise geklärt habe. Die radikalen Parteien seien sicher, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes hinter ihnen stehe.

Paris, 15. Mai. In Besprechung der gestrigen Kammerführung schreibt Jaurès heute in der „Humanité“, das Kabinett habe einen empfindlichen Stoß erlitten und sei erschüttert.

Das Ergebnis der britischen Reichskonferenz.

London, 12. Mai. (Fig. Ber.)

Ungefähr vier Wochen haben die Beratungen, Bankette und Festlichkeiten der fünften Londoner Reichskonferenz gedauert, aber ihre direkten, greifbaren Ergebnisse sind gering. Das Gefühl der Reichseinheit wurde ohne Zweifel gestärkt und manche Vorarbeit zur Reichsorganisation geleistet, aber die eigentliche Aufgabe der Reichskonferenz harrt noch der Lösung.

Die Wahrheit ist, daß zwischen den Vertretern der liberalen Regierung und denen der selbständigen Kolonien ein gewisses Mißtrauen herrschte. Die Berichte über die Konferenzberatungen waren stark gekürzt, so daß das Publikum keinen klaren Einblick in die Vorgänge erhalten konnte, allein in London gibt es keine Geheimnisse. Aber zwischen den Zeilen der Artikel der englischen Presse lesen kann, sieht bald, daß es bei der Konferenz an jener Aufrichtigkeit und Offenheit fehlte, die eine der Hauptbedingungen bildet für das Gedeihen einer freiwilligen und gemeinschaftlichen Arbeit. Sir Henry Campbell-Bannerman und seine Minister, die im Freihandelsystem den Grundstein des Liberalismus erblickten, fürchteten den Einfluß der schutzöllnerischen kolonialen Vertreter auf die öffentliche Meinung Englands, und die kolonialen Premierminister überzeugten sich bald, daß sie bei Campbell-Bannerman nichts ausrichten werden, da ihm — wie den meisten seiner Kollegen — das Wort „Imperialismus“ zuwider ist. Der englische Liberalismus, wie er durch die jetzige Regierung repräsentiert wird, hat für eine umfassende militärische und wirtschaftliche Reichsorganisation nichts übrig. Und so lange er am Ruder bleibt, wird aus dem Imperium Geburtdwehen nur ein Mühschen zur Welt kommen.

Ein Gefühl bitterer Enttäuschung geht jetzt durch die Reihen der Konservativen; der Kampf zwischen den Parteien wird schärfer; die liberale Regierung wird als der Stein des Anstoßes betrachtet, der um jeden Preis hinweggeräumt werden müsse. Mr. Balfour, der Führer der konservativen Opposition, erklärte sich letzte Woche unumwunden für einen Reichstarif, also für einen kleinen Lebensmittelzoll. Campbell-Bannerman antwortete mit einer Rede in Manchester, in der er seine ganze Kraft aufbot, um die Liberalen an sich zu fesseln und sie gegen die nunmehr geeinigte konservative Partei in den Kampf zu führen. Die Einigung der konservativen Partei, die durch die Erklärung Balfours für den Chamberlainschen Gedanken zustande gekommen ist, bildet das wichtigste, wenn auch indirekte Ergebnis der Reichskonferenz. Alle anderen Resultate sind nur Vorarbeiten, aber keine endgültigen Lösungen.

Neumen wir die Beschlüsse der Konferenz einen nach dem anderen:

Start war die Hoffnung, daß ein permanenter Reichsrat gegründet werde. Man glaubte, daß die in London residierenden Generalagenten im Verein mit einem Vertreter der englischen Regierung den Reichsrat bilden sollen, dessen oberste Instanz die periodisch einzuberufende Reichskonferenz sein sollte. Statt dessen wurde nur ein Sekretariat im englischen Kolonialministerium geschaffen, das die alle vier Jahre abzuhaltende Reichskonferenz vorzubereiten hat. Der Vertreter Australiens, Mr. Deakin, beantragte, dieses Sekretariat dem englischen Premierminister zu unterstellen und den Premierminister zum Vorsitzenden der Reichskonferenz zu machen, um auf diese Weise dem Reiche einen organischen Zusammenhang zu geben und den englischen Premierminister zum Oberhaupt oder Präsidenten des Reiches zu machen! — Aber Sir Henry Campbell-Bannerman lehnte diesen Plan entschieden ab. — Die Folge ist, daß wir nun anstatt eines permanenten Reichsrates mit dem englischen Premierminister als Präsidenten nur ein untergeordnetes, bürokratisches Sekretariat haben. —

Die Verteidigung des Reiches machte einen kleinen Fortschritt durch die angenommene Resolution, welche die Bildung eines Reichsgeneralsstabes, die Vereinheitlichung der Waffen und der Munition beschränkt. Der Austausch von kolonialen und englischen Offizieren, das Studium des Verteidigungsproblems vom Reichsstandpunkte, die Förderung der Seemacht in den Kolonien sind weitere Mittel zu diesem Ziele. General Botha erklärte bei der Gelegenheit, daß es wünschenswert sei, der Föderation Südafrikas vorzugreifen und die Bildung einer südafrikanischen Armee aus Buren und Briten in Angriff zu nehmen. Ebenso, meinte er, sei es nötig, die englische Garnison in Südafrika vorläufig zu behalten, da die Verteidigungsmittel Transvaals ungenügend seien! Diese Aeußerung hat viel Staunen hervorgerufen, aber keine offizielle Erklärung gefunden.

In bezug auf die Auswanderung von England wurde nach einem Referate von John Burns beschloffen, den englischen Auswanderungsstrom nach den selbständigen britischen Kolonien zu lenken.

Der Hauptgegenstand der Konferenz war, wie sich von selbst versteht, die australische Resolution über die Aufstellung eines Reichsvorzugsstarifes. Deakin begründete

die erste Kolonialkonferenz im Jahre 1887 auf Antrag des Rappertreters Hohmeyr mit diesem Gegenstande beschäftigt habe. Der Grundsatz: „Kaufe auf dem billigsten Markte und verkaufe auf dem teuersten Markte“ sei nicht der höchste Grundsatz! Zollpolitik bilde nur ein Mittel zu einem Ziele. Das Ziel sei die Blüte, die Stärke und das Wohlergehen der britischen Staaten. Verlangt dieses Ziel eine andere als die bisher befolgte Zollpolitik, so müsse diese geändert werden. Die Einfuhr englischer Fabrikwaren nach den Kolonien habe nicht gleichen Schritt gehalten mit der Einfuhr nichtenglischer Waren. In den letzten 20 Jahren war die fremde Einfuhr nach Australien größer als die englische: Im Jahrzehnt 1880—1889 um durchschnittlich 27,3 Prozent, im Jahrzehnt 1896—1905 um 38,7 Prozent. Dennoch seien die fremden Märkte für australische Ackerbauprodukte so gut wie verschlossen. Der Sinn der korporativen Einheit des Reiches müsse gepflegt werden, wobei die Freiheit und die Selbständigkeit der einzelnen Glieder nicht im geringsten eingeeignet zu werden brauche. Australien habe bereits Vorzugstarife mit Kanada und Südafrika abgeschlossen; ein Tarif mit Neuseeland werde folgen. Das Reich müsse zusammenhalten und die Glieder fester aneinanderschließen, wenn es gedeihen, wenn es auch fernerhin erfolgreich um seine Existenz ringen wolle.

Sir Josef Ward, der Vertreter Neuseelands, hielt eine ähnliche Rede und wies ebenfalls hin auf die Zunahme der fremden Einfuhr gegenüber der englischen. Die Hauptfrage sei, daß England seine bisherige Politik des Gehentlassens (policy of drift) aufbebe.

Dr. Jamson, der Vertreter der Kapkolonie, schloß sich den Anschauungen Deatins und Wards an. Er betonte, daß eine bessere Zollpolitik Englands die Wein- und Tabakindustrie Südafrikas, die so verheerungsvoll gewesen, gerettet haben würde. Aber England zog es vor, seine Weine aus Frankreich und seinen Tabak aus Amerika zu beziehen, und Südafrika müßte die Wein- und Tabakkultur eingehen lassen.

Sir Wilfrid Laurier trat für die Wiederbestätigung der Resolution vom Jahre 1902 ein, die bekanntlich einen Reichsvorzugstarif verlangte. Kanada werde, so führte Laurier aus, infolge seiner Nachbarschaft mit den Vereinigten Staaten immer einen großen amerikanischen Handel haben, aber die kanadische Regierung tue alles, um das Band der Reichseinheit zu stärken. Die kanadischen Bahnen laufen nicht nach Süden, sondern nach dem Osten und Westen. Auch die Kanäle werden so gebaut, daß sie den Verkehr mit England förderten. Die öffentliche Meinung Kanadas sei fast einmütig für den Vorzugstarif, aber man dürfe das Mutterland nicht zwingen, rascher zu gehen, als es für wünschenswert halte.

Gegen die kolonialen Premierminister ließ Sir Henry Campbell-Bannerman aufmarschieren: Sir James Mackay, Mr. Asquith, Lloyd George, Winston Churchill, die sich im Namen Englands und Indiens gegen eine Verringerung der bisherigen Zollpolitik aussprachen: England sei für alle zivilisatorischen Maßnahmen, die das Reich befestigen könnten, aber am Freihandelssystem dürfe nicht geändert werden.

Deatins antwortete auf alle Einwände der Vertreter der englischen Regierung, aber die australische Resolution erhielt nur die Stimmen der kolonialen Vertreter; England stimmte dagegen — General Botha enthielt sich der Abstimmung, offenbar auf Ansuchen Sir Henry Campbell-Bannermans. Die Folge dürfte sein, daß die Kolonien mit einander Vorzugstarife abschließen werden und daß England die ihm gewährte Vorzugsbehandlung annehmen wird, ohne eine gleiche Gegenleistung gewähren zu können! Es ist indes nicht zu vergessen, daß das englische Volk die enormen Kosten der Reichsverteidigung trägt und daß es dadurch den Kolonien erspart bleibt, große Militäretats aufzustellen. Die selbständigen Kolonien sind tatsächlich freie Staaten ohne militärische Aufgaben, wodurch sie in den Stand gesetzt werden, sich dem inneren Ausbau ihrer Länder ungehindert zu widmen.

Die Politik der derzeitigen englischen Regierung wird trefflich charakterisiert durch die Tatsache, daß sie überhaupt alle kolonialen Resolutionen abgelehnt hat, die auf eine Beschränkung des Handels und Verkehrs fremder Länder abzielten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Mai 1907.

Landtagsferien.

Die Dreiklassenwählerkoren widmeten sich heute nur noch eine Stunde lang der anstrengenden Tätigkeit des Gesetzgebens: Zunächst versagten sie dem Petersfreundes Kardoff die Genehmigung, in dem Verleumdungsprozeß des deutschen Kulturträgers Karl Peters gegen unser Münchener Parteiorgan als Zeuge aufzutreten. Dann nahmen sie das Jagdgesetz in dritter Lesung endgültig an, nachdem ein Teil der Konservativen unter heuchlerischem Augenaufschlag erklärt hatte, im Interesse der kleinen Grundbesitzer gegen die Vorlage stimmen zu müssen.

Eine Begegnung für die Provinz Posen und eine Kreisordnung für Schleswig-Holstein füllten den Rest der Sitzung. Dann waren die Abgeordneten im Dreiklassenparlament so erschöpft, daß sie beschloßen, mindestens drei Wochen Ferien zu machen. Nach Pfingsten werden sie noch einige Sitzungen mit allerhand Kriminalstrafs verdröseln — sie bekommen ja, anders als im Reichstage, für jede Sitzung mehr auch 15 Mark Diäten mehr.

Sozialpolitische Bremser!

Rationalliberale und Konservative beginnen bereits, vor sozialpolitischen Konzeptionen einbeuglich zu warnen. Die „Magdeb. Zig.“ richtet an konservative, Zentrum und Linksliberale die Mahnung, man möge sich doch nicht darüber täuschen, daß auch „das denkbar größte und wohlwollendste Entgegenkommen die Sozialdemokratie niemals besiegen oder entwaffnen werde.“

Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt demgegenüber für die Konservativen die Ehre in Anspruch, auf dies Argument „schon seit Jahren in nachhaltigster Weise hingewiesen“ zu haben. Das Blatt fährt dann fort:

„Konservativer Grundsatz war es stets, lediglich vom Christlichen, nicht aber von politischen Gesichtspunkten aus Sozialreform zu treiben, und wir haben stets, wie das jetzt in dem genannten nationalliberalen Blatte geschieht, davor gewarnt, durch übertriebene Ansprüche und Vorkavale ungerichter Projekte die Erwartungen der Arbeiter immer mehr anzuspannen, da dadurch nur unerfüllbare Verheißungen nachgerufen und der sozialdemokratischen Agitation, die ja im Versprechen

immer voraus ist, der Boden bereitet wird. Wer aber hat an sozialpolitischen Massenanstrengungen im neuen Reichstage das meiste geleistet? Die Rationalliberalen.“

Dah nun ein nationalliberaler Organ in so entscheidender Weise auftritt, um vor der Ueberlastung des Schiffes, das in unbekannte Meere hinausfährt, zu warnen, halten wir für sehr verdienstlich, und daß darin auch auf das Erfordernis großer Mittel zur Durchführung aller dieser sozialpolitischen Aufgaben hingewiesen wird, dünkt uns ebenfalls richtig. Staatsgelder seien, so schreibt das Blatt, überaus beschränkt, wenn man sie empfangt, aber sie seien verhaßt, wenn sie bei dem einzelnen Bürger eingetrieben würden. Haben wolle jeder, geben keiner; was man gebe, habe den häßlichen Namen Steuer.

Es wäre zu wünschen, daß diese Ausführungen allseitig — besonders auch in der nationalliberalen Partei — beherzigt werden möchten.“

Die „Kreuz-Zeitung“ schließt sich also den Warnungen des nationalliberalen Organs vor einem wirklichen Ausbau unserer Sozialpolitik mit allem Nachdruck an! Sie weist auf die dem Staate erwachsenden Lasten hin. Bei der marinierten und kolonialen Milliardenverschwendung spielt für diese „christlichen“ Arbeiterfreunde das Moment immer unerträglichere Steuerlasten — sofern nur die Agrarier selbst nichts zu zahlen brauchen! — nicht die mindeste Rolle!

Diese sozialpolitischen Bremsversuche der Konservativen und Rationalliberalen beweisen zu allem Ueberflusse, wie wenig Erprießliches auf sozialen Gebiete auch künftig von der konservativ-liberalen Paarung zu erwarten ist!

Junker dürfen schreien — Beamte haben das Maul zu halten!

Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben hat der Regierung von Danzig folgende Weisung zugehen lassen:

„Die Regierungsekretäre und Hauptkassenbuchhalter der dortigen Regierung haben in der durch Ew. Hochwohlgeboren Vermittlung und eingereichten Kollektivvorkellung vom 20. November v. J. beantragt, eine Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge herbeizuführen. Von dieser Vorkellung haben sie Abdrücke den Regierungsekretären und Hauptkassenbuchhaltern sämtlicher übrigen Regierungen mit der dringenden Bitte übersandt, auch ihrerseits eine solche Petition an uns zu richten, und damit den Erfolg erzielt, daß derartige Kollektivbegehren, ebenfalls durch Vermittlung der Herren Regierungspräsidenten, in großer Zahl eingereicht worden sind. Wir müssen dieses Vorgehen der dortigen Beamten entschieden mißbilligen. So wenig es dem einzelnen Beamten verwehrt ist, für seine Person Wünsche, die seine persönlichen oder dienstlichen Verhältnisse betreffen, bei den vorgesetzten Behörden zur Sprache zu bringen, so wenig sind dahin abzielende Kollektivvorkellungen einer Beamtenklasse an sich schon als angemessen zu erachten. Es können aber derartige Kollektivbegehren im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin und des guten Geistes unter den Beamten unter keinen Umständen gebilligt werden, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, einer Agitation ganzer Beamtenkategorien dienen, die durch die Gemeinsamkeit des Vorgehens einen Druck auf die vorgesetzte Behörde auszuüben bezweckt. Da hier Anzeichen dafür vorliegen, daß von irgend einer Seite auch der Versuch gemacht worden ist, in die Ranks- und Unterbeamten eine ähnliche Bewegung zu tragen, ersuchen wir Ew. Hochwohlgeboren ferner, auch diesen Beamten, sowie den nicht etatsmäßigen Beamten des Bureau, Registratur- und Kassendienstes eine entsprechende Belehrung zuteil werden zu lassen.“

Preussische Beamte dürfen also nicht einmal kollektiv petitionieren! Sie dürfen lediglich persönlich vorstellig werden. Ramentlich aber wenn sich Unterbeamte eines solchen Verstoßes gegen die „Disziplin“ schuldig zu machen anschicken, ist ihnen energisch der Standpunkt klarzumachen!

Preussische Minister dürfen sich an Zippelstreich-Geschäften der bedenkenlichsten Art beteiligen — aber preussische Unterbeamte dürfen nicht einmal eine gemeinsame Petition einreichen! —

Dernburgs Afrikareise.

Dernburg hat, wie er selbst am Montag auf dem parlamentarischen Abend beim Reichskanzler mitteilte, seine Reise nach Afrika auf den 11. Juli d. J. verschoben. Der Grund dieser Verschiebung soll in der bevorstehenden Organisation des Reichskolonialamts zu suchen sein. Wie weiter verlautet, wird Dernburg seine diesjährige Reise auf Ostafrika beschränken, während die Reise nach Südwestafrika auf eine spätere Zeit verschoben worden ist.

Am besten ersparte Herr Dernburg dem Reiche überhaupt die Kosten seiner Reise, denn er wird ja doch nur potentielle Kolonialdörfer zu sehen bekommen. Gymnien auf die Urwaldpracht und das herrliche Klima haben ja die Herren Semler, Storz und Konsorten schon zur Genüge angestimmt. Zweck hätte die Reise nur dann, wenn er als Sarun al Masaid reisen, also wirklich alles sehen würde, und wenn er in erster Linie auch die Absicht hätte, aller Kolonialkorruption energisch zu Leibe zu gehen. Das erstere ist aber ausgeschlossen und das letztere nicht minder. Gerade Dernburg, dieser Typus des rücksichtslosesten kapitalistischen Draufgängerturns, wäre der letzte, von dem ein Vorgehen gegen die mit dem kapitalistischen Kolonialsystem untrennbar verbundenen Schäden zu erhoffen wäre! —

„Christlichnationales.“

„Selt einiger Zeit haben wir in Deutschland bekanntlich eine „Christlich-nationale Arbeiterbewegung“, die sich zusammensetzt aus den christlichen Gewerkschaften, den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen und einigen antisemitischen Organisationen, denen zuliebe auch wohl das Wortchen „national“ aufgenommen worden ist. Nun hat dieses Wortchen seit dem 13. Dezember vorigen Jahres seine besondere Bedeutung erhalten. Die Vlodparteiern nennen sich so zur Unterscheidung von der Sozialdemokratie und dem Zentrum. Die Ultramontanen sind seit der Zeit auf dieses Wort nicht mehr gut zu sprechen; sie sehen es nur noch in Anführungszeichen und machen sich weidlich lustig darüber. Leider konnte man im Sommer vorigen Jahres, wo der Rufus an die „Christlich-nationale Arbeiterbewegung“ erging, noch nicht voraussehen, welche Bedeutung das Wortchen „national“ dereinst erlangen würde. Und so haben wir denn die merkwürdige Tatsache, daß eins von den klerikalen begünstigten Arbeiterbewegungen sich stolz „national“ nennt, während das selbe Wort im klerikalen Lager gegenwärtig so tief im Ansehen steht, daß es dort nicht anders als im ironischen Sinne gebraucht wird.“

Besonders interessant ist, was über das merkwürdige Wort der „Arbeiter“, das Blatt der süddeutschen katholischen Arbeitervereine sagt, nämlich folgendes:

„Seit der letzten Reichstagsauflösung spielt wieder in unserer ganzen inneren und teilweise auch äußeren Politik ein kleines Wortlein die größte Rolle. Es ist wieder zum Lösungswort, zum Stigma für Millionen geworden. Es soll damit das gesamte deutsche Volk in zwei Lager gespalten werden. Es ist dies das Wortlein mit drei Silben national. Ein Universitätsprofessor, eine urbane und urdeutsche Natur, sagte mir nach dem letzten Wahlsamp: „Wem ich einer national nennen würde, so würde ich dies als Schimpfwort ansehen, nachdem gewisse Leute mit diesem Wort einen solchen Unfug getrieben haben.“

Das genannte Wort bezeichnet „national“ als Schlagwort, das so gründlich abgedroschen sei, daß man sich schämen

sollte, eine solch „verrostete Waffe“ wieder herbeizuholen; es sei eine „alte Schindmähre“, die jetzt von den Liberalen aufgefunden geritten würde, weil sie in ihrer Ideearmut und Unfruchtbarkeit es zu nichts mehr bringen könnten.

Aber dieses „abgedroschene Schlagwort“, dieser „Schimpfwort“, diese „Schindmähre“ prangt stolz im Namen der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“. Ist etwa der Gebrauch dieses Wortes, der den Liberalen als Ideearmut angerechnet wird, im Lager der Christlichen, Behrens und Genossen ein Zeichen von Gedankentüchtigkeit? —

Legitimität und Autorität.

Nach der Behauptung unserer Gegner wird die Welt von Ideen regiert. Die verschiedenen politischen Parteien z. B. sollen auf der Verwirklichung der Ansichten beruhen; je nachdem eine Partei die eine oder andere Ansicht für richtig hält, kämpft sie um deren Verwirklichung. — Wie wenig diese Auffassung der Dinge den Tatsachen entspricht, wie sehr vielmehr gerade die politischen Parteien nichts weiter sind als Interessenvertretungen, das lehrt bei nächster Beobachtung jeder Tag. Jede bürgerliche Partei hat ihre Prinzipien und Grundsätze, ihre angeleglichen Ideale, und jede dieser Parteien schlägt diesen Idealen ins Gesicht, sobald es der Vorteil zu erhellen scheint. Bei den Liberalen ist das eine längst bekannte Sache, aber bei den Konservativen steht es genau so. Die Prinzipien, welche der konservativen Weltanschauung zugrunde liegen, sind Legitimität und Autorität. Das lehren ihre Theoretiker (die allerdings sehr dünn gesetzt sind), das possumen nicht minder mit vollen Waden ihre Tagesschriftsteller, sobald es sich darum handelt, politische Maßnahmen, die ihnen genehm sind, zu verteidigen. Sobald aber der Vorteil es anders zu wollen scheint, scheuen sich die Konservativen nicht einen Augenblick, den Grundsatz von der Heiligkeit der Autorität und Legitimität mit Füßen zu treten. Das lehrt die braunschweiger Chronofolge, das lehrt nicht minder folgende Zeilen, die wir neuerdings in der „Deutschen Tageszeitung“ finden:

„In Warschau fand dieser Tage die Entfaltung eines Denkmals für den polnischen Hetman Stefan Czarniecki statt. Dabei wurden Gedenkreden mehrerer polnischer Bischöfe verlesen. Das Schreiben des Posener Weihbischofs Sikowski hatte nach dem „Dzienn. Berl.“ folgenden Wortlaut: „Ehrwürdiger Prosyl! Indem ich Sie zu dem glücklichen Gedanken, den großen Patrioten und Helden nach Jahrhunderten zu ehren, insbesondere aber zu der Ausübung des unternommenen Wertes beglückwünsche, verbinde ich gleichzeitig den Wunsch, das Denkmal möge neben der Erinnerung an die bessere Vergangenheit für die künftigen Geschlechter ein Ansporn sein zur Befolgung der bürgerlichen und christlichen Tugenden des Helden.“

Und aus der Erinnerung an die „bessere Vergangenheit“ meint dann vielleicht der Wunsch, sie wieder herzustellen?

Was hier den Polen zum Vorwurf gemacht wird, nämlich der Gedanke, daß die Verechtigung gegenwärtiger Zustände einzig und allein aus den Traditionen der Vergangenheit hergeleitet werden darf, und daß jeder gegenwärtige Zustand, der den Traditionen der Vergangenheit zuwiderläuft oder auch nur von ihnen abweicht, unsittlich und deshalb verwerflich ist — das ist die echte und rechte konservative Grundanschauung. Aber diese Grundanschauung ist geboren aus dem wirtschaftlichen Interesse derjenigen Klassen, welche die konservative Partei politisch vertritt. In Preußen fühlen sich diese Klassen wohl bei möglichst starrer Anknüpfung an die Traditionen der Vergangenheit. Wollten aber die Polen die Traditionen ihrer Vergangenheit wieder beleben, so könnte das für die preussischen Konservativen vielleicht ungemächlich werden. Daher gilt bei den Polen als Verbrechen, was bei den Preußen höchst rühmlich ist. —

Ein kindischer Zentrumschwinkel.

Der „Bayerische Courier“ schreibt: „Düne Sang und Klang hat der Reichstag am letzten Mittwoch dem Reiche eine Mehrbelastung von 25 Millionen Mark auferlegt; die meisten Parteien hielten es nicht einmal der Mühe wert, ihren Wählern und zu tun, wie sie diese schwere Mehrbelastung rechtfertigen. Die Gründe für ihre Abstimmung waren aber höchst fadenheilig; selbst die Sozialdemokratie machte keine Opposition; sie stimmte für diese Kolonialarmee. Nur das Zentrum ließ erklären, daß es die Forderung nicht billigen könne, daß es einen Änderungsantrag für ausförmlich halte und daß es deshalb sich der Abstimmung enthalte.“

Wir stellen diesem törichtem Schwinkel gegenüber nur die selbstverständliche Tatsache fest, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht nur durch den Genossen Ledebour in der betreffenden Reichstags-sitzung vom 8. Mai die Ablehnung der Kolonialarmee erklärte, sondern daß selbstverständlich die Fraktion auch gegen die Forderung gestimmt hat. Das Zentrum wählte den diplomatischen Mittelweg, sich der Abstimmung zu enthalten! —

Die Politik der Kriegervereine.

In Groshornbrunn in Mittelranken erhielt ein Mitglied des Kriegervereins von seiner Vorstandschafft den folgenden stilligen Scheidbrief:

Außerordentliche Sitzung vom 14. April
Betreff: Ausschließung von Kameraden weil sie den Sozialdemokratischen Wahlverein beitreten sind.

Da schon öfters bei uns in Versammlungen gesprochen wurde, über Kameraden, welche wie bekannt in ihren Bestrebungen und besonders in der letzten Reichstagswahl es beobachtet wurde, über Kamerad Josef B. . . . können wir es nicht ohnehin beruht sein lassen und tut uns sehr leid, dich aus den Veteranenverein auszuschließen. Nemlich wir haben bei den hohen Bundespräsidium die Anfrage gestellt, wie wir uns gegenüber solchen Kameraden zu verhalten haben. Und wir haben von dieser Seite durch das Bundespräsidium den Bescheid erhalten, solche Mitglieder, welche in letzterer Zeit sozialpolitischen Wahlvereinen beigetreten sind, sind wie verpöchtigt, nach Paragraf 8 der Bundesgesetze auszuscheiden, insofern wir nach vorheriger Sitzung vom 14. April 1907 obwohl ungen, über dich Josef B. . . . Mitglied des Vereins bis daher den Ausschluß bis zu deine späteren Einsicht verhängen müssen. Groshornbrunn usw.

Die Vorstandsmitglieder dieses Veteranenvereins sind die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung am Orte. Als wahre Christen wollen sie ihrem räubigen „Kameraden“ den Weg zur späteren Einsicht offen lassen. Wenn aber die Arbeiter einmal zur Einsicht kommen, werden sie erkennen, daß sie in solchen Vereinen überhaupt nichts zu suchen haben.

Vom berechtigten Ehrgefühl.

Zum Duellang wird uns aus Halle a. S. noch mitgeteilt: die militärischen Interessen waren wieder einmal stark gefährdet in zwei vor dem Kriegsgericht der 8. Division stattgehabten Verhandlungen. In der ersten Sache erschien als Angeklagter der Leutnant der Reserve Adolf Bernhardt Jakobs vom Infanterieregiment Nr. 150, der des Zweitaufschusses mit tödlichen Waffen beschuldigt wurde. Obwohl am Tage der Tat über das Geschehnis in der Presse sofort berichtet worden — zwei Polizeibeamte waren einem Arzt nachgegangen und hatten den Leutnant schwer verletzt in der Döllauer Heide vorgefunden — und obwohl Ankläger sowie Verteidiger des Angeklagten gegen die öffentliche Verhandlung nichts einzuwenden hatten, schloß das Gericht die Öffentlichkeit aus. In den Gründen hieß es: Der Angeklagte sei Referenzoffizier und da könnten durch die

Öffentliche Verhandlung Dinge zur Sprache kommen, die mit Rücksicht auf den Stand des Angeklagten verlegend wirken könnten; es komme eine Verletzung des Standes, des berechtigten Ehrgefühls und der militärischen Interessen in Frage. Der Kommandant, der von Beruf Steuersekretär ist, wurde zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. Auch die Urteilsbegründung war geheim. Ein Studierender, der ihn mit der Pistole niedergeschlagen hatte, wird sich vor der Strafkammer zu verantworten haben und dann wird ja der Öffentlichkeit mitgeteilt werden können, was durch den Anschlag vor dem Kriegsgericht verhindert wurde. Doch der Niedergeschlagene noch drei Monate Festungshaft erhielt, ist charakteristisch für den Duellblutdurst und das berechnete Ständegefühl.

Charakteristisch für das „öffentliche Militärgerichtsverfahren“ war auch die gleich nach diesem Fall stattgehabte Verhandlung. Da wurde der Militär Bernhard Knaut vom Infanterieregiment Nr. 36 beschuldigt, vor verammelter Mannschaft durch Sprechen im Gliede den Gehorsam verweigert zu haben. Auch dieser Fall wurde nicht öffentlich verhandelt und das auf vier Wochen strengen Arrest lautende Urteil wurde in geheimer Sitzung begründet. Die Pressevertreter amüsierten sich auf dem Platz und den Treppen des Kriegsgerichts über das — „öffentliche Militärgerichtsverfahren“.

Australien.

In Queensland finden am Sonnabend die Wahlen zum Staatsparlament statt, das 72 Mitglieder zählt. An der Spitze des Ministeriums steht Kidston, der aus der Arbeiterpartei hervorgegangen ist, sich aber offen gegen den Sozialismus erklärt hat. Aus diesem Grunde findet sein Appell an die Arbeiterpartei, ihn bei den Wahlen zu unterstützen und eine Mehrheit zu wählen, die es ihm ermöglicht, im Amt zu bleiben, wenig Entgegenkommen. Die Liberalen sind auf seiner Seite, die Sozialisten bekämpfen ihn.

In New-Süd-Wales werden ebenfalls die Staatswahlen vorbereitet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kampfvorbereitungen der Bäderinnungen.

Eine Kulturforderung von großer Bedeutung ist es, um die sich der anscheinend unvermeidliche Kampf im Bädergewerbe dreht. Ein arbeitsfreier Tag in der Woche, ein Feiertag nach je sechs schweren Arbeitstagen, oder richtiger Arbeitnächten, das ist die hauptsächlichste und fast die einzige Forderung, welche die Bädereisenen an die Meister stellen. Man sollte meinen, kein einsichtiger, kein humanisierender Mensch könnte die Berechtigung einer solchen Forderung in Abrede stellen. Aber die große Mehrzahl der Berliner Bädereisenen ist bereit, dieser kulturellen Forderung den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen. Es soll auch ferner so bleiben, daß das christliche Gebot: Sechs Tage sollst du arbeiten, am siebenten sollst du ruhen, für die Bädereisenen nicht gilt. Ihre schwere und aufreibende Arbeit soll durch keinen Ruhetag unterbrochen werden. Wie leicht wäre die berechtigte Forderung der Bädereisenen zu erfüllen, wenn die Meister den ersten Willen dazu hätten. Es gibt eine Anzahl größerer Bäderbetriebe in Berlin und den Vororten, die ihren Gesellen den freien Tag bereits seit längerer Zeit gewährt haben, und andere Großbetriebe sind bereit, diese Forderung zu erfüllen. Der Kleinmeisterliche Unverstand aber sträubt sich gegen die Erfüllung dieser Forderung und sucht sie auch in den großen Bäderbetrieben zu hintertreiben.

Der Obermeister Fritz Schmidt, einer der hervorragendsten Innungsführer, befindet sich gegenwärtig auf einer Agitationstour durch die Berliner Großbäderbetriebe. Der Herr Schmidt kennt, wird erstarkt fragen, wie kommt denn dieser Herr dazu, sich den Großbädern fremdschäme zu nähern. Als vor nicht langer Zeit der Inhaber einer Großbädererei auf Veranlassung der Gesellenvertreter vor die Schlichtungskommission geladen war, da war es kein anderer als der Obermeister Fritz Schmidt, welcher kurz und bündig sagte: „Ich erkläre Ihnen, daß wir Feinde der Großbetriebe sind. Wenn wir hier mit Ihnen verhandeln, so geschieht das nur deshalb, weil es die Gesellen beauftragt haben.“ — Jetzt nun, wo die Innungsmeister sich zum Kampfe gegen die Arbeiter gerüstet haben, geht Herr Fritz Schmidt, der unveröhnliche Feind der Großbetriebe, zu den Inhabern der Großbetriebe und sucht sie zu bewegen, sich mit ihren Feinden, den Kleinmeistern, in die gleiche Kampfsinie zu stellen und die Forderungen der Arbeiter abzulehnen. Der Erfolg des Herrn Schmidt soll allerdings sehr zweifelhaft sein. So viel wir erfahren haben, ist er schon bei einigen Großbädern abgeblüht und andere Zurückweisungen werden folgen.

In der Kammern der Innungen lagert schon seit längerer Zeit eine Waffe, von deren Gebrauch sich die Meister einen ganz besonderen Erfolg versprechen. Diese Waffe ist eigens für den bevorstehenden Kampf angefertigt worden und zwar schon zu einer Zeit, wo außer den Innungsführern noch niemand wusste, daß auf Seite der Meister der Kampf geplant ist. Diese Waffe trägt die Gestalt einer Broschüre, die zwar vom Bädermeister Lude unterschrieben, vom Buchdruckereibesitzer Hartmann, dem Journalisten Stern der Bäderinnungen und dem meistertreuen Gesellen aber verfaßt ist. Die Broschüre trägt den sensationellen Titel: „Rücktritt eines durch den Terrorismus des sozialdemokratischen Bäderverbandes zu Grunde gerichteten Handwerkers.“ Dieser angeblich zu Grunde gerichtete Handwerker ist der Bädermeister Lude, der im Prozeßwege einen Schadenerfolg vom Bäderverband erstritten hat, weil der Vorstand bei der vorigen Lohnbewegung beziehungsweise dem Woykott ein Flugblatt gegen Lude verbreitete. In der Broschüre wird nun das Tatsachenmaterial aus dem Schadenerfolgprozeß in der bekannten Manier des Reichsverbandes gegen den Bäderverband ausgeschlachtet. Die Broschüre soll nach Ausbruch des Lohnkampfes massenhaft im Publikum verbreitet werden. Es scheint fast, als ob die Tatsache, daß diese Kampfbroschüre in einer Massenaussage schon lange fertiggestellt ist, mit dazu beigetragen hat, daß die Bäderinnungen jede vermittelnde Instanz, zuletzt sogar den Oberbürgermeister von Berlin, abgelehnt haben. Es wäre ja auch schade gewesen, wenn ein Kampfmateriale, von dem man sich so viel Erfolg verspricht, unbenutzt in den Lagerräumen des Herrn Hartmann verstauben sollte.

Der Tarifvertrag der Herren-Nähstneider

Ist am 13. Mai zu den Akten des Berliner Gewerbegerichts gegeben worden.

Derselbe umfaßt insgesamt 280 Firmen mit circa 4000 Arbeitern. Auf die einzelnen Klassen verteilen sich die Firmen wie folgt: Ia 33, Ib 95, IIa 89, IIb 63, III 10.

Zu Beginn der Bewegung hatten 189 Firmen Tarifverträge mit der Organisation abgeschlossen. Von diesen wurden 82 glatt ohne jeden Abstrich der Zusatz gezahlt.

Auf die einzelnen Klassen verteilen sie sich folgendermaßen: Ia und Ib 20, davon wurden 18 glatt ohne jeden Abzug bezahlt; II. Klasse 61, glatt 20; III. 69, glatt 14; mit Erhöhung 30, mit Abstrichen 16.

Eine Versammlung der Leitergerüstbauer tagte am Dienstagabend im „Englischen Garten“, um den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Aus dem Bericht ging hervor, daß auch bei der Firma Krüger & Co., Wilmersdorf, eine Einigung erzielt worden ist; es werden auch hier 65 Pf. für Kister und 80 Pf. für Poliere pro Stunde gezahlt. Bei der Firma Georg Weihenhagen ist eine Einigung bis dato nicht erzielt worden. Der Firmeninhaber hat sich ausgelassen, daß er organisierte Kister überhaupt nicht mehr einstellen werde. Es wurde insolge dessen einstimmig beschlossen, über diese Firma die Sperre zu verhängen. Im übrigen wurde beschlossen, am Sonntag nach Pfingsten eine weitere Versammlung abzuhalten, in welcher festgestellt werden soll, wie weit die einzelnen Firmen ihr Versprechen gehalten haben bezüglich der weiteren Lohnzulagen, welche nach Pfingsten in Aussicht gestellt worden sind. Eventuell sollen weitere Beschlüsse in der Sache gefaßt werden.

Die ausgesperrten Möbel-Pfostenmacher Berlins hielten am Dienstag in Stubes Festhale eine Versammlung ab, in welcher der Gauleiter Kofke das Resultat der Verhandlungen mit den Unternehmern mitteilte. Die Aussperrung dauert jetzt schon 17 Wochen. Aus den Ausführungen des Referenten war zu entnehmen, daß die Unternehmer gar keine Zugeständnisse machen wollen und sprachen sich sämtliche Diskussionsredner dahin aus, daß die Arbeit bedingungslos nicht wieder aufgenommen wird.

Wählung, Schuhmacher!

Die Schuhwarenfirma Stiller ist gesperrt. Folgende Geschäfte kommen in Betracht: Jerusalemstraße 38/39, Friedrichstraße 76, Potsdamerstraße 2, und Tannenzienstraße 19a.

Schuhmacherverband Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Kampf in der Holzindustrie.

In Dresden ist noch keine Einigung erzielt. Es fanden bereits zwei Versammlungen der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes statt, ohne daß der Beschluß gefaßt wurde, die Arbeit aufzunehmen. Die Schuld daran liegt an den Unternehmern. Bei den Verhandlungen in Berlin war vereinbart worden, daß die Beratungen über die Affordiarise in Dresden selbst stattfinden sollen. Es haben auch verschiedene Sitzungen stattgefunden, in denen eine Einigung jedoch nicht erzielt wurde. Jetzt verlangen die Unternehmer, daß die Möbelmacher zu den von den Meistern einseitig aufgestellten Tarifen die Arbeit wieder aufnehmen sollen. Die am Dienstagabend stattgefundene Versammlung der Geschäfte verwarf deshalb die Beschlußfassung über den neuen Vertrag zum zweiten Male. Es wurde einstimmig beschlossen, bei den Unternehmern, die sich an der Aussperrung beteiligt haben, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis ein neuer Vertrag geschaffen ist, der die Zustimmung auch der Geschäfte gefunden hat. Der Kampf geht also in Dresden vorläufig weiter.

Ausland.

Drohender Grubenarbeiterstreik in Süd-Wales.

Ungefähr 10 000 Bergleute aus 50 Kohlengruben in Süd-Wales haben ihre Kündigung eingereicht, um die Frage des Zusammenarbeitens mit Nichtorganisierten zu erledigen.

Der Streik in Saka.

Petersburg, 14. Mai. (Eigener Bericht.)

Es ist bekannt, welche große Rolle in den Geschäften der letzten Jahre in Rußland die Streiks gespielt haben. Gewaltigen politischen Aufwallungen gingen stets größere wirtschaftliche Konflikte voran, die langsam, aber zäh, immer weitere Kreise ergriffen und schließlich zu politischen Massenaktionen von großer Tragweite wurden. Augenblicklich durchlebt nun Rußland einen Streik, der leicht weitere Gebietsläufe ergreifen und auf die politischen Verhältnisse des ganzen Landes zurückwirken kann. Es ist das der große Streik der Schiffsmannschaften des kaspischen Meeres, der immer noch nicht zu Ende ist. Dieser Streik legt das beste Zeugnis für die wachsende Disziplin und das Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse in Rußland ab, wenn man besonders bedenkt, aus wie verschiedenen Volksstämmen sich die Streikenden zusammensetzen. Seit dem 10. (23.) März stehen 6000 Männer geschlossen da und wanken nicht, obgleich es an Drohungen der Behörden und provokatorischen Eingriffen der Polizei nicht gefehlt hat. Die Schiffe haben den Streik nicht vom Jaum gebrochen; schon wiederholt klagten sie über ihre traurige Lage, doch das half nichts. Im vorigen Jahr wuchs die Anzucht der Arbeiter hatten sich aber noch nicht verständigt, so daß die kleineren Einzelanstände zu keinem Resultat führten; die Lage blieb, wie sie die letzten zwanzig Jahre gewesen war. In ihrer Eingabe an die Behörden und die Meeder am 23. März d. J. wiesen die Ausständigen darauf hin, daß die Löhne in den letzten zwanzig Jahren dieselben geblieben sind, obgleich die Lebensmittel stark im Preise gestiegen sind. So erhält der Matrose z. B. monatlich nur 20 Rubel, von diesen muß er 8 Rubel für die Kost bezahlen; es bleiben für die Familie des Arbeiters nur 12 Rubel übrig. Nun werden aber die Mannschaften im Jahre sehr oft 6 bis 7 Monate garnicht beschäftigt, so daß der Lohn auf die Hälfte herabsinkt. Die Arbeitsbedingungen sind fast unrentabel, 20 Stunden Arbeitszeit ist gar keine Seltenheit. Die Arbeiter erkennen in ihrer Eingabe an, daß der Streik große Schädigungen der ganzen Industrie bringen kann, sie sehen sich aber außerstande, auf anderem Wege zu ihrem Recht zu kommen. Als sie den Verband der Schiffsmannschaften begründeten, ließ man ihn nur solange bestehen, wie es den Meedern paßte; sobald er aber die Frage der Lohnbewegung anschnitt, wurde der Verband geschlossen und der Vorsitzende des Verbandes verhaftet. Den Arbeitern blieb nun nichts anderes übrig, als die Organisation geheim zu betreiben, was auch geschah. Die Leitung des Streiks übernahm ein Streikkomitee und bis heutigen Tages ist es noch nicht gelungen, den Zustand zu brechen. Die Regierung kommandierte nach Saka, dem Zentrum des Ausstandes, den Chef des Gendarmeriekorps, Baron Taube, der, mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet, mit allen möglichen Repressalien die Schiffsmannschaften zwingen will, die Arbeit wieder aufzunehmen, doch bisher ohne bemerkbaren Erfolg. Welche Einmütigkeit unter der Arbeiterschaft in Saka und Umgegend bei der Unterstützung des Streiks in Saka herrscht, zeigt die solidarische Haltung der Arbeiter besonders an dem Weltfeiertag der Arbeiter. Alles streifte, angefangen von den industriellen Betrieben und den Zeitungen bis zu den Hausfleischerbetrieben und den Fuhrleuten. Das Leben in der Stadt war erstickt. Die Arbeiter stellten als Bedingung hin, daß alle Forderungen der Schiffsmannschaften erfüllt werden. Dabei kam es nicht zu den geringsten Lärmfuzzen. Das will aber viel sagen, wenn man bedenkt, wie erbärmlich die Polizei mit dem Regierungsabermächtigtsten, Baron Taube an der Spitze, sich auf die Seite der Meeder wirft. Am 10. (23.) April allein wurden z. B. nicht weniger als 60 Schiffsteute als Arrestanten von Saka weggeführt und, wie es heißt, nach Wjalka in die Verbannung gebracht. Dasselbe wiederholte sich an den folgenden Tagen. In der Nacht vom 20. auf 27. April wurde mit neuen Verhaftungen begonnen, bei denen viele Mechaniker, Gehülfe von Schiffskapitänen und andere höhere Chargen der Besatzung weggenommen wurden. Fast jeden Tag veranstaltet die Polizei in den Straßen eine Razzia auf die Streikenden. Die Regierungsblätter schreiben natürlich, daß die Streikenden nur Revolution wollen und deshalb niederlärtlich werden müßten.

„Unter dem Akkompagnement der Genossenreden.“ heißt es z. B. in der „Nowoje Wremja“, die in rotem Gelände aus dem Zarenischen Palais durch ganz Rußland dringen, werden hier und da von neuem Verusche gemacht, die wirtschaftliche Tätigkeit des Landes, wenn nicht zu zerstören, so doch in ihrem Fortschreiten zu hindern. Der bedeutendste unter diesen Veruschen ist natürlich

der, der sich in Saka abspielt, wo die Bedingungen für eine solche Unternehmung außerordentlich günstig sind. Dem Umfang der Gefahr nach, mit der er droht, kann man den Saker Streik einen Versuch nennen, die russische Industrie, wenn nicht ganz, so doch in ihren wichtigsten Zweigen zu sprengen — die Schifffahrt, den Eisenbahntransport, die Fabriken des Zentralrusses. Der Umstand, daß man für den Streik den Beginn der Wolganavigation abgepaßt hat, während die Kaspisbahräfte auf den inneren Märkten erschöpft waren, zeigt, daß den Initiatoren des Streiks ein solcher teuflischer Plan keineswegs fremd war. Aus diesem Grunde ist es notwendig, den arglistigen Plan der Revolutionäre um jeden Preis zum Scheitern zu bringen.“

Nunz gesagt, Baron Taube soll nur mit neuen Standgerichten beginnen, dann werden die Meeder und Kaspisbahräfte nicht um den Profit kommen. —

Amerikanische Löhne.

Das nationale Schiedsgericht zwischen amerikanischen Zeitungsherausgebern und ihren Schreibern hat in einem Streit, der in Denver, Colorado, ausgebrochen war, den Schreibern eine 10prozentige Lohnerhöhung zugebilligt. Dies bringt den Lohn für stündliche Tagesarbeit auf 25,30 Dollar (103 M.) und für Nachtarbeit auf 28,60 Dollar (116 M.) pro Woche. Verlangt waren 27 resp. 30 Dollar Lohn.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Die zentralorganisierten Maurer nahmen gestern Abend in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zu der bevorstehenden Aussperrung. Die Versammlung füllte den Riesensaal der „Neuen Welt“ und sie verließ dem Ernst der Situation entsprechend. Der Referent Silberschmidt schilderte kurz die Vorgänge, die dem Aussperrungsbeschluß der Unternehmer vorausgingen und verlas unter anderem das folgende Schriftstück, in dem der letzte Beschluß der Unternehmer mitgeteilt wird:

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.

S.O., Engel-Platz 15.

Sie gestatten uns, hierdurch mitzuteilen, daß die am 1. Mai cr. stattgehabte Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten einstimmig beschloß, hat, am Sonnabend, den 18. Mai sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu entlassen, Neueinstellungen von Arbeitkräften vom 18. Mai ab bis auf weiteres nicht vorzunehmen. Von der Entlassung sind lediglich ausgeschlossene Poliere, bisherige Postengelassen und Lehrlinge.

Hochachtungsvoll

Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten E. B.
Der Vorsitzende.

J. V. Otto Bauer.

Der Meeder hob scharf hervor, daß es sich für die Bauarbeiter nicht um einen Abwehrkampf handelte, und die Angreifer die Unternehmer sind. Entschieden trat er der falschen Behauptung entgegen, daß die Arbeitnehmervertreter nicht ihrer Pflicht gemäß, den Schiedspruch des Einigungsamtes nochmals zur Annahme empfohlen hätten. Er richtete an die Vertreter der bürgerlichen Presse die Mahnung, daß wahrheitsgetreu in ihren Blättern über die Vorgänge berichtet werde. Der Meeder erklärte dann, daß der Aussperrung ruhig, einmütig und mit festem Willen entgegenzutreten werden soll und empfahl, und zwar was er ausdrücklich betonte, im Namen der Organisationsleitungen und der Vertrauensförperschaften folgende Vorschläge:

Die Kollegen werden die Aussperrung ruhig abwarten. Bei Unternehmern, die auf einer Arbeitsstelle ausgesperrt haben, auf einer anderen jedoch nicht, haben hier die Kollegen die Arbeit einmütig niederzuliegen. (Lautes Bravo aus der Versammlung.)

Die Postengelassen, die nach dem Unternehmerbeschluß nicht ausgesperrt werden sollen, haben die Arbeit ebenfalls niederzuliegen. Bei den Unternehmern, die nicht aussperrten, soll bis auf weiteres zu den alten Bedingungen ruhig weiter gearbeitet werden.

Darüber, was später geschehen soll, wird in späteren Versammlungen beschlossen werden. Da es sich jetzt nicht um einen Angriffskampf, sondern um Abwehr handelt, liegt kein Grund vor, etwas zu unternehmen gegen die Arbeitgeber, die sich nicht am Angriff beteiligen.

Der Meeder gab sodann verschiedene Instruktionen für die Kollegenenschaft. Es ist von der Organisationsleitung in Verbindung mit der Vertrauensförperschaft beschlossen worden, von den arbeitenden Kollegen einen Beitrag von 1 M. pro Tag, also 6 M. pro Woche zu erheben.

Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit diesem Beschluß sowie mit den übrigen Vorschlägen einverstanden. — Die unverschämten Kollegen haben unbedingt Berlin zu verlassen.

Die freie Vereinigung der Maurer hielt gestern Abend in den Sophien-Sälen eine Mitgliederversammlung ab, in welcher J. Gehl über das Thema „Unsere Lohnbewegung“ referierte. Er wies auf den neuesten Vermittlungsvorschlag eines Großindustriellen hin, der im „Lokal-Anz.“ publiziert worden ist. Der Artikel, der sich damit beschäftigt, lasse erkennen, daß die Unternehmer im Unrecht seien mit ihrer Behauptung, daß die Forderungen der Maurer unerfüllbar seien. Scharf kritisierte der Meeder eine Anzahl Preßstimmen, die sich zu dem Kampf im Baugewerbe äußern. — Den Machinationen der Unternehmer, die arbeitslosen Kollegen in Arbeitslosigkeit zu erhalten und ihnen alle Auswege abzuschneiden, wird die Organisation entgegenzutreten wissen. Alle Aussperrten sollen sich am Mittwoch, den 22. Mai, in ihren Kontrollstellen melden. Es empfiehlt sich, dort die Arbeit vorläufig nicht niederzuliegen, wo nicht ausgesperrt worden ist. Dagegen wird die Organisation ein scharfes Auge auf alle Betriebe haben und verlangen, daß bei teilweisen Aussperrungen sich alle übrigen mit den Aussperrten solidarisch erklären. Dieser Standpunkt wird gemeinsam vertreten von den verschiedenen Organisationen der Arbeiter im Baugewerbe.

Eine entsprechende Resolution wurde vorgelegt. Mehrere Meeder wünschten ein scharferes Vorgehen und fauben lebhaftest Zustimmung in der Versammlung. Es fehlte dabei nicht an Vorwürfen gegen die Zentralverbände und auch gegen den „Vorwärts“. Man wünschte, daß überall die Arbeit niedergelegt werde, wo die Forderungen der Arbeiter nicht anerkannt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Brandstiftung.

Chemnitz, 15. Mai. (V. G.) In Hohenstein-Ernstthal wurden durch einen von verdächtigter Hand angelegten Brand 6 Wohnhäuser sowie mehrere Nebengebäude eingedest. 13, zum Teil arme Familien, sind obdachlos. Bereits im vorigen Jahre wurde Hohenstein-Ernstthal von einem ähnlichen Brandunglück heimgesucht, welches ebenfalls auf Brandstiftung zurückzuführen war.

Von einem Bären gefressen.

Wiener-Neustadt, 15. Mai. (V. G.) Die junge Tierhändlerin Gertrude Winkler wurde bei der Dressur eines Bären von diesem ins Knie gebissen und erlag bald darauf ihren Verletzungen.

Austausch von Schülern.

Paris, 15. Mai. (V. G.) Nach einem zwischen den Unterrichtsministern Sachsens und Frankreichs getroffenen Uebereinkommen werden die sächsischen Mittelschulen eine Anzahl französischer Schüler und die französischen Mittelschulen eine Anzahl sächsischer Schüler aufnehmen, welche die Aufgabe haben werden, mit ihren Mitschülern praktische Gesprächsübungen in ihrer Muttersprache zu halten. Nach demselben Uebereinkommen wird vom 1. Januar 1908 ab auch ein gegenseitiger Austausch von zwei Stufenlehrern erfolgen, welche das Befähigungszeugnis als Mittelschullehrer besitzen müssen.

Die russische Revolution.

Die Maiseier in Russland.

Petersburg, 14. (1.) Mai. Nach hier eingegangenen Meldungen hat in 14 Städten, unter anderen in Astrachan, Odesa, Riga, Jelisawetgrad, Archangelst, die Mehrzahl der Arbeiter die Feier des 1. Mai durch eine 24stündige Arbeitsunterbrechung begangen.

In Petersburg selbst wurden alle Versuche, Anzüge mit roten Fahnen unter Abhängen revolutionärer Lieder zu veranstalten, durch die Polizei verhindert, die jede Menschenansammlung zerstreute.

Die Spiegel-Regierung.

Das russische Polizeidepartement hat auf Grund der ihm von den im Ausland weilenden russischen Kriminalbeamten unterbreiteten Verzeichnisse der Teilnehmer am Kongress der russischen Sozialisten die Grenzbehörden angewiesen, die betreffenden Personen bei ihrer Rückkehr nach Russland zu verhaften und hierüber sofort nach Petersburg zu berichten.

Petersburg, 15. Mai. Der Reichsrat hat den von der Duma ausgearbeiteten Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Feldgerichte und auf Revision der von diesen gefällten Urteile abgelehnt.

Wenn es über die Frage der Feldgerichte zu einem Konflikt zwischen der Regierung und der Duma kommen sollte, so darf man gewiss sein, daß das Volk hinter dem Parlament stehen wird; denn die heimtückische Vordinstitution der Feldgerichte ist ja in allen Schichten der Bevölkerung gleich verhaßt.

Militarismus und Sozialdemokratie.

III.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ hat durch Abdruck des betreffenden Teils des stenographischen Berichts über die Rede Roskes zu beweisen versucht, daß die „Leipziger Volkszeitung“ wieder einmal einen gänzlich überflüssigen Straalen vom Saune gebrochen habe.

... im 17. sächsischen Reichstagswahlkreise, wo morgen die Erstwahl stattfindet, las ich dieser Tage wieder die Beschuldigung, die Sozialdemokraten wollten, daß Russen, Franzosen, Engländer Deutschland verwilderten, um zur Republik zu gelangen.

... die Chemnitzer „Volksstimme“ meinte dazu: „Also erst, nachdem Roske die bürgerlichen Parteien auf ihre Behauptung, daß ihnen jede Absicht, kriegerische Verwicklungen zu provozieren, fernliege, daß sie nur Deutschland verteidigen wollen, festgenagelt hatte, nachdem er ausdrücklich Klarheit darüber geschaffen, daß von wirklichen, nicht plammäßig herbeigeführten Angriffskriegen die Rede war, erklärte er, daß Unterschiede in der Auffassung nicht beständen.“

Wir können nicht finden, daß die Chemnitzer „Volksstimme“ durch die Veröffentlichung der zitierten Stelle des Reichstagsstenogramms den Genossen Roske herausgehauen hat. Wir finden im Gegenteil, daß das Stenogramm noch schärfer als die Zeitungsberichte zeigt, wie Genosse Roske es an der nötigen Klarheit und scharfen Definierung in seinen Äußerungen fehlen ließ.

Wir können nicht finden, daß die Chemnitzer „Volksstimme“ durch die Veröffentlichung der zitierten Stelle des Reichstagsstenogramms den Genossen Roske herausgehauen hat. Wir finden im Gegenteil, daß das Stenogramm noch schärfer als die Zeitungsberichte zeigt, wie Genosse Roske es an der nötigen Klarheit und scharfen Definierung in seinen Äußerungen fehlen ließ.

... wenn frivole Angriffe gegen Deutschland gerichtet werden...? Diese Stelle wird ja doch als Äußerung eines Bürgerlichen von Roske zitiert, und es folgt nicht die für den Sozialdemokraten unbedingt gebotene Einschränkung, daß seine Partei sich über den Begriff des „frivolen Angriffs“ selbstverständlich ihre eigene Meinung gegen die der Bourgeoisie vorbehalten müsse! Das Ausland — und auf das Ausland war ja die einmütige Ver-

trauenskundgebung der Ordnungsparteien für die Deeresleitung berechnet — muß aus diesen Äußerungen Roskes herauslesen, daß die deutsche Sozialdemokratie einmütig hinter den Herrschenden des Reiches stehen würde, sobald ein Angriff auf Deutschland erfolgt, einerlei ob dieser Angriff durch die deutsche Politik gewollt und provoziert wurde oder nicht! Das bedeutet aber auch eine Stärkung der deutschen Säbelröhler, bedeutet eine Vergrößerung der Gefahr für den Frieden. Gerade bei der herrschenden Spannung der internationalen Beziehungen hätte für den sozialdemokratischen Redner ganz besonderer Grund vorgelegen, die Grenzlinien zwischen Sozialdemokratie und herrschenden Klassen besonders scharf zu zeichnen und keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Sozialdemokratie auch dann oder vielmehr dann erst recht protestieren wird, wenn die Politik der Herrschenden einen Krieg wider Deutschland provoziert hat.

Nachzutragen wäre noch, daß sich außer der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ auch die „Brandenburger Zeitung“ auf die Seite Roskes gestellt hat.

Die „Leipziger Volkszeitung“ dagegen schrieb: „Man könnte darüber streiten, ob es notwendig war, daß Bebel diese Erklärung einem bürgerlichen Journalisten gab — der Berichterstatter soll übrigens Bebel in den Glauben versetzt haben, daß er Parteigenosse sei — aber die Erklärung selber ist vollständig korrekt und deckt sich mit dem bisher in der Partei vertretenen Anschauungen.“

In bezug auf den letzteren Punkt hat inzwischen ja die letzte Erklärung des Genossen Bebel in „Vorwärts“ Klärung geschaffen und der „Leipziger Volkszeitung“ recht gegeben. Inwiefern die Stellung des „Vorwärts“ in bezug auf die im „Matin“ veröffentlichte Äußerung Bebels von der der „Leipziger Volkszeitung“ abweicht, haben unsere Leser aus der feinerzeitigen Besprechung des „Matin“-Artikels in unserem Blatte ersehen.

Da Genosse Bebel nicht den Versuch macht, über gegen seine Haltung gerichteten Kritiken zu diskutieren, so kann diese Erklärung auf sich beruhen. Nur zwei Bemerkungen: Wenn Bebel jetzt einen diden Strich zwischen Karl Liebknecht und Herbo zieht, so ist es um so weniger verständlich, warum er dann Karl Liebknecht im Reichstags so scharf abzuschütteln für notwendig hielt. Wenn ferner Bebel meint, daß die Kritiken dadurch entstanden seien, weil die bürgerliche Presse die Parteiblätter aufs Eis geführt hätte, so ist daran zu erinnern, daß es nicht die Parteiblätter gewesen sind, sondern Genosse Bebel selbst, der sich durch ein bürgerliches Blatt, den „Matin“, sehr empfindlich aufs Eis hat führen lassen.

Was uns betrifft, so haben wir die gegen Herbo gerichtete Erklärung Bebels, bevor irgend ein bürgerliches Blatt darüber etwas gedruckt hatte, aus dem „Matin“ unmittelbar zurücküberseht, und die Kritik, die wir dann an die Erklärung knüpfen, ist wieder ohne jede Verfrachtung durch die bürgerliche Presse, bevor uns irgend eine bürgerliche Preshäuierung zu Gesicht gekommen, selbständig entstanden.“

Die „Volksstimme“ zu Magdeburg bemerkte: „Unserer Meinung wird sich auch der deutsche Parteitag mit der Sache zu beschäftigen haben. Es wird sich dann wohl Gelegenheit finden, aber das Verhältnis der Liebknechtschen zur Herbo'schen Auffassung einzugs zu sagen. Wir vermessen vorläufig noch die zweifelstrenge Klarheit, deren Herbo'sführung uns aber recht notwendig erscheint.“

Das Magdeburger Parteiblatt war's, das der Liebknechtschen Droschüre Hinneigung zum Herboismus nachsagte.

Aus Industrie und Handel.

Getreideteuerung.

Die Agrarier haben ein neues Vergnügen, die Getreidepreise schnellen immer weiter hinauf. Wer nicht gerade mit einem Jöhnergewissen belastet ist, muß diese Erscheinung mit Bedauern konstatieren und auf die Ursachen hinweisen. Das ist den Schützern der nationalen — Ausbentelei natürlich nicht angenehm, aber in solchen Fällen jeder Sentimentalität abhold, lassen sie keine Verlegenheit merken; sie haben das Illen über fremde Not, wenn diese ihrem Tascheninteresse dient, schon lange genug geübt, um es auch jetzt zu können.

Nach einer Zusammenstellung der Arbeitsmarkt-Korrespondenz stellte sich an den wichtigsten Getreidehandelsplätzen der Weizenpreis pro Tonne während des März in Mark:

Table with 3 columns: City, 1906, 1907. Rows include Berlin, Königsberg, Wien, Budapest, London, Chicago, New York.

In Berlin ein Aufstieg, in Chicago in der gleichen Zeit ein Fall! Bei einem Vergleich der anderen Städte ergibt sich das gleiche Bild. Für Roggen läßt sich die Preisbewegung nur mit einer beschränkteren Anzahl Plätze vergleichen, da für den Roggenhandel englische und amerikanische Börsenplätze nicht in Betracht kommen. Hier sind vielmehr von fremden Ländern Russland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Holland ausschlaggebend. In der Mehrzahl dieser Länder kontrahiert aber auch die Roggenpreisbewegung gegen die deutsche erheblich. An den wichtigsten Roggenhandelsplätzen stellte sich der Roggenpreis pro Tonne während des März in Mark:

Table with 3 columns: City, 1906, 1907. Rows include Berlin, Königsberg, Wien, Budapest, Odesa, Paris, Amsterdam.

An den österreich-ungarischen Plätzen war die Tendenz seit 1906 ununterbrochen weichend, in Odesa und Amsterdam ist der diesjährige Preis niedriger als 1906, nur in Paris war die Bewegung wie an deutschen Plätzen steigend. Nun ist allerdings in der jüngsten Zeit infolge der schlechteren Ernteaussichten eine internationale Hausse eingetreten. Aber aus den angeführten Differenzen geht doch ganz deutlich hervor, daß in Deutschland wirtschaftliche Momente wirksam sein müssen, welche die Tendenz haben, in Deutschland auch relativ höhere Getreidepreise hervorzubringen als im Auslande, und es infolgedessen zu stellen. Diese Momente sind die Getreideexporttarife und die Institution der Getreideeinfuhrscheine.

Die Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide und die damit in Zusammenhang stehenden Einfuhrscheine sind eine, man möchte fast sagen: geniale agrarische Erfindung“ bemerkt mit Recht die „Frankf. Ztg.“. „So lange in Deutschland nur dann Getreide Zoll zurückgeführt worden ist, wenn nachweislich eingeführtes Getreide wieder ausgeführt wurde, kam der Getreidezoll aus Gründen, deren Erörterung hier zu weit führen würde, in der Regel nicht in vollem Maße zur Geltung, d. h. der deutsche Getreidepreis war zumeist nicht um den vollen Betrag des Zolles höher als der Weltmarktpreis.“

Im Jahre 1893—94, beim russischen Handelsvertrag, wurde dieser Identitätsnachweis aufgehoben. Seitdem kann man nach Belieben auch deutsches Getreide ausführen, ohne einen Verlust zu erleiden, denn man erhält den entsprechenden Zollwert in Einfuhrscheinen, die zur zollfreien Einfuhr von Getreide und gewissen anderen Waren im Ausmaße des Nominalwertes der Scheine berechneten. Nun mußte der Getreidezoll vollständig zur Geltung kommen, denn war der Inlandspreis geringer als der Weltmarktpreis plus Zoll, dann wurde eben Getreide exportiert, wobei man den Weltmarktpreis vom Ausland und den Zoll von der deutschen Zollverwaltung erhielt und erhält. Aber die Sache hatte noch weitere Wirklungen. Seit dem vorigen Herbst hat Deutschland lebhaft nach Russland exportiert, während früher das Verhältnis umgekehrt war, und Deutschland hat auch Ländern Getreide geliefert, die sonst von Russland versorgt wurden, wie Skandinavien. Der Grund dieser Umkehrung liegt in Russlands Ernten und in seinen Wirren, aber möglich wurde sie nur durch unser System der Einfuhrscheine. Dieses System hat es möglich gemacht, daß dem deutschen Markt konsequent Getreide entzogen wurde, und damit ist in Deutschland durch künstliche Mittel eine Bewegung der Getreidepreise erzwingen worden, die mit der Bewegung auf dem Weltmarkt nicht mehr den Zusammenhang der Parallelität hat, und auch der Konnex zeitweise wiederhergestellt wird, so besteht doch dauernd die Gefahr, daß er auch wieder unterbrochen wird und Deutschlands Konsumenten weiter in der Weise benachteiligt werden, wie sie es in den letzten Monaten erlebt haben.“

Geschäftslage in der Maschinenindustrie.

Die Ausfuhr von Maschinen aller Art ist im ersten Quartal 1907 dem Vorjahre gegenüber stark gefallen, dem Jahre 1906 gegenüber nur mäßig gestiegen. In den ersten drei Monaten der letzten Jahre betrug nämlich der Export von Maschinen aller Art in Tausenden:

Table with 3 columns: Year, 1905, 1906, 1907. Rows include January, February, März, Insgesamt.

Von den verschiedenen Sorten weisen im Vergleich zu 1906 nur Lokomotiven eine starke Steigerung auf; von 66 706 Doppelzentnern im ersten Quartal 1906 ging der Lokomotivexport auf 97 683 Doppelzentner im laufenden Jahre hinauf.

Errichtung einer Papierfabrik in China. Vor etwa anderthalb Jahren haben die Provinzialbehörden eine Papierfabrik amtlich beschlagnahmt und dann als Regierungsunternehmung weitergeführt. Damals schickte der Generalgouverneur Nien einen Beamten nach Japan, um die Papierfabrikation zu studieren, und ernannte ihn nach seiner Rückkehr zum Direktor der Fabrik, die er nach japanischem Muster umgestalten sollte. Diese Umgestaltung ist durchgeführt worden. Es sind jetzt zu den zwei vorhandenen japanischen Maschinen noch zwei weitere bestellt worden.

Die in Yen pu im Ramhoi-Distrikt belegene Fabrik fertigt nur weißes Schreibpapier und in der Hauptstadt Peking an. Sie verkauft ihre Produkte durch eine in Peking errichtete amtliche Verkaufsstelle. Mit dem Farben der Papiere beschäftigt sie sich nicht; dies erfolgt vielmehr in den zahlreichen kleinen Papierläden in Peking, die die Farbstoffe von verschiedenen fremden Firmen beziehen.

Die Fabrik, die den Provinzialschulbehörden unterstellt ist, weil ihre Ueberschüsse allein dem Schulwesen zugute kommen sollen, hat vor kurzem durch eine Verfügung des Generalgouverneurs das Monopol für die Lieferung des Papiers für alle Behörden sowie für die Wand-scheine der Leihhäuser, die Lotterielose und die an die Behörden einzuzureichenden Wittschriften erhalten.

Segen der Biersteuer. Die Inn-Alten-Gesellschaft in Berlin, deren familiäre Ältern sich im Besitze der Schloßbrauerei Schöneberg befinden, erzielte in ihrem Geschäftsjahre 1906/07 eine Restaurationseinnahme in Höhe von 488 728 M. (1905/06 477 637 M.). Bei 29 543 M. (48 888 M.) Abschreibungen beträgt der Nettoüberschuß 135 407 M. gegen 126 885 M. in 1905/06, für das 30 Proz. Dividende bezahlt wurden. Wie hoch die Dividende pro 1906/07 ist, läßt sich aus dem uns vorliegenden Zahlenmaterial nicht entnehmen. In der Bilanz erscheinen 80 028 M. (74 431 M.) Debitoren und 51 928 M. (35 321 M.) Bestände.

Neue Wirtschaftsliteratur. Um allen denen, die aus geschäftlichem, beruflichem oder wissenschaftlichem Interesse in kurzen Fristen gern einen Überblick über die Funktionen des Wirtschaftsförpers gewinnen möchten, nach Möglichkeit das dazu erforderliche Material an die Hand zu geben, hat der Genosse R. Calver sich entschlossen, allmonatlich erscheinende Wirtschaftsbüchlein herauszugeben. Der erste dieser Büchlein liegt bereits vor. Er enthält u. a. folgende Kapitel: Neugründungen und Kapitalerhöhungen; eine

Zugehörigkeiten sozialistischer Art, und ohne sich in dieser Beziehung übertriebenen Hoffnungen hinzugeben, darf man doch erwarten, daß der Arbeiterstand, die Wohnungsfrage, das Gesundheitswesen usw. durch den Eintritt der Frau ins politische Leben einen wirksamen Antrieb erhalten. Mag die Neuerung zunächst auch in erheblichem Maße den bürgerlichen Parteien zugute kommen, auf die Dauer ist der Erfolg bei der Sozialdemokratie. Wer den Blick über Augenblickswirkungen zu erheben vermag, der wird gerade aus Nützlichkeitgründen als Sozialdemokrat überzeugter Anhänger des Frauenstimmrechts sein müssen.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Brix. Die für Donnerstag, 16. Mai, angelegte Versammlung fällt aus. Nächste Versammlung 20. Juni.

Gerichts-Zeitung.

Der Rattenkäfig von Anklagen gegen den „Freien Arbeiter“.

Vom Landgericht Berlin I wurde, wie wir seiner Zeit berichteten, der Redakteur des „Freien Arbeiter“ former Rudolf Destréich am 17. November v. J. wegen Veröfentlichung eines vermeintlich unzüchtigen Heuliedes zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, ferner wegen Widerstandes und Gotteslästerung in je zwei Fällen zu 6 Monaten Gefängnis. Das Reichsgericht hob das Urteil am Dienstag auf die Revision des Staatsanwalts auf, soweit der Angeklagte in einem weiteren Falle von der Anklage des Vergehens gegen die Sittlichkeit freigesprochen worden ist, ferner auf die Revision des Angeklagten, soweit er wegen Widerstandes in zwei Fällen verurteilt worden ist. Im übrigen wurde die Revision des Angeklagten verworfen. Soweit das Urteil aufgehoben worden ist, wurde die Sache an das Landgericht II zurückverwiesen. In dem einen Falle des Widerstandes, in bezug auf welchen das Urteil aufgehoben wurde, handelt es sich um einen Artikel „Mach dich nicht scheuen“, der in der „Revue“ erschien im September — diejenigen jungen Leute, die demnächst als Rekruten eintreten werden, aufgefordert, nicht gegen ihre Menschlichkeit zu verstoßen, insbesondere dann nicht den Befehlen der Vorgesetzten zu gehorchen, wenn diese verlangen, daß sie auf Menschen schießen. Das Landgericht hatte angenommen, daß der Angeklagte dadurch Personen des Soldatenstandes (als Ausgehobene seien die jungen Leute schon Soldaten) zum Ungehorsam gegen die Befehle der Vorgesetzten aufgefordert hat.

§§ 110, 111 des Strafgesetzbuches.

Ein Prozeß, der schon einmal das Strafgericht beschäftigt hatte, kam vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Wegen Vergehens gegen die §§ 130 und 110, 111 des Strafgesetzbuches (Auforderung zur Begehung von Gewalttätigkeiten) und wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten mußte sich der 22jährige Kadett Kurt Neumann verantworten. Am 19. März v. J. hielt der „Verein der föderierten Anarchisten Berlins und Umgegend“ seine Vereinsversammlung ab. Ein Mitglied hielt einen Vortrag über die Bedeutung des 18. März, an welchen sich eine allgemeine Diskussion angeschlossen. In dieser trat der Angeklagte als Redner auf und machte verschiedene Ausführungen, die die jetzige Anklage zur Folge hatten. Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte unter anderem gesagt haben, daß man die jungen Leute, noch ehe sie zum Militär kommen, dahin unterrichten müsse, daß sie im Falle eines Bürgerkrieges die Gewehre nicht auf die eigenen Brüder, sondern auf die Vorgesetzten richten sollten. Außerdem solle man beizeiten durch eine antimilitaristische Propaganda eine umfangreiche Reiterei in Heer und Marine herbeiführen. Wegen dieser Redemwendungen mußte sich K. schon einmal vor der Strafkammer verantworten, die seinerzeit auf Freisprechung erkannte. Auf die Revision des Staatsanwalts hin verurteilte das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Auf Grund der Befundungen des Polizeileutnants Kuszerow und des Polizeianwärters Koedel, die damals der Versammlung beigewohnt hatten, hielt Staatsanwalt Toeffler den Angeklagten im Sinne des Eröffnungsbeschlusses für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht sah die Sache mit Rücksicht auf die Jugendlichkeit und bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten erheblich milder an und erkannte auf eine Geldstrafe von 20 M.

Für die Rechtsicherheit ist es außerordentlich bedenklich, Notizen und Erinnerungen überwachender Polizeibeamten zur Grundlage für eine Verurteilung zu nehmen. Die Wahrheit kann zutreffend durch Phonographen ermittelt werden. Hat die Behörde die Anwendung solcher Mittel unterlassen, so ist es unbillig, als Surrogatmittel Befundungen überwachender Beamter zuzulassen, deren Auffassungsvermögen und Erinnerungsfähigkeit naturgemäß noch ungetrübt als die objektiver Zuhörer sein muß, deren Aufmerksamkeit nicht durch die Erwägung, „liegt eine strafbare Handlung vor?“, abgelenkt ist. Aber auch die Anklagebehauptungen als zutreffend unterstellt, widerspricht die Konfession der angeklagten Tat als Vergehen gegen §§ 130 oder 110, 111 des Strafgesetzbuches dem Rechtsempfinden aufs Lebhafteste.

Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz.

Der am 1. Mai aus so eigenartigem Grunde vertagte Prozeß gegen den Währigen Zigarettenarbeiter Karl Rothemann — dem wegen Krankheit des Vorsitzenden mit dem Vorsitz kurz vor dem Termin betrauten Landgerichtsrat Busch war der Aktieninhalt nicht bekannt — gelangte gestern zur erneuten Verhandlung. Ueber den Inhalt der Anklage haben wir am 3. Mai berichtet. Bei Beginn der gestrigen Verhandlung stellte Staatsanwaltschaftsrat Lindow den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, da

in der Verhandlung eine eingehende Erörterung der Herstellungsmethode von Sprengstoffen erforderlich sei, wodurch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht erklärte, aus prinzipiellen Gründen nichts gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit in der vorliegenden Sache einzuwenden zu können, stellte aber den Antrag, wenigstens der Presse den Zutritt gestatten zu wollen. Das Gericht hielt es jedoch im Interesse der öffentlichen Sicherheit für geboten, die Öffentlichkeit auch für die Presse auszuschließen. Die Beweisaufnahme nahm mehrere Stunden in Anspruch.

In sieben Uhr Abendstunde beantragte Staatsanwaltschaftsrat Lindow gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht hielt die Freisprechung des Angeklagten sowohl aus rechtlichen wie aus tatsächlichen Gründen für geboten. Nach einstündiger Beratung kam das Gericht zu einer Freisprechung, da die Beweisaufnahme lediglich ergeben habe, daß es sich bei der Verhinderung zum verbotenen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, die dem Angeklagten zur Last gelegt wird, nur um vorbereitende Handlungen gehandelt habe, die nicht straffällig sind. Der Angeklagte wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten?

Darüber, in welcher Weise die berüchtigten politischen Paragrafen auch gegen die polnisch sprechende Bevölkerung zur Anwendung gebracht wird, haben wir wiederholt durch Wiedergabe von Verhandlungen festgesetzt. Ein Licht auf diese Praxis wirft auch nachstehender am Dienstag vor dem Reichsgericht verhandelter Fall. Wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten (§ 130) ist am 31. Dezember v. J. vom Landgericht Oppeln der Redakteur der „Gazeta Opolska“, Adalbert Wroblewski, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Inkriminiert war ein am 5. Oktober 1908 in dem genannten Blatt erschienener Artikel „Preussische Feinheiten“. Darin wird darüber geklagt, daß die polnischen Reservisten mit den preussischen Farben geschmückt nach Hause kämen. Das sei aber eines Polens nicht würdig. Man müsse ihnen diese preussische Sitten vorzelen, da die Polen von Preußen in jeder Weise schlecht behandelt würden. In den Stuben hingen seine polnischen oder Heiligenbilder, sondern sogenannte Reservistenbilder. Die Polen sollten sich aber ein Nationalbild schaffen. Der Artikel ist aus dem „Deut.“ abgedruckt. Deutsches und Polentum, so heißt es im Artikel, werden in dem Artikel einander entgegengesetzt; der Artikel hat einen zur Gewalttätigkeit der polnischen gegen die deutsche Bevölkerungslasse aufreizenden Charakter. Eine Stelle weist auf Körperverletzungen von Deutschen durch Polen hin. — Die Revision des Angeklagten bestritt, daß von zwei Bevölkerungslassen in dem Artikel die Rede sei. Der öffentliche Friede sei durch den Artikel, den das Gericht verurteilt habe, nicht gefährdet. — Das Reichsgericht verwarf die Revision.

Fabrikbesitzer, Graf und Professor.

Zu dem unter dieser Ueberschrift gestern gedruckten Gerichtsbericht erfuhr der als Zeuge vernommene Graf Dobna-Kalkowitz um die Feststellung, daß er bei dem Konflikt von Professor Neumann eine Ohrfeige oder einen Schlag nicht bekommen habe. Dies ist schon vor dem Ehrenrat des Bezirkskommandos IV durch Vernehmung von Zeugen festgestellt und vom Grafen Dobna vor Gericht auch eidllich erhärtet worden.

Um so auffällender ist die große Milde, mit der die Rache des verurteilten Fabrikbesitzers Herschel beurteilt ist.

Veranstaltungen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen veranstaltete am Montagabend eine öffentliche Versammlung bei Guggenbogen. Das Paradies der Angestellten, so lautete das Thema, das zur Erörterung Rand und von Wolfgang Heine und Julius Kaliski behandelt wurde. Heine ging sogleich auf den Prozeß ein, den die Firma Bertheim gegen eine Angestellte auf Grund der Konkurrenzklausele geführt hatte und der in den Streifen der Gehilfenschaft berechtigtes Aufsehen erregt hatte, besonders als der Antrag gestellt wurde, daß die besagte Dame für jeden Tag der Zuwiderhandlung mit einer Freiheitsstrafe bedacht werde. Heine erklärte, daß mit der Konkurrenzklausele ein schreiender Mißbrauch getrieben wird und er hofft, daß der Fall bei Bertheim den Anstoß zur gänzlichen Beseitigung der Klausel sein möge. Der Redner zeigte, wie die Regierung dem Drängen der Arbeitgeber nachgegeben hat und die Konkurrenzklausele im neuen Handelsgesetzbuch eine Fassung erhielt, die für die Angestellten im Handelsgewerbe weit ungünstiger lautet, als die frühere Bestimmung. Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Reichstage einen Antrag vorgelegt, solche Klauseln im Arbeitsverträge als ungültig zu erklären, denn in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle handelt es sich nicht um den Schutz von Geschäftsinteressen, sondern darum, den Konkurrenten und noch mehr die Angestellten zu schädigen. Aufgabe der Handlungsgehilfenschaft ist es nun, die Bewegung gegen solche Schädigungen im Gange zu erhalten und nach Kräften zu unterstützen, damit eine Keimung herbeigeführt werde. (Lebhafter Beifall.) Nach Heine sprach Kaliski, der erklärte, daß die Mitteilung an die Presse, die Firma Bertheim habe die Konkurrenzklausele fallen lassen, falsch sei. Früher gehörte diese Firma zu den anständigsten in Berlin; aber das habe sich geändert. Freilich seien die Handlungsgehilfen und Gehilfinnen selbst daran schuld, weil sie zu schlecht

organisiert seien. Der Redner forderte energisch zur Agitation und zum Beitritt in den Zentralverband auf. Die Versammlung nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen der Referenten an.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskammer-Gebäude, Durchgang zum Hinterstr. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 2. 1. Wir haben noch keine Nummer der französischen Ausgabe erhalten. Wir haben angefragt. Sobald wir Antwort haben, wird Ihnen Nachricht unter derselben Chiffre. 2. Wir haben solche Adressen nicht und bezweifeln, daß dort solche Blätter erscheinen. Am besten lesen Sie die „Paris. Humanité“, die auch Sibirienreich berücksichtigt. — J. W. 8. Für Feiertage ist kein Lohn zu zahlen, außer wenn die Lohnzahlung vereinbart ist, oder der Wille, daß Lohn gezahlt werden solle, aus der Lohnform folgt. Demnach ist Lohn zu zahlen: wenn eine ausdrückliche Vereinbarung vorliegt; ferner, wenn die Zahlung für Feiertage in einer bestimmten Summe üblich ist, endlich wenn Wochenlohn oder Monatslohn vereinbart ist. Für Feiertage ist aber, auch wenn der Lohn wöchentlich gezahlt wird, Lohn nicht zu zahlen, wenn der Lohn nach Stunden oder Tagen berechnet wird, also nicht ein feststehender Wochenlohn oder Monatslohn vereinbart war. Rechtlich ist es aber, so ist mangelnder besonderen Drangs oder besonderer Werde Lohn für Feiertage nicht zu zahlen. Ist ausdrücklich vereinbart (mündlich oder schriftlich) für Feiertage solle Lohn nicht gezahlt werden, so ist auch in dem Fall, wo ein fester Wochen- oder Monatslohn vorliegt, Lohn für den Feiertag nicht zu verlangen. — R. 28. Ja. — Trautener Ehe. 1. Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. Vielleicht nicht eher eine Beweiserhebung bei dem dortigen auswärtigen Konsulat. 2. Die Arbeiterin erhält nichts zurück. — E. 59. Beide Fragen sind zu bejahen. — R. 16. Die Hälfte der gestellten Marken wird zurückgezahlt. Indessen ist es vorzuziehen, selbst weiter zu leben. Dadurch, daß man innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Marken gleichzeitiger Rente fließt, behält man die Rechte aus der Versicherung. — W. 25. Nein. — R. 67. Durch Blindgaben zerbrochene Schaufensterscheiben hat der Wirt ersetzen zu lassen, falls nicht, wie in Berlin üblich, das Gegenteil im Vertrag vereinbart ist. — August 11. Nach der herrschenden Rechtsprechung ist eine solche Vereinbarung zulässig und verbindlich. — J. G. 29. Sie könnten leider gegenüber dem von Ihnen geschlossenen Vertrag lediglich einen geeigneten Untermieter finden und die Rente für Ihre Mietzeit hinterlegen. — G. R. Weisalen. Versuchen Sie es mit einer Anfrage bei der dortigen Militärbehörde. — V. 3. 110. Aber! Der 1. Mai ist als Feiertag von dem internationalen Arbeiterkongreß zu Paris 1889 beschlossen. Sollen Sie das Protokoll über den Kongreß nach, um sich genauer zu informieren. — Wette Prozent 100. Prozent heißt auf deutsch von 100. Eins von oder auf 100 ist 1 Prozent, 1 Prozent von 50 ist also 1/2, 100 Prozent von 50 sind 50. — R. 80. Da Ihre Frau leider nicht freiwilliges Mitglied von der Zeit Ihres Ausbleibens aus der Rasse bis zum 15. Januar geblieben ist, steht ihr leider ein Anspruch auf Wochengeld nicht zu. — G. 3. 11. Der Witwe würde ein Recht auf Sterbegeld usw. zustehen. — E. 79. Nein. Durch § 95 des alten und § 135 des neuen Unfallsversicherungsgesetzes ist das Recht des Verletzten, die Differenz zwischen der unzulänglichen Rente und dem wirklichen Schaden vom Unternehmer zu verlangen, für alle Fälle, mit Ausnahme des vorzüglich herbeigeführten Unfalls, leider genommen. — V. 27. Wenn im Kaufvertrage nicht ausdrücklich die betreffende Sache zugesichert ist, so hätte ein Prozeß wenig Aussicht auf Erfolg. Ausschlußklausel erscheint ein Grenzregulierungsprozeß. — G. 3. Mod 25. Bräutigam 3. — C. 7. Nein. — G. R. Eine Milliarde ist tausend Millionen. — G. R. 57. Reicht der Empfänger einen eingeschriebenen oder sonstigen Brief ab und ist der Inhalt a. B. als Kündigung rechtschuldig, so gilt der Inhalt, also a. B. die Kündigung, wiewohl die Annahme nicht erfolgt ist. — V. G. 100. Sie können bei dem Amtsgericht Beschwerde erheben. Leider dürfte dieselbe bei dem von Ihnen vortragenen Sachverhalt Aussicht auf Erfolg nicht haben. — J. R. 99. Da Sie zur Zeit der Unterjährigkeit minderjährig waren, so halten Sie nicht aus dem Verträge, es sei denn, daß Sie nach erreichter Volljährigkeit denselben ausdrücklich anerkannt haben. — Max Patenelever. Ja über die Kündigungsklausel eines Werkmeisters nichts vereinbart, so steht dem Meister eine solche von sechs Wochen zum 1. des Quartals zu. Es könnte also frühestens zum 1. Juli gekündigt werden. — G. G. 30. Die Geschwister sind nicht pflichtteilsberechtigt. Ein Anberloher Ehegatte kann seine Frau zur Unterjährigkeit einziehen, ein Pflichtteil steht nur einem etwa noch lebenden Eltern zu. — H. 3. Der Wirt ist keineswegs im Recht. Lassen Sie ihn durch einen Anwalt verklagen; zu unterlassen, Sie am Betreten des Hauses zwecks Wahrnehmung Ihrer Auswärtigkeit zu hindern und Ihnen vollen Schadenersatz zu leisten. — R. 20. Werden Sie sich an Sabina, Genossen Dinge, Panitz, 31b oder an Genossen Erwald, Schönleimstr. 8. — V. G. 21. Sie würden gut tun, wenn Sie den Genossenschaftsvertrag durch einen Anwalt entwerfen lassen. Die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes auch über Vertretung der Genossenschaft müssen beachtet werden. Beträgt das Einlagekapital pro Person 1000 M., so heißt das bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, daß die betreffende Person mit 1000 M. Einlagekapital und außerdem mit 1000 M. haften. Der Vertrag muß dem Gericht eingereicht werden. — G. 2. 159. Werden Sie sich an Fel. Baar, Wilmsstr. 17, Gartenhaus IV. — G. 17. Richten Sie das Geld direkt an den Magistrat, Städtische Deputation. — R. R. Treuenbrieken. In dem Antrag der Ehe nicht berechtigt. — W. 3. 126. Grundsätzlich können wir es ab, bestimmte Anwälte, Ärzte, Firmen, Handwerker usw. zu empfehlen. — R. R. 1870. 1. Ueberrück ist nur strafbar, wenn wegen des Ueberrückes die Ehe geschieden wird und der beleidigte Ehegatte Strafantrag stellt. Die Scheidung kann nicht eingeleitet werden, wenn der andere Ehegatte dem Ueberrück verziehen hat oder innerhalb sechs Monaten nach Kenntnis von dem Ueberrück die Ehegattungsanfrage nicht angestrengt hat. 2. Der außereheliche Erzeuger hat auch dann Alimente zu zahlen, wenn er verheiratet ist. 3. Zur Adoption ist die Einwilligung der Mutter, des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erforderlich. Der Adoptionsvertrag ist gerichtlich oder notariell zu schließen. Versuchen Sie einen Adoptionsvertrag zustande zu bringen. — H. 2. 1. Nein. 2. Nur, wenn eine Verurteilung wegen Meineides stattgefunden hat. — Gb. Nein.

Wasserstand am 15. Mai vorm. Elbe bei Ruffa — Meter, bei Dresden — 19 dp. — Elbe bei Magdeburg 2,33 Meter, — Oder bei Rathow — Meter, — Oder bei Breslau Unterpel minus 0,30 Meter, — Oder bei Breg — Meter, — Rheingebirg — Meter.

H. Greifenhagen Nchf.

Brunnenstr. 17-18 — Veteranenstr. 1-2

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
Letzte 3 Tage der Gratis-Ausgabe von
Photographie-Bons

bei einem Einkauf von 5 Mark an
Dieses Mal haben die Photographie-Bons auch für Kinder-Aufnahmen Gültigkeit.

Als ich reich war

Für jeden Herrn, der diese Annonce zufällig liest, wird Gelegenheit geboten, sich elegant und praktisch einzukleiden und trotzdem nicht viel Geld dafür anzulegen.
Ich offeriere einen Posten: getragene Herren-Anzüge 7, 8 bis 12 Mk.
getragene Herren-Paletots 6, 7 bis 11 Mk.
getragene Rock- u. Gehrock-Anzüge 9, 11 bis 14 Mk.
getragene Hosen 1,50 bis 3,50 Mk.
Ferner von feinsten Herrschaften, Kavaliere etc. verliedene Monats-Garderobe.
Für jede Größe, Figur jederzeit passend zu finden.
J. Wand, Haupt-Geschäft: Nummer 86, Chausseest. 86, Nummer
alte Nummer 80a alte Nummer 80a
Bitte genau auf Hausnummer 86 zu achten.
Filiale 2: Prinzenstr. 17. Filiale 3: Große Frankfurterstr. 118.

Sommer-Joppen

Tausendfältige Auswahl
verschiedenartigster Waschstoffs
4.— 3.— 2.— 1.75 **85** Pfg.

Lüster-Jacketts

Tausendfältige Auswahl
angenehmster Lüster-Moden
12.— 9.— 6.— 4.50 **3.—** M.



Flanell-Anzüge	Lüster-Anzüge	Wasch-Anzüge	Touristen-Joppen
Flanell-Hosen	Schiffleinen-Hosen	Westen-Gürtel	Rucksäcke
Loden-Hüte	Touristen-Hemden	Sommer-Wäsche	Schirme, Stöcke.

Herren-Wasch-Westen in den neuesten Dessins 3 Stck. 6 M. 50, einzeln **2** M. 25

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse **29-30** alte Nr. 244/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugewandt.

Wohin? machen wir unseren Frühjahrsausflug immer wieder?
Zum alten Freund nach Pichelsworder!
Es ladet uns ein Der Alte.

Frack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Crabb.
Eor. Eieg. Frack, Gehrock
1,50, Hofe 1,00, Weste 50 Pf.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Linden-Strasse 69.

In unserem Verlage erscheint:

Geschichte

der

Berliner Arbeiterbewegung.

Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Heranggegeben von

Eduard Bernstein.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

I. Teil:

Vom Jahre 1848 bis zum Erlass des Sozialistengesetzes 1878.

II. Teil:

Unter dem Sozialistengesetz 1878—1890.

III. Teil:

Von 1890 bis zur Gründung des Zentralverbandes von Groß-Berlin 1905.

Der erste Teil des Werkes liegt komplett vor und kostet in Leinenband **Mk. 6,50**,
in Halbstranzband **Mk. 7,50**.

Auch kann derselbe in 17 Heften à 30 Pf. bezogen werden.

Kapitel-Übersicht des ersten Teiles:

Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. — Berlins Arbeiter in den Märztagen. — Die Sammlung der Arbeiter im Revolutionschaos. — Der erste Berliner Arbeiterkongress und seine Berke. — Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe. — Unter der Reaktion. — Die neue Wera und das Erwachen der Arbeiterbewegung. — Die Berliner Arbeiter zwischen Fortschrittspartei und Lassalle. — Von Lassalles Tod bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes. — Unter dem Norddeutschen Bund bis zum Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress. — Vom ersten Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress bis zum Vorabend des deutsch-französischen Krieges. — Im Kriegslager. — Die ersten Jahre im Deutschen Reich. — Die Reichstagswahl von 1874. — Die Wera Lessinghaus. — Von den ersten großen Wahlsiegen bis zu den ersten großen Reichenbegängnissen. — Die zwei Alternativen auf Wilhelm I. und die tausend Alternativen auf das Reich. — Am Vorabend der Herrschaft des Sozialistengesetzes.

Zu beziehen durch sämtliche Parteipeditionen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin.



Konfektions-Haus
R.M. Maassen

Deutschlands grösstes Spezial-Haus für Damen-, Mädchen- und Sport-Konfektion.

Ausserordentlich preiswertes

Extra-Angebot!

In leichter Sommer-Konfektion. ...
Meine Auswahl ist auch in diesem Artikel eine ganz enorme. Meine Preise sind anerkannt billig.

Leinen- und Batist-Blusen

in den gesamten Partorre-Räumen meines Hauses übersichtlich ausgestellt, in einfacher, solider und eleganter, aparter Ausführung

M. 1.50 1.75 2.50 3.25 4.50 bis 8.75

Leinen-Wasch-Kostüme

Ein Posten von letzter Saison, welche früher M. 16.— 20.— 26.— 32.— 45.— gekostet haben, nur von Dekoration gelitten

M. 5.— 6.— 9.— 11.— 12.50

Leinen-Wasch-Röcke

In weiss und creme. Volants- und Falten-Röcke mit guten Einsätzen und Stickerelen

M. 4.50 5.— 6.50 7.50 bis 15.—

Mädchen-Sommerkleider

aus Wasch-Alpaka und Musselin-Stoffen

M. 2.50 2.75 3.50 4.50 10.—

Schwarze Konfektion 1 Posten Alpaka-Kostüme
mit Seiden-Futter u. reicher Garnierung; seltene Gelegenheit

Regulärer Wert bis M. 50.— jetzt M. **26.—**
weit unter Preis.

Am Oranien-Platz

Ernst Haeckel Vermögen werden gewonnen!

von Wilhelm Boelsche.

Vorzügliche Darstellg. v. Haeckel, Darwin, Monismus, Welträtsel etc. für jeden Gebildeten notwendig. Bisher 3M. Bezug d. d. V. A. jetzt **nur 1 M.** Buchh. od. d. Verlag H. Seemann Nachf., Berlin NW. 87.

Getreide-, Mehl-, Kaffee- und Zuckerpreise steigen rapid. — Wer sich für die mechanischen Preisbewegungen an den Produktenbörsen interessiert, verlange die von Kaufmann Michael Probstler in Würzburg verfasste Broschüre: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“. — Dasselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, M. 2.— B, Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. — Gegen Einsendung von M. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, M. 2.50, bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verleger versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbst Flugschriften und Prospekte.

Nicht die grösste Reklame und keine Versprechungen, **Kosten des Käufers** wie Gratis-Zugaben auf Unstreitig ist

J. KURZBERG'S

Spezial-Geschäft für

feine Herren-Bekleidung

fertig und nach Maß die beste und billigste Bezugsquelle gegen Baar und

Teilzahlung

Wochenrate von Mk. 1 an.

Meine Konfektion, in eigener Werkstatt hergestellt, zeichnet sich aus durch **gedieg. Rosshaar-Verarbeitung** **elegant sitzende Form.**

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Baartzahlung 10% Rabatt.

J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1^L direkt am Bahnhof.



Schulfragen.

Zum Merkblatt betreffend körperliche Züchtigungen in der Schule wird uns geschrieben:

„Einige Taten auf dem Gebiete der Merkblattpädagogik sowie die gegenwärtig rege Diskussion der Koedukation legen den Gedanken nahe, als stünden wir in Berlin auf dem Gebiete des Schulwesens vor einer Area fruchtbarer Reformen. Und weshalb sollten, abgesehen von der vom Fiskalismus diktierten Stellung zum Achtklassen-system, die leitenden Gedanken nicht auch durchaus gute sein? Mit ihrer Ausführung sieht's bis jetzt anders aus. Man mag zugestehen, daß Berlin aus der Haut des konservativ-orthodoxen Schulpreußens nicht gut heraus kann; aber Merkblätter allein und um geringfügiger Dinge willen erlassene Verfügungen dürften auf dem zur Rede stehenden Gebiete als Allheilmittel wohl in keinem Falle gelten können. Uebrigens soll damit der Berliner Schuldeputation als ganzem in seiner Weise der Vorwurf der Unzweckmäßigkeit in ihren Maßnahmen gemacht werden; das Plenum dieser Schuldeputation weiß von all diesen Dingen zumeist nichts.

Bezüglich des Merkblattes betreffend die körperlichen Züchtigungen berührt es doch — mit Verlaub — etwas eigenartig, daß es der „Sokal-Anzeiger“ bereits seit Wochen, die Lehrerschaft aber noch heute nicht in Händen hat. Der Umstand an und für sich, daß die Öffentlichkeit durch die Tagespresse davon Kenntnis erhält, dürfte die Schule wenig stören; im Gegenteil, wenn die Lehrerschaft an solchem Verfahren ein Beispiel nehmen und für so vieles, was hinter dem Jopf der Amtsschwiegenheit dem Tageslichte sich verbirgt, das Interesse der Öffentlichkeit wachrufen würde, so könnte der Volksschule daraus noch eitel Segen erwachsen.

Der Erfolg dieses Merkblattes muß nun leider von vornherein als recht problematisch bezeichnet werden, als genau so problematisch, wie der eines Merkblattes für mißhandelnde Unterrichtsleiter, ohne daß zur Abschaffung von Paradedienst, Comandobienst und all der sonstigen Schönheiten im herrlichen Kriegsheer auch nur ein Finger gerührt würde. Der Inhalt des Merkblattes, soweit er durch die Presse bekannt geworden ist, besteht durchweg in Dingen, welche jeder Lehrer vom Seminar her zur Genüge kennt. Und wer's vergessen haben sollte, dem sind diese Kenntnisse, ehe er die „Fleischhöpfe“ Berlins erreicht, draußen in der Provinz durch entsprechende Verfügungen der zuständigen Regierungen — die im Verfügen ja auch nicht schwach sind — sicher wieder zu Gemüte geführt worden. Weiter wird die Lehrerschaft über dieses Gebiet, insbesondere über die strafrechtlichen Folgen körperlicher Strafen, durchaus auf dem laufenden erhalten. Neues wird in dieser Beziehung also auch das Merkblatt, das dem Fernstehenden vielleicht als Großtat erscheinen mag, dem Lehrer nicht sagen können. Man wird sich nun wohl noch etwas mehr wundern, weshalb die körperliche Züchtigung in der Volksschule so im Schwange ist. Den letzten Grund der Mißhandlungen im Heere haben verkündete Leute nicht so sehr in Einzelpersonen als vielmehr im System eben dieses Heeres gesucht und gefunden. Bezüglich der körperlichen Züchtigungen in der Volksschule wird man schon denselben Weg beschreiten müssen. Es sei bemerkt, daß jeder Lehrer, der dieses System auch nur einigermaßen kennt, einen Vergleich zwischen Heer und Schule, auch im Geiste des beliebigen Wortes von der „Schule der Arme“, unter allen Umständen ablehnen darf. Die Parallele ist hier auch nur gezogen, um die Behauptung verständlicher erscheinen zu lassen, daß nämlich der „prügelnde Lehrer“ ein Produkt der Verhältnisse seines Amtes ist. Inwiefern hierbei die Spannung zwischen dem vom Lehrer zu leistenden „Soll“ der Schule und dem wirtschaftlichen und sozialen häuslichen Milieu der Schüler mitspricht, sei hier unerörtert gelassen; bezüglich, ob ein gesundes System der Erziehung durch die Schule zu denken ist, ohne eine ganz bedeutende Hebung der Volksschichten, die ihre Jugend der Volksschule zuführen. Wer nicht gerade annehmen wollte, daß es dem Lehrer, sofern er ein Mensch ist wie andere auch, Vergnügen bereitet, auf dem Leberwerdender Mitmenschen herumzutrommeln, der wird die Hartnäckigkeit, mit der sich die körperliche Züchtigung in unserer Schule erhält, in dem System dieser Schule suchen müssen.

Wer, mit etwas Sachkenntnis ausgestattet, Gelegenheit hat, einen Einblick in unser Schulwesen mit seinem echt preussischen Geiste zu gewinnen, der wird in der Tat auf Dinge stoßen, die in dieser Richtung recht vieles erklären. Während der Pädagoge Comenius zur Zeit des dreißigjährigen Krieges unserem Herrgott nicht genug dafür danken konnte, daß er dem Menschen vor allen Kreaturen eine so lange Entwicklungszeit von etwa 25 Jahren gesetzt habe, muß die Jugend der Volksschule sich dieses Segens begeben und wird nach dem 14. Lebensjahre ins Erwerbsleben gestochen. Anstatt in der Erziehung dieser unter den sozial ungünstigsten Verhältnissen aufzuwachsen, oft schlecht genährten Menschenkinder ganz besonders auf die Stimme der Natur zu hören, scheidet man dort, was zur Fron im Leben an Kenntnissen nötig ist und die königlich preussische Bestimmung nicht föhrt, wie eine Wurst nach der Zahl der Schuljahre in 8 Teile und nun: Lieber Junge, fröh und Lehrer, stopfe noch! Da wird nun mit 8 Jahren nach Herzlust gelesen und gerechnet, ohne viel zu fragen, ob Geist und Körper in der Lage sind, dabei mitzubalten. War's nicht besser, das „Objekt“ dieses Unterrichts bei Spiel, Handfertigkeitsübung, Turnen und Zeichen sich erst etwas auszuwachsen zu lassen? Ob der kleine Mann dann nicht spielend erledigen würde, was jetzt Schülern und Lehrern Last und Plage und — Anlaß zu körperlichen Züchtigungen ist?

In einem Zimmer sitzen alle Benachteiligten eines Jahrganges traut beieinander, dem geistig Lahmen bis zum Schnellläufer an Denk- und Arbeitskraft. Da in einer Klasse nur eine Norm herrschen kann, so gilt für alle das gleiche Klassenziel, und es werden im Durchschnitt an alle dieselben Anforderungen gestellt werden müssen. Wer ihnen nicht genügen kann, leidet an Faulheit, welche Krankheit, obwohl die Psychologie von ihr nichts weiß, dann — mit dem Vokel kuriert wird. Und nun genügt's ja auch nicht, daß die Denkkraft am Unterrichtsstoff geübt wird; nein, „üben“ soll's und bei der Hand sein. Wenn der gestrenge „Herr Revisor“ kommt, so soll's ihm entgegenprudeln wie aus einem überkullten Regen. Und der Herrscher im Reiche ist nicht etwa der gesunde Menschenverstand, sondern ein Buch Papier, Lehrplan genannt, für dessen weitgehende Spezialisierung und Ausdehnung eifrig gefordert wird. Und der schon genannte „Herr Revisor“ sorgt dafür, daß dieser Herrscher an seiner Autorität nichts einbüßt. Der „Herr Revisor“, der als Kreisinspektoren, Schulkat, Turninspektoren, Religionsunterrichten und wer weiß noch für ein Insizient auftritt, ist überhaupt aus ganz besonderem Schrot und Korn. Mit Seherblick erkennt er in einem halben Stündchen aus den Paradediensten und daran, ob „alles Hopp“, wie's im Staate Dänemark aussieht. Dafür hat er auch nie in seinem Leben das Vergnügen gehabt, selbst eine Volksschule zu unterrichten. Am Schlusse des Jahres wird dann das Halbfabrikat der Schulziehung abgenommen und weiter gegeben.

Es ist natürlich nicht möglich, hier alle Seiten eines Systems aufzuzeigen, zu dessen Existenzbedingungen Zuckerbrot und Peitsche nun einmal gehören. Eine Folge dieses Systems ist es aber, daß der Lehrer, wenn er nicht unter den Schlitten geraten will, letzten Endes darauf sehen muß, daß er mit seiner Klasse vor dem Lehrplan und der Unzahl seiner Vorgesetzten besteht. Unter diesen Umständen kann natürlich nicht das Kind Spiel und Mittelpunkt der Schule bleiben. Es wird aus dieser Rolle durch die schon genannten Herrschaften verdrängt. Und der Lehrer, der in die

„gehobene Stelle“ des Schulleiters, das Rektorat, eintritt, wird nach einigen Jahren ganz naturgemäß zu einem meist nur allzu dienstfertigen Handlanger dieses Systems. Man sollte es doch mit der Konstitution auf dem Arbeitsgebiete der Schule versuchen und durch die Kollegien auf einige Jahre die Schulleiter wählen lassen. Die würden dann weniger gefügig sein; dafür könnte der „Herr Revisor“ sehr viel mehr und eindringlicher erfahren, was der Schule frommt. Man sparte zudem dabei noch Geld.

Zweckmäßige Differenzierung der Schüler nach ihrer Begabung, Einrichtung von Förder-, Nachhilfe- und Abschlaklassen, wie sie anderwärts bereits zu finden sind, weniger Spürsim und Regiment, aber mehr Sach- und Sachkenntnis bei Vorgesetzten und Behörden, mehr Verzicht auf die Paradedienste und die patentierte „sittlich-religiöse“ Bildung und im übrigen: kein Robeln der Natur, kein in Erziehung machen, sondern ein System der Schulziehung, das keinen anderen Zweck kennt als den, „der Natur des Kindes in ihrem Haschen nach Entwidlung hilfreiche Hand zu leisten“. Damit wird man der körperlichen Züchtigung in der Schule den Boden entziehen. In dieser Richtung sind die Leistungen der Berliner Schulbehörde aber außerordentlich schwach. Wer sich dem System Stadt nicht energisch entgegenstellt, wer fleißig Paradedienste in der Schule kultiviert, wer durch erstaunliche Anwesenheit bei Verteilung von Lehrkräften und durch Untergraben des Achtklassen-systems eine naturgemäße Beschulung unmöglich macht: Der verfehlt die sachlichen Vorbedingungen der körperlichen Züchtigungen. Merkblätter ändern daran leider blutwenig, bringen höchstens in den Geruch, als habe man der Öffentlichkeit einmal gehörig den Mund wässrig machen wollen. Man kann doch wohl aber nicht annehmen, daß es der Berliner Schuldeputation mit ihrer guten Absicht nicht vollster Ernst sei, und so hat die nun in dieser Sache interessierte Öffentlichkeit das Recht, zu erwarten, daß besagte Behörde nach getanem zweiten Schritte nunmehr auch den ersten und die weiteren mit aller Kraft in Angriff nimmt.

Diese Zusage eines Mannes, der selbst im Schulwesen eine Stellung einnimmt, enthält sicher viel Beachtenswertes.

Verbandstag der Töpfer.

In der gestrigen Vormittags-sitzung erhielt zunächst der Verbandsvorsitzende Drunsel das Schlusswort zur Debatte über den Revisionsbericht, antwortete auf einige Einwendungen und Beschwörungen und machte verschiedene Irrtümer auf. Er teilte u. a. mit, daß im Laufe dieses Jahres eine Statistik über das Lehrwesen aufgenommen werden soll. Einen Antrag, der sich gegen die Lehrplangestaltung richtete, hatte bereits die Münchener Generalversammlung angenommen, doch war dieser Antrag so allgemein gehalten, daß er dem Vorstand keine Handhabe zu bestimmten Maßnahmen bot. Der Redner ging ferner auf die bei den Lohnkämpfen angewandte Taktik ein und rechtfertigt namentlich die Haltung des Zentralvorstandes bei dem Streik in Neumünster. Ebenso ging der Redner auf die Streitigkeiten der Redakteur Schmit in seinem Schlusswort auf diese Fragen ein. Nachdem dann noch der Revisor Merz und der Ausschussvorsitzende Weier auf einige Einwendungen erwidert hatte, erteilte die Generalversammlung dem Gesamtverband auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge.

Sobann kamen die vorliegenden Anträge zur Abstimmung, soweit sie nicht zu anderen Punkten der Tagesordnung gehören. Die von der Zentralvorstandeskonferenz im Februar 1906 empfohlenen Bestimmungen, den Uebertritt von einem Verband in den anderen betreffend, wurden der Statutenberathungskommission überwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag, monatlich jährlich 3 bis 5 Mitglieder an den von der Generalkommission eingeführten Unterrichts-kursen teilzunehmen haben, die vom Zentralvorstand zu ernennen sind. Die vom Redakteur Schmit empfohlene Resolution, Regeln für die Redaktion wie für die Mitarbeit und Berichterstattung enthaltend, wurde ebenfalls angenommen. Ferner wurde der Redakteur verpflichtet, bei Streiks und Aussparungen im Beruf des Zentralvorstandes über diese Kämpfe durch entsprechende Artikel zu informieren. Dann wurde beschlossen, daß der Töpfer, statt vier-, achtfach in kleinerem Format erscheinen soll. Außerdem wurde beschlossen, daß der Filiale Kiel ihre für die Lohnbewegung in Neumünster ausgegebenen Gelder zurückzuerhalten werden sollen.

Es wurde darauf eine Statutenberathungskommission gewählt, die aus 9 Delegierten besteht und der die zum Statut vorliegenden Anträge überwiesen wurden.

Danach kam der Punkt

Arbeitslosenunterstützung zur Beratung. Drunsel, der die Debatte einleitete, erklärte, daß er auf ein ausführliches Referat verzichten könne und in dieser Hinsicht auf seine Ausführungen aus der Revisoren Generalversammlung von 1903 verweise. Der Redner ist grundsätzlich für die Arbeitslosenunterstützung, hält ihre Einführung im Töpferverband aber nur bei sehr hohen Beiträgen für möglich. Nach der in diesem Frühjahre eingetretenen außerordentlichen Arbeitslosigkeit sei selbst die vom Zentralvorstand aufgestellte Kalkulation nicht mehr ganz zutreffend. Wollte man diese Unterstützungsform einführen, müsse man vor allem die Stimmung der Kollegen im ganzen Lande prüfen. Die Diskussion im „Töpfer“ habe ergeben, daß eine Mehrheit der Kollegen die Arbeitslosenunterstützung wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse im Beruf nicht für empfehlenswert hält. In Verbindung mit dieser Frage müsse die der Verschmelzung beraten werden. Der Redner führt den Nachweis, daß eine Verschmelzung mit den für das Baugewerbe in Betracht kommenden Verbänden zurzeit nicht möglich ist, dagegen wohl eine Verschmelzung mit dem Porzellan- und dem Glasarbeiterverband. In einem diese beiden und den Töpferberuf umfassenden Verband werde ein Ausgleich der Kosten für Lohnkämpfe und Arbeitslosenunterstützung Platz greifen. Auf der bereits im Vorstandesbericht erwähnten Konferenz der Verbandsvorstände der Töpfer und der Porzellanarbeiter sind folgende Thesen aufgestellt:

1. Die anwesenden Vertreter der Verbände der Töpfer und Porzellanarbeiter erklären sich im Prinzip mit der Verschmelzung bzw. Schaffung eines Verbandes der keramischen Arbeiter einverstanden.
2. Zur Prüfung der aus der Verschmelzung eventuell sich ergebenden Schwierigkeiten und zur Erledigung der nötigen Vorbereitungen treten vorerst die von ihren Verbänden dazu autorisierten Vorstehenden der Verbände der Glas-, Porzellanarbeiter und Töpfer zusammen.
3. Das gemeinsame Statut ist im Entwurf in den einzelnen Fachorganen zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.
4. Den Generalversammlungen der Glas-, der Porzellanarbeiter und der Töpfer wird diese Frage zur Beschlußfassung unterbreitet.
5. Ein gemeinsamer Kongress entscheidet endgültig über die Frage.

Der Redner erklärt zum Schluss, daß man vorläufig auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung verzichten, und erst die Erledigung der Verschmelzungsfrage abwarten möge.

In der Diskussion sprach zunächst Krämer-Weipzig, der für die Oeffenher eine Verschmelzung mit den Bauarbeiterverbänden für zweckmäßiger hält. — Uebrigens hatten sich bereits während der Ausführungen Drunsel nicht weniger als 43 Delegierte zum Wort gemeldet. Die Diskussion dauerte fort.

Dem finnischen Töpferverband ist ein Begründungs-scheitern eingelaufen, in dem auch Mitteilung von bereits eröffneten oder nahe bevorstehenden Lohnbewegungen in verschiedenen Städten Finnlands gemacht wird. Namentlich wird von Jyväskylä, Viborg, Lammelors und nach Abo gemeldet. In Abo

kommt ein deutscher Unternehmer in Frage, der vermutlich in Deutschland Streikbrecher suchen wird.

Die Arbeitslosenunterstützung einzuführen wird schon seit mehreren Jahren von einem Teil der Mitglieder des Töpferverbandes angestrebt, während ein anderer Teil nichts davon wissen will oder sie wegen der Verschiedenartigkeit der Arbeitsverhältnisse zwischen Werkstattarbeitern, Scheidestöpfern und Oeffenher nicht für durchführbar hält, ohne die Organisations in anderer Hinsicht zu schädigen. Die Münchener Generalversammlung verpflichtete den Zentralvorstand, eine Vorlage zur Arbeitslosenunterstützung ausgearbeitet, um sie eventuell bei der nächsten Generalversammlung einzuführen. In München trat bei den Delegierten eine starke Strömung für eine Ueberstimmung über die Frage hervor; doch wurde ein solcher Antrag damals mit 20 gegen 20 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Zentralvorstand hat inzwischen eine Statistik über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern ausgearbeitet, um eine Grundlage für seine Vorlage zu gewinnen. Die Statistik erstreckt sich auf 11 004 Mitglieder, davon waren arbeitslos 1710 bis zu 1 Woche, 1615 2 Wochen, 1063 3 Wochen, 734 4 Wochen, 598 5 Wochen, 431 6 Wochen, 322 7 Wochen, 242 8 Wochen, 206 9 Wochen, 168 10 Wochen, 465 über 10 Wochen. Das sind insgesamt 7664 Fälle. Die Statistik umfaßt ein Jahr, vom 1. Oktober 1906 bis 1. Oktober 1907 und erstreckt sich auf 174 Orte; 23 Orte fehlen, sie konnten nicht mitgezählt werden, weil teilweise erst während des Jahres 1906 an diesen Orten Filialen gegründet worden sind, andererseits wieder waren keine Arbeitslosen, Kranken und Streikenden vorhanden. Diese Statistik ist während einer guten Konjunktur aufgenommen, die sich, wie bereits hervorgehoben wurde, nun schon stark verschlechtert hat. Der Zentralvorstand hat auf Grund dieser Statistik vier verschiedene Vorschläge ausgearbeitet, worin Staffeldbeiträge von 55, 80, 95 und 105 Pf., von 55, 75, 90 und 100 Pf., von 50, 70, 85 und 105 Pf., von 50, 65, 80 und 90 Pf. vorgesehn sind, was gegenüber den jetzt geltenden Staffeldbeiträgen Erhöhungen von 37, 33, 19 und 14 Pf. ausmacht. Die Unterstützung ist auf täglich 1 R. berechnet, teils für 60, teils für 36 Tage, mit Karenzzeiten von 3, 6 und 12 Tagen. Nach dem teuersten Vorschlag soll die Kranken- mit der einzuführenden Arbeitslosenunterstützung verschmolzen werden.

Zur Arbeitslosen-Unterstützung liegen noch verschiedene andere Vorschläge und Anträge vor; mehrere Filialen verlangen, daß sie nur auf Beschluß einer Ueberstimmung eingeführt werde. So auch die Filiale Berlin.

In der Nachmittags-sitzung setzte die Debatte sofort wieder sehr lebhaft ein. Im allgemeinen scheinen die Oeffenher ein größeres Interesse an der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu haben als die Werkstattarbeiter, da jene vielmehr, und selbst bei guter Konjunktur zu bestimmten Zeiten des Jahres unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben als diese. Dazu kommt, daß die Werkstattarbeiter unter sehr schlechten Lohnverhältnissen zu leiden haben und z. B. in der Umgegend von Berlin in der Hochkonjunktur nur 18 bis 20 R. verdienen, so daß es ihnen schwer werden muß, die erhöhten Beiträge zu zahlen. Selbstverständlich bleiben auch die Werkstattarbeiter keineswegs von Arbeitslosigkeit verschont. So erwähnte der Berliner Delegierte die außerordentlich schwere Arbeitslosigkeit der dortigen Werkstattarbeiter; gleichwohl erklärte er sich, ebenso wie die übrigen Delegierten aus Orten, wo hauptsächlich Werkstatt- und Scheidestöpfe vertreten sind, gegen die Arbeitslosenunterstützung. Der Grund ihrer ablehnenden Haltung ist im allgemeinen der, daß bei der ungeheuren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, die allerdings eine Unterstützung dringend notwendig macht, sie doch im Verband nicht durchführbar erscheint, es sei denn, daß die geplante Verschmelzung durchgeführt wird. Uebrigens sprach sich auch ein großer Teil der Delegierten von Oeffenherfilialen im selben Sinne aus, auch ein Teil der Berliner Delegierten. Der Verbandsvorsitzende Lothar erklärte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für ein gefährliches Experiment, hält sie aber wohl nach einer Verschmelzung mit dem Porzellan- und Glasarbeiterverband für möglich. Für die Arbeitslosenunterstützung, wenigstens teils in anderer Form, als sie die Vorlage des Zentralvorstandes vorschreibt, sprachen unter anderem Böhrig-Dresden, Freitag-München, Sorg-Berlin, Werner-Damburg, Arenhies-Sletting.

Nachdem nicht weniger als 33 Redner sich eingehend über die Frage geäußert hatten, wurde gegen 8 Uhr ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Darauf erfolgte die Abstimmung, die eine namentliche war. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde mit 38 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Verfammlungen.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag fand eine gut besuchte Versammlung im Ködliner Hof statt. Ueber die Frage: Was hat das deutsche Volk von den Blocpartien zu erwarten? sprach der Parteisekretär Genosse Müller. Er unterzog die Ergebnisse der jetzigen Tagung des Reichstages einer eingehenden Untersuchung und kam zu dem Ergebnis, daß die Blocpartien für das Volk nichts gelistet haben. Auch in Zukunft werden sie für das Volk nichts leisten. Allenfalls würden diejenigen Bevölkerungsklassen, die dem Regierungsbloc Wahlhilfe gelistet haben, wohl mit einigen Vorteilen bedacht werden, aber was an liberalen Gesetzen in Aussicht gestellt sei, das werde wohl nicht besser ausfallen wie die Reform des Majestätsbeleidigungsparegraphen. Auf den Gebieten, wo es galt, dem Volke weitere Lasten aufzubürden, haben die Blocpartien zusammengehalten. Sollte es aber zur Beratung von Gesetzen kommen, die auch nur halbwegs liberal sind, dann werde es zu einer Uneinigkeit im Bloc kommen. Auf eine lange Lebensdauer könne dieser Reichstag jedenfalls nicht rechnen. Es werde nicht fünf Jahre dauern und wir werden wieder vor einem Wahlkampf stehen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Armee unserer Kämpfer zu stärken und schlagfertig zu erhalten. — Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage richtete der Vorsitzende Genosse Freythaler einige Worte an die Anwesenden. Er schloß mit der Aufforderung, für die Ausbreitung unserer Presse und unserer Organisation zu agitieren.

„Die Bekämpfung des Stellenwunders und unsere Forderungen an die Arbeitsvermittlung“, lautete das Thema einer in den „Sophien-Gärten“ abgehaltenen Versammlung der Friseurgehülfen. In eingehender Weise führte der Referent L i e r e den Versammelten Zweck und Nutzen der Arbeitsvermittlung vor Augen. Unter Aufzählung der verschiedenen Formen der Nachweise kommt Redner auf das blutausgerissene Agentenwesen zu sprechen. Der Referent übte hienau herbe Kritik und forderte die Versammelten zum Kampf gegen diese Art und Weise der Vermittlung auf. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heut togende öffentliche Friseurgehülfen-Versammlung hält die Stellenvermittlung durch Agenten und die Zersplitterung der Arbeitsnachweise für einen argen Mißstand, der bei seiner Aufrechterhaltung zum immer weiteren Schaden für die Berufangehörigen sich entwickeln muß. Die Versammelten erblicken eine Besserung hiezu nur durch 1. Verbot jeder gewerbmäßigen Stellenvermittlung insbesondere auch durch Restauration; 2. durch Errichtung eines großen unentgeltlichen paritätischen Arbeitsnachweises. Die Versammelten verpflichten sich, um dieses Ziel zu erreichen, möglichst alle bestehenden Kadeweise zu meiden und nur den kostenlosen Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Friseurgehülfen, Rosenhallerstr. 57, in Anspruch zu nehmen. Der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, zwecks Verschmelzung der bestehenden Korporativarbeitsnachweise mit den in Betracht kommenden Verbänden in Verhandlungen zu treten resp. diese anzubahnen.“

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Ausgabe.)

Freie Volksbühne

Sonntag, 1. Pfingsttag, nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
10./11. Abteilung
und Montag, 2. Pfingsttag,
nachmittags 3 Uhr:
12./13. Abteilung:
Paracelsus.
Die letzten Masken.
Das Fest des Sankt Matern

Berliner Theater.
3./4. Abteilung:
**Der Richter von
Zalamea.**

5. Oper im Lortzing-Theater
Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr:
Fra Diavolo.
Die Opernhäfte liegen in allen Zahlstellen für die Besucher der Opernvorstellungen aus.
Der Vorstand: I. Vert.: G. Winkler.

Adollo Theater

3 1/2 Uhr. Abendstück: 9 1/2 Uhr.
Denkbar größter Lacherfolg!

Hartstein
mit seinem glänzenden Schläger:
Der lustige Witwer.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.
Vorher 8 Uhr: Spezialitäten und
Wiederum Gunde-Bauertheater.

Max Kliems Sommer-Theater

Gartenstraße 13/15.
Tägliche Leitung: Paul Milbitz.
Tägliche: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Glanztag.
Die Kaffeeküche ist täglich von
4 Uhr ab geöffnet.

Walhalla Variete-Theater

Steinbergweg 19/20, Kolonnen, zur
Seite abend 8 Uhr:
Der grüne Teufel.
Sensations-Vorstellung.
5 Jungmanns, Prachtvoll,
12 neue Spezialitäten 12
Am Tunnel: Preis-Konzert.

Steidl-Theater

Brückenstr. 2 (a. d. Zamoser-Str.)
Neues Programm!!!
Abf. 8 Uhr. Tageskasse 11-2 Uhr.
Steidl-Restaurant (Garten):
Gr. Dyderski-Konzert.
Eintritt freilich!

Gustav Behrens-Theater

Berlin W.,
Goltzstraße 9.
Beliebtster
Theater.
Vollständ. Pro-
grammwchsel
Nächstes der
neue populären
Spezialitäten.
u. a. der Original-Großreißer,
der Winter-Ed. Grotto, abf. mit
von W. Grotto, der Dampfmaler
Signor Gaetano. Zum Schluss die
tolle Ausstattungs-Darbote
Weibliche Feuerweh.
Anfang 8 Uhr, an den Feiert. 6 1/2 Uhr,
Sommerpreis, Eintritt 50 Pf.

Sanssouci, Kotliuser

Direktion Wilhelm Reimer.
Wegen Vorbereitungen zu
den Pfingstfeiertagen
geschlossen.
Am 1. u. 2. Pfingsttag:
Große Extra-Soiree
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Tanz.
Am 3. Pfingsttag, nachm. u. abends:
Theateraufführungen, Tanz.

Restaurant „Zur Mühle“

Miersdorf
15 Minuten vom Bahnhof Zehlendorf.
Telephon: Amt Neuthen, Nr. 44.

„Luisenpark“ Wilmersdorf,

Wilhelmsau 12.
Am 1. und 2.
Pfingstfeiertag:
Am 2. und 3. Pfingsttag
sowie jeden Sonntag:
Gr. Frühkonzert.
Großer Ball.
Bernhard Dass.

WINTERGARTEN

La Tortajada.

Neues Programm.
Gebr. Herrnfeld-
Theater
Anfang 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstraße 57.
Tägliche:
**Es lebe das
Nachtleben!**
Folgen einer Separé-Affäre
in 3 Akten
von Anton und Donat Herrnfeld
mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Vorher: Neu bearbeitet:
Die Welt geht unter!
Schwank in einem Akt von
Anton u. Donat Herrnfeld.

Schweizergarten

Am Königsgr. Am Friedrichshain.
Pfingsten: Früh- und Nachmittags-
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Programm.
Gebr. Darton, Mid Falvazi, Timo &
Money, Paula Origalli, Delsons Quett,
The Berkelys, Gragg & Sheffield,
Jettewitz im Gaißhaus.
Von Pfingsten ab täglich
Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Kaffeeküche ist nur an Wochen. geöffnet.
Anfang der Frühkonzerte 5 Uhr,
nachmittags 4 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säng.
Am wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichs-
hallen-
Restaurant.
Großer
Militär-
Konzert.

Achtung!!

Vorstenland

zweite Länge, Vollblatt, sicher im
Brand und gute Qualität
per Pfd. 1,40.
Wir vergüten trotz der hohen
Tabakpreise 3 % Skonto in bar.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.
Vertreter: A. Schulze.

Empfehle allen Freunden, Bekannten, Besuchen und Gesellschaften mein neu erbautes Restaurant mit Saal, Garten und Regalbahn, herrlich am Walde gelogen. Sommerwohnungen sowie möblierte Zimmer zu billigen Preisen. Ernst Lier.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlins und Umgegend.
Bureau: Stein-Str. 28, I. — Telephon: Amt III Nr. 8274.

Donnerstag, den 16. Mai 1907, abends 7 1/2 Uhr, bei Doerfer, Weberstraße 17:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Aussperrung im Baugewerbe. 2. Diskussion.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
Die übrigen Bauhandwerker werden ersucht, unsere Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Der Vorstand: V. v. Gern. Hergel.
NB. In dieser Versammlung können die Kollegen ihre Zeitung in Empfang nehmen, Versand d. d. Post erfolgt nicht. D. O.

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefèvre,

Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unter- nirgends Filialen!
hülle

Gelegenheitskauf!
Similiseide in den Farben 5 25 7 50
Wollatlas rot, blau, oliv 6 75 8 00
Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 00 3 50
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00
Reisendecken (engl.) 6, 8, 10 m.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat.
gratis und franko.

Ich habe mein Bureau von dem
der Rechtsanwältin Liebkecht
getrennt und nach der
Landsbergerstraße 58
verlegt.
Telephon: Amt 7 Nr. 3886
Dr. Oskar Cohn,
Rechtsanwalt.
37/19*

Gr. Dampfer-Extra-Fahrt

an allen drei Feiertagen nach
Restaurant Neue Mühle
u. Niedel. Abfahrt 9 Uhr,
Waisendbrücke, Fahrt und
Herker.

Billigster

Fleischverkauf des Nordens

Bastianstr. 21, Badstraße.
Schweine-Schmalz . . . 100 Pf.
Schweine-Schinken . . . 60
Schweine-Blasch . . . 55
Hülsen . . . 50
Hülsenfett . . . 50
Hühnchen ohne Knochen . 65-90
Gehacktes Hühnchen . . . 60
Hühnchen zur Suppe . . . 55-65
Kalbfleisch . . . 65-80
Schmalz . . . 55-80
Kaffee . . . 70, 75, 80
Gepöck. Oben u. Schmalz . 95
Heimlich Rindfleisch m. Schinken 120
Savie Wetters . . . 60-65
Zehnter Rotwurst . . . 50
Zehnter Leberwurst . . . 50
Prima Bratenfleisch . . . 60
Gewürzter Speck . . . 65 an.

Paul Anzelewski.
Reimp: Amt IIIa 4430.

Sonabend, den 18. Mai:
Eröffnungs-Vorstellung
des ersten und vornehmsten
Vitaskope-Theaters
Friedrichstr. 10,
5 bis 11 Uhr.
NB. Stets das neueste und
interessanteste Programm. (6788)

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im:
Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**
Gr. Frankfurterstraße 136. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
für Damen und Herren.
2 Wannens-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeseit.)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Achtung! Trebbin. Achtung!

Sonabend, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf:
Mitgliederversammlung des Wahlvereins.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Verbands-General-
versammlung von Groß-Berlin. 3. Mitteilungen des Vorstandes. 4. Ber-
schiebung.
Anmerkung: Die Broschüre „Eine Rechnung mit dem Reichstagen-
verband“ wird an die Mitglieder gratis verteilt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 2, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 2, 1987

Achtung! Achtung!

Der Pfingstfeiertage wegen

bleibt das Bureau an folgenden
Tagen geschlossen:
Sonabend, den 18. Mai, nachmittags,
Sonntag, den 19. Mai, den ganzen Tag,
Montag, den 20. Mai, den ganzen Tag,
Dienstag, den 21. Mai, nachmittags.
Der Arbeitsnachweis ist an diesen
Tagen ganz geschlossen.

Die Räume der Erwerbslosen-

unterstützung sind am Dienstag, den
21. Mai, auch den ganzen Tag ge-
schlossen.
Die Ortsverwaltung.

Vereinigte Schuhmacher

G. m. b. H. zu Strausberg. 137/10
Gegründet von organisierten Arbeitern.
Einzige Niederlage in Berlin Wrangelestr. 119/120
beim Schuhmachermeister **Seller.**
Streng reelle Ware zu fulantem Preise. Der Vorstand.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00 Steife Herrenhüte v. 1,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware,
Größte Auswahl in Filzhüten, Cylindern, Strohhüten und Mützen.

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 44372.
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix Paris 1900. Weltausstellung St. Louis 1904.
Neueste Art der Konstruktion, auch in moderner
Anfertigung.
Elektromotor für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Freienwalde a. D.

Den Gästen zur Beachtung, daß
ich das Lokal von Radab, Kanal-
straße 3, übernommen habe. Freund-
licher, Saal, Garten zur Verfügung.
Gut gekühlte Getränke und Speisen
zu jeder Zeit. Ich bitte, das mir
bisher erzielte Gutes auch ferner
in meinem neuen Unternehmen ent-
gegenzubringen. 48032
Wilhelm Voigt
Friedrichsbergstraße 7,
Mitglied des Verbandes der Freien
Gast- und Schankwirts Deutschlands.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Beachtung,
daß unser Kollege, der Tischler
August Landmann
am 13. Mai verstorben ist.
Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 17. Mai, nach-
mittags 5 Uhr, vor dem Leichen-
halle des neuen Jakobikirchhofes,
Migdal, Demmaystraße, aus statt.
Hohe Beteiligung erwünscht.
90/12 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin

E. H. No. 80.
Hierdurch die traurige Mitteilung,
daß unser Mitglied
August Landmann
Wölfersstr. 70 wohnhaft,
am 13. Mai im Alter von 60 Jahren
verstorben ist.
Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 16. Mai, nach-
mittags 5 Uhr, vor dem Leichen-
halle des neuen Jakobikirchhofes,
Demmaystraße, aus statt.
Hohe Beteiligung erwünscht.
198/13 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Steinsetzer

(Plasterer) und Berufsgenossen
Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin I.
Den Mitgliedern zur Beachtung,
daß unser Kollege
Jean Heder
verstorben ist.
Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 4 Uhr vor der
Halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes, Falkenberger Chaussee,
aus statt.
Hohe Beteiligung erwünscht.
6386 Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Marktplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Hygienische

Reinigungs- und Desinfektionsmittel
u. a. m. in viel Arten u. Prof. grad. u. d.
H. Vager, Baumgartenstraße
Berlin N.W., Friedrichstraße 91/92.

Siefahren gut



mit
Dr. Crato's
Backpulver
Puddingpulver
Siedman's Meyer etc

Generalvertreter für Berlin:
W. 80
Alfred Hirsch, Augsburgerstr. 1,
Telephon Amt VI, No. 5737.

8. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. Mai 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

9. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. Mai 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

10. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. Mai 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

11. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. Mai 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg. als erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Verkäufe. Teppiche mit farbentrichenen Radrillen... Herrenfahräder... Möbelangebote... Herrenfahräder... Herrenfahräder... Herrenfahräder...

Verkäufe. Herrenfahräder... Möbelangebote... Herrenfahräder... Herrenfahräder... Herrenfahräder... Herrenfahräder...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Zimmer. Schlafstellen. Verschiedenes. Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Zimmer. Schlafstellen. Verschiedenes. Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Zimmer. Schlafstellen. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Ausstellungen und kein Ende.

Wir leben seit einiger Zeit im Zeichen der Ausstellungen. Zu diesem Zweck ist sogar eine besondere Ausstellungshalle am Zoologischen Garten erbaut worden. Die letzte Ausstellung ist erst vorige Woche zu Ende gegangen und galt dem Sport. Man konnte sich da überzeugen, daß eine große Industrie den verschiedensten sportlichen Veranstaltungen dient. Um aber sich diesem Sport hingeben zu können, dazu gehört viel Zeit und vor allem viel Geld. Unserer besitzenden Klasse fehlt's nicht an beidem und so waren es vor allem die sogenannten besseren Kreise, die vornehmlich zu den Besuchern dieser Ausstellung gehörten. Namentlich ist diese Ausstellung zu Ende, hat sich schon wieder eine neue aufgetan; diesmal nicht in der Ausstellungshalle, sondern draußen in Schöneberg, ungefähr dort, wo im Vorjahre die Landwirtschaftsausstellung stattfand. Die Veranstalter sagten sich, wenn die Messe wirksam sein soll, muß sie im großen betrieben werden. Und so bedeckte man ein großes Gelände mit Ausstellungshallen und nicht zu vergessen mit Vergnügungsparks. Vergnügungsparks sind überhaupt die Hauptsache, die Seele der Ausstellung. Das hat zugleich etwas Volkstümliches an sich und — bringt auch viel Geld. Volkstümlich muß aber eine Ausstellung sein, soll sie Massenbesuch anziehen; noch dazu eine Ausstellung, die der Masse „Verständnis und Interesse für Meer, Marine und Kolonien“ beibringen soll. Es gibt zwar sonst genug Gelegenheiten, diese „herrlichen“ Erzeugnisse zu bewundern — haben wir doch seit Jahren eine ständige Kolonialausstellung — allein man will alles einmal groß angelegt beisammen sehen. Und so ist eine Ausstellung zusammengekommen unter dem Namen: Deutsche Armee-, Marine- und Kolonialausstellung. Der Name ist etwas reichlich lang und so ist man schon dahin übereingekommen, einen kürzeren zu wählen: Man stellt einfach die Anfangsbuchstaben der sechs Worte zusammen und nennt die Ausstellung kurz und bündig: Damuta. Von ihrem „baterländischen Geist und Zweck“ verliert sie durch die Kasrierung des Namens nicht das geringste.

Gestern ist die Damuta eröffnet worden. Alles war da: Der Kronprinz, viele Generale, auch welche aus Afrika, selbst Dernburg fehlte nicht. Wollte er etwa das Experiment machen, wie aus ungekippten Dattelkisten Dattelpalmenhaine entstehen? Dann glückliches Schöneberg! In hundert Jahren wandeln Deine Nachkommen in Palmenhainen! Mit allen anderen Ausstellungen hat diese auch das gemeinsame, daß sie überhaupt nicht fertig werden wird. Man wird den Besuchern wohl den Beweis liefern, wie weit wir „in der Welt voran“ sind, wird ihnen aber fürsorglich verschweigen, um welche enormen Summen das deutsche Volk jährlich erleichtert wird, um alles das bezahlen zu können, ohne daß für die Gesamtheit irgend ein Nutzen herauskommt.

Auf dem Kolonialausstellungsgebiete an der Rubensstraße verunglückte vorgestern nachmittags um 6 Uhr der Angermünderstraße 8 wohnende Arbeiter Otto Rische dadurch schwer, daß er von einer noch nicht ganz fertigen Treppe infolge eines Fehltrittes herabfiel und sich einen Bruch zuzog. Nachdem er auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe erhalten, wurde er in seine Wohnung geschafft.

Wo die Mietskasernen stehen!

Berlin hatte, wie der neueste Band des Berliner Statistischen Jahrbuchs mittelt, bei der Volkszählung von 1905 die Bevölkerungsziffer 77, d. h. auf jedes bewohnte Grundstück kamen durchschnittlich 77 Personen der ortsanwesenden Bevölkerung. 77 Bewohner pro Grundstück, das ist schon eine recht stattliche Zahl. Im einzelnen finden sich aber in Berlin bekanntlich noch sehr viel höhere Bevölkerungsziffern, wie ja andererseits auch Grundstücke mit viel weniger Bewohnern vorhanden sind.

Man weiß, daß in dieser Hinsicht die verschiedenen Stadtteile Berlins jeder ihre besondere Gepräge haben. Im Südosten z. B. in der Umgebung des Görlitzer Bahnhofes, dominiert die echt Berliner Mietskasernen, die auf einem engbegrenzten Stück Erde Hunderten von Menschen Obdach gewähren muß. Im Westen, in den Straßenzügen des Französischen Viertels, finden wir ganz ähnliche Zustände. Dasselbe gilt ferner von den Stadtteilen des Nordens, die dem Prenzlauer Tor, dem Schönhauser Tor, dem Rosenthaler Tor vorgelagert sind. Und ebenso darf auch der Nordwesten, der äußere Teil Moabits, den traurigen Ruhm für sich beanspruchen, zu den mit Mietskasernen besonders reich gesegneten Stadtteilen zu gehören. Da draußen in Moabit prallen die Gegensätze hart aneinander. Du brauchst nur die Spree zu überschreiten, dann gelangst Du in die Straßenzüge des Hansaviertels, die den Nordrand des Tiergartens bilden. Ihre Grundstücke haben im Durchschnitt eine Bewohnerzahl, die nicht halb so groß ist wie die durchschnittliche Bewohnerzahl der Grundstücke jenes benachbarten äußeren Teiles von Moabit. Und wenn Du gar durch den Tiergarten hindurch dich nach seinem Südrand hinüberwagst, nach der Tiergartenstraße und ihren Querstraßen, dann lannst Du dort noch ganz andere Wohnungsverhältnisse kennen lernen. Dort wird beim Anblick der gartenumgebenen Villen von Vörsenjobbern und ähnlich verdienstvollen Mitmenschen Dir die Erkenntnis aufdämmern, daß man auch in Berlin noch ganz nett wohnen kann, wenn man nur das nötige Kleingeld dazu hat.

77 Bewohner pro Grundstück ist der Durchschnitt für ganz Berlin. Für die eben erwähnten Straßenzüge südlich vom Tiergarten, von der Bellevuestraße bis zum Zoologischen Garten, beträgt die durchschnittliche Bevölkerung pro Grundstück nur 26. Wohlgeachtet: das ist der Durchschnitt! Im einzelnen gibt es natürlich auch hier noch viele Abweichungen nach unten wie nach oben. Wenn wir uns nun zurückwenden nach dem Nordrand des Tiergartens, dem Hansaviertel, so finden wir dort den Durchschnitt 47. Das ist schon eine ganze Portion mehr als drüben auf der anderen Seite. Aber es ist immer noch sehr wenig, wenn es verglichen wird mit der Bevölkerungsziffer des äußeren Teiles von Moabit, die sich auf 103 stellt. 103 Bewohner kommen dort im Durchschnitt auf jedes Grundstück! Doch es gibt Stadtteile, in denen der Durchschnitt sogar noch höher ist. 111 pro Grundstück beträgt er im östlichen Teil der Luisenstadt (in der Umgebung des Görlitzer Bahnhofes) und gleichfalls 111 in dem nordwestlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt (in den Straßenzügen zwischen Brunnentstraße und Schwedterstraße). Auch in dem nordöstlichen Teile der Rosenthaler Vorstadt (in der Umgebung der Schönhauser Allee) finden wir eine ganz ähnlich hohe Bevölkerungsziffer, durchschnittlich 108 Be-

wohner pro Grundstück. Dabei ist immer zu beachten, daß, wie schon mehrfach gesagt, überall noch die weitesten Abweichungen nach oben und unten vorkommen. Man kann aber aus diesen Bevölkerungsziffern, diesen Durchschnitten für die einzelnen Stadtteile, sich ein Bild davon machen, in welchen Stadtteilen die Mietskasernen die Regel ist und in welchen sie nur als Ausnahme vorkommt.

Wir wollen es uns versagen, hier sämtliche Stadtteile Berlins mit ihren Bevölkerungsziffern aufzuführen. Die Frage, wo die Mietskasernen stehen, läßt sich ohnehin ganz allgemein so beantworten: da, wo die Arbeiter wohnen. Wo sonst könnte denn auch die Arbeiterbevölkerung hausen als in den hochragenden Mietskasernen der Außenbezirke unserer Stadt, in den Massenquartieren des „Keinen Mannes“, in jenen Häusern mit den angeblich so „billigen“ Wohnungen von einem Zimmer oder höchstens zwei, in den berühmten Zinsburgen des Hausagrariertums!

Die Große Berliner und die Verkehrsalamität in der Schönhauser Allee.

Man schreibt uns:

Die Anwohner der Schönhauser Allee werden recht erstaunt gewesen sein, daß die Große Berliner aus Anlaß der Verlängerung der Hoch- und Untergrundbahn nach dem Bahnhof Schönhauser Allee die Straßenseite, irgendwelche Entschädigungsansprüche zu stellen. In Wirklichkeit liegt die Sache hier so, daß die Verkehrsmittel der Großen Berliner dem Verkehr in der Schönhauser Allee nicht im entferntesten zu entsprechen vermögen. In dieser Straße verkehren nicht weniger als 12 Straßenbahnlinien, davon durch ihre ganze Länge nur die Linien 46, 47, 48 und 49. Hauptächlich in Betracht kommen die Linien 47 und 48, die über den Spittelmarkt nach Rixdorf fahren. Sie sind es auch namentlich, die bei der Entscheidung der Kontingenzfrage in Betracht zu stellen sind. Nun sind die Linien 47 und 48 nie in der Lage, alle Passagiere aufzunehmen. Zu jeder Tages- und Nachtzeit tönt den Fahrgästen Suchenden beim Herannahen eines Wagens dieser Linien das ominöse „Besetzt“ entgegen. Am Spittelmarkt fängt die Alamiät an. Da stehen in der Verkehrsstraße eine Anzahl Straßenbahntrahler beiderlei Geschlechts und, während der Wagen langsam die Weichen der Weitzgerstraße passiert, fällt er sich bereits. An der eigentlichen Haltestelle heißt es dann: „Besetzt!“ Besetzt ist der Wagen auch am Rollenmarkt, besetzt ist er am Rathaus, noch besetzt am Södelischen Markt und gar kein Mitkommen am Schönhauser Tor. Selbst an der Brauerei Königsplatz ist es mehr als fraglich, ob hier ein Platz frei wird. Und was tut die Gesellschaft zur Abhilfe dieser Verkehrsalamität? Nichts! — Die ehemalige Pferdebahnlinie Rathaus—Ranow hat sie eingezo-gen oder vielmehr nach der Umwandlung in elektrischen Betrieb nicht im Zuge der Königsstraße, sondern durch die Alexanderstraße auf abenteuerlichen Umwegen nach der Södelstraße hin verlängert. Nach dem Hausvogtei-Platz, wohin ein starkes Fahrgedränge besteht, und den die Untergrundbahn auch berühren wird, hat sie gar keine Verbindung geschaffen. Nicht einmal zu dem Ausfallsmitel hat sie gegriffen, auf 47 und 48 die großen Bierochser verkehren zu lassen. Wenn's nicht so traurig wäre, würde es einen komischen Eindruck machen, in der Spandauerstraße beispielsweise die überfüllten Zweifochser dieser Linien zwischen den leeren Bierochsern anderer dort verkehrender Linien zu sehen. Eine Vermeidung der Linien durch die Schönhauser Allee nach dem Zentrum, wohin die Hochbahn fährt, hat überhaupt nicht stattgefunden. Als man verlängerte, verlängerte man die Linien 51 und 57, die von der Invalidenstraße kommen, und führte die neue Linie 46 ein, die erst nach dem Alexanderplatz und dann — laum glaublich — durch die Frankfurterstraße (!) nach — Rixdorf fährt. Man kann überhaupt von der Schönhauser Allee aus die wunderbarsten Fahrten machen. Nach dem Potsdamer Platz fährt man durch die — Invalidenstraße. Vom Bahnhof Schönhauser Allee fährt man nach Bahnhof Jungfernheide über den — Sturfsrindendam! Man zählt aber auch für diese Tour 20 Wf. und fährt 81 Minuten, während man auf der Stadtbahn 10 Wf. zahlt und nur 19 Minuten fährt. Der Sonntags besonders vergnügungsfähig ist, kann von der Schönhauser Allee nach Galensee fahren über — Södelstraße! Wein Liebden, was willst Du noch mehr? Nur in die Stadt kommt man nicht! Und ist man drin, nicht wieder hinaus! Und da will die Große Berliner sich eine Entschädigung dafür zahlen lassen, daß die Anwohner der Schönhauser Allee sich in Zukunft nicht mehr von ihr in Schlangenlinien um die Stadt herum spazieren fahren zu lassen brauchen. Das ist denn doch der Gipfel! Man lasse durch Kontrolleure die Passagiere zählen, welche die Große Berliner von ihren Linien 47 und 48 am Spittelmarkt und an der Grün- und Rohlstraße zurückweist, ferner die, welche 46, 49 und 50 am Alexanderplatz stehen lassen und am Schönhauser Tor, die 46, 47, 48, 49, 50 und 51 besetzt vorüberrollen lassen müssen, und man wird der Großen Berliner eine Rechnung über ihre Vernachlässigung des Verkehrs aufmachen können, daß ihr jede Lust zum Stellen von Entschädigungsansprüchen vergeht! — Die Verkehrsalamität in der Schönhauser Allee fordert nicht eine Verzögerung, sie erheischt gebieterisch eine Beschleunigung in der Verbesserung der Verkehrsmittel!

Die Betriebsleitung der Berliner elektrischen Straßenbahnen, Siemens u. Halske teilt uns mit, daß bei günstiger Witterung am 1. und 2. Pfingstfeiertage auf ihren Linien folgende Frühzüge eingestellt werden:

1. Linie Behrenstraße—Trepptow ab Hollmannstraße, Ede Lindersstraße, von früh 4.30 Uhr an, ab Behrenstraße von früh 5.00 Uhr an in Abständen von 10 Minuten.
2. Linie Mittelstraße—Ranow—Rieder—Schönhauser ab Ranow-Betriebshof, Damerowstraße, von früh 4.00 Uhr an, ab Mittelstraße, Ede Friedrichstraße, von früh 4.40 Uhr an in Abständen von 10 Minuten.

Zu einer Besprechung der von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft der Stadt eingereichten Tunnelprojekte waren gestern Vertreter der Stadt Berlin und solche der Straßenbahn nach Potsdam zum Oberpräsidenten geladen, um, wie die Direktion der „Großen Berliner“ mittelt, eine allgemeine Verständigung der Beteiligten anzubahnen. Ueber das Ergebnis verläutet nichts Näheres, da die Teilnehmer Stillschweigen zu beobachten haben.

In der letzten Sitzung der städtischen Parkdeputation wurde beschlossen, in Zukunft statt des bisher ausschließlich zu Rasenumfriedigungen benutzten niedrigen Tiergartengitters ein eisernes Gitter in der Höhe des Rasens als Einfriedigung zu verwenden. Man verspricht sich davon eine viel bessere Wirkung und will zunächst bei neueren Anlagen mit dieser einfachen und geschmackvollen Einfriedigung beginnen. Der vom Professor Grenander herrührende Entwurf für die von der Parkdeputation beantragten Vauisleitungen im Humboldthain (zur Gärtnerlei) wurde genehmigt. Ferner war die Deputation damit einverstanden, daß die Rosenstreifen auf dem Mittelsteig in der Wilowstraße unter der Hochbahn eingehen. Alle Pflanze ist bis jetzt umsonst gewesen. Es fehlt an Sonne und deshalb wird auch in Zukunft alle Mühe umsonst sein. Der Verein für Berliner Stadtmission und die „Heilsarmee“ haben sich an die Deputation wegen Ueberlassung des Trepptower Parkes zu religiösen Versammlungen gewandt. Mit Rücksicht auf den starken Sonntagsverkehr und weil man Vereinträchtigungen der Ruhe von diesen Versammlungen befürchtet, wurde die nachgesuchte Erlaubnis von der Deputation nicht erteilt.

Als Vertreter der privilegierten I. Abteilung des 6. Kommunalwahlbezirkes ist der Justizrat Gelland „gewählt“ worden, er wird als Gegner der Wertzuwachssteuer gelobt, wie sich das für einen waschechten Vertreter der Haus- und Grundbesitzer gehört.

Ueber die Generalpächter in den Laubenkolonien, war eine Notiz in unserer Sonntagsnummer überschrieben, die eine Klage über den Generalpächter der Laubenkolonie an der Bornholmerstraße Herrn Hamann enthielt. Es war dargelegt, daß Herr Hamann, der auch einen Ausfluß auf dem Felde betreibt, einem Pächter die Entnahme von Wasser aus seinen Brunnen auf dem Restaurationsgrundstück deshalb verweigert habe, weil der Pächter keine Getränke von Herrn Hamann bezog. Wir rügten diese Maßnahme des Herrn Hamann deswegen, weil den Pächtern beim Abschluß des Pachtvertrages von einer solchen Verpflichtung nichts mitgeteilt wird und sie sich in dem Glauben befinden, zur Bewirtschaftung ihres Laubenlandes auch Wasser auf dem Felde zu erhalten.

Auf diese Notiz hin sendet uns Herr Hamann eine Zuschrift, in der er uns ausdrücklich den geschilderten Sachverhalt bestätigt, nur meint er, daß seine beiden Brunnen ihm vor 11 Jahren 600 M. gekostet hätten und er die Wasserabgabe an seine Gäste und Bekannte nur als eine Gefälligkeit betrachte und von diesen auch so angesehen würde. Mit seinen Pächtern, welche zum größten Teil organisierte Arbeiter sind, lebe er auf bestem Fuße. Was die Erhöhung der Pacht am 1. Januar 1906 anbetreffe, so sei diese Maßnahme nötig geworden, weil der Eigentümer des Terrains mehr Pacht gefordert habe und er, Herr Hamann, dieses Mehr nicht aus eigener Tasche zahlen konnte.

Durch diese Ausführungen hat Herr Hamann nach keiner Richtung hin unsere Bemerkungen über sein Verhalten einem Pächter gegenüber gerechtfertigt. Die Sache ist um so schlimmer, wenn man weiß, daß es nach dem Pachtvertrag dem Pächter verboten ist, Brunnen zu graben und die Leute auf die Brunnen des Restaurateurs angewiesen sind. Herr Hamann sagt, er habe vor 11 Jahren 600 M. für zwei Brunnen ausgegeben. Unserer Meinung nach gehören eben Brunnen auf ein Laubenland, dafür muß der Verpächter sorgen. Das liegt im Interesse des Verpächters selbst. Sorgt er nicht dafür, würde er lange warten können, bis sich Leute finden, die ihm für solches Land ihr schweres Geld auf den Tisch legen.

Was das gute Verhältnis des Herrn Hamann zu seinen Pächtern anbetrifft, so wollen wir darüber nicht viel Worte verlieren; betrachten wollen wir aber Herrn Hamann, daß uns sehr gut bekannt ist, daß dieses Verhältnis oft schon recht getrübt war. So mancher Laubenkolonist muß sich in die Lappen seines Generalpächters schiden, weil er nicht riskieren will, im nächsten Jahre kein Land zu erhalten. Er würde in einem solchen Falle einen erheblichen Verlust erleiden.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich Dienstag abend in der Badstraße zugetragen. Die Ehefrau Vabe, Wötterstr. 2 wohnhaft, war mit ihren Kindern nach dem Humboldthain gegangen und hatte dort eine ehemalige Bekannte getroffen, mit der sie in einen Wortwechsel geriet. Sie adätierte infolgedessen nicht auf ihre Kinder und der fünfjährige Sohn Arnold ließ unbemerkt davon nach der Badstraße. Er rannte gegen ein vorüberfahrendes Droschkenautomobil, wurde unter die Räder gerissen und überfahren. In demselben Zustande wurde das bedauernswerte Kind, das einen schweren Schädelbruch sowie innere Verletzungen erlitten, nach dem städtischen Kinderkrankenhaus gebracht, wo es hoffnungslos daniederliegt.

Zu der Ruhlebener Eisenbahnkatastrophe wird uns noch gemeldet, daß von den 17 durch den Zusammenstoß verletzten Personen sich noch 13 im Krankenhaus befindend befinden. Die Verwundungen, obwohl in der Heilung begriffen, sind derart, daß die Patienten zum Teil noch bis zum Ausgang des Sommers in dem Krankenhaus werden verbleiben müssen. Inzwischen ist die Entschädigungsfrage seitens der Behörde in Angriff genommen worden. Die Spandauer Straßenbahn und mit ihr die Haftpflichtgenossenschaft, die ja die Rückversicherung zu tragen hat, wird allen 17 Verletzten nicht unerhebliche Summen an Schmerzensgeldern und Entschädigung zahlen müssen.

Der Berliner Consumverein erzielte im Monat April in seinen 13 Verkaufsstellen einen Umsatz von 70 238 M. gegen 61 330 M. im April 1906, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß im Oktober 1906 zwei neue Verkaufsstellen eröffnet worden sind, die im April 1907 zusammen 8541 M. Umsatz hatten. Der Mehrumsatz in den elf alten Verkaufsstellen betrug also 10 367 M., obwohl viele alte Mitglieder jetzt in den neuen Verkaufsstellen kaufen. Den Höchstmumsatz hatte die Verkaufsstelle Rostoderstraße mit 10 908 M.

Zwei Selbstmörder sind gestern aus der Spree gelandet worden. An der Schloßbrücke wurde die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes aus dem Wasser gezogen. Der Lebensmüde hatte bereits längere Zeit in der Spree gelegen. — Am Trepptower Park entdeckten Schiffer in der Spree den Leichnam eines circa 30 Jahre alten unbekanntes Mannes. Der Tote war mit einem schwarzen Befrohanzug bekleidet.

Zu seinem Verufe den Tod gefunden hat der Leitergeräthbauer Willi Aniebel, Kollendorferstraße. A. war bei der Firma Gütche, Friedenan, als Künstler beschäftigt und im Begriff, mit mehreren seiner Arbeitskollegen die Rüstung vom Hause Wartburgstr. 4 in Schöneberg abzunehmen, als er plötzlich das Gleichgewicht verlor und aus einer Höhe von 10 Metern in die Tiefe stürzte. Die erlittene Verletzung war derart schwer, daß A. bereits auf dem Wege zur Unfallstation in der Herberstraße verstarb. Aniebel war 30 Jahre alt und verheiratet.

Der Stellvertreter des Desraudanten. Der Stellvertreter des fähigen Vandalen Desraudanten Max Neumann ist jetzt festgesetzt worden. Es ist ein 30 Jahre alter, schon mit Justizhaus bestraffter Tapezierer Hermann Wandelt. Er trieb sich nach Verhängung seiner letzten Strafe wieder in Berlin umher und machte die Bekanntschaft eines Kaufmanns Hermann Brück, eines 35 Jahre alten Gewohnheitsverbrechers, der mit Neumann in Verbindung stand. Als Neumann seine Gefängnisfahrt antreten sollte, wandte er sich um einen Stellvertreter an Brück. Dieser empfahl ihm Wandelt, der noch keine Beschäftigung hatte und Neumann nach Gestalt, Haarfarbe und Haltung sehr ähnlich sieht. Am Tage vor Himmelfahrt ließ sich Neumann in seinem Geschäft beurlauben und traf sich mit Brück und Wandelt in einer Kneipe. Sein Stellvertreter gefiel ihm. Er tauschte mit ihm die Ausweisepapiere, versprach ihm 600 Mark, die er nach Verhängung der Strafe erhalten sollte, und gab ihm einige Verhaltensmaßregeln und gute Ratschläge mit auf den Weg. Froh, in zwei Monaten durch „Styren“ 600 Mark verdienen zu können, fuhr Wandelt nach Tegel, um die Strafe anzutreten. Er wurde gestern abend nach Berlin gebracht und heute wegen intellektueller Urkundenfälschung dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Auch Brück nahm die Kriminalpolizei fest, um ihn wegen Beihilfe zu der Fälschung nach Moabit zu bringen.

Aus der Chronik der Einbruchdiebstähle. Einen „schweren“ und erfolgreichen Einbruchdiebstahl verübten in der vorgestrigen Nacht Einbrecher in der Dirschstr. 45. Sie erbeuteten in den dortigen Logerkammern des Kaufmanns Philipp acht Jentner Därme im Werte von 4000 M. Auf einem Fuhrwerk schafften sie die schwere Beute fort. — Bei einem Schaufensterdiebstahl in dem Konfektions- und Weißwarengeschäft von Bromberg in der Berlinerstraße 98 fielen den Tätern seidene Blusen, Kragen, Kaschenscher usw. im Werte von nahezu 1000 M. in die Hände. Die Diebe hatten die große Schaufensterhebe mit Hilfe von Schmierseife eingebracht. — Durch Einbrecher ist dem Fabrikanten Häblich in der Wilhelm Stalgerstraße 24 erheblicher Schaden zugefügt worden. Es wurden ihm 50 wertvolle seidene Blusen und eine ganze Anzahl Herrenanzüge gestohlen. Von den Einbrechern fehlt jede Spur. — Große Dreifüg-

Zeit legten Einbrecher zutage, die nachts in die Metallwarenfabrik vom Kempter u. Damhoffs, Stalferstraße 51, einbrachen. Sie schleppten 18 Rollen Messingblech im Werte von 1000 Mark davon und luden sie auf dem Hof auf einen der bestohlenen Firma gehörigen Handwagen. Unbekümmert entliefen sie mit ihrer Beute. — Ein Goldwarendiebstahl ist in der gestrigen Nacht in der Richardstraße verübt worden. An dem Hause Richardstraße 11 hat der Pfandleiher Langer, Bergstraße 163 einen Schaufenster angebracht, der Goldwaren und Schmuckstücke enthielt. Mittels Brecheisens wurde der Kasten gestern nacht erbrochen und vollständig ausgeraubt. — Ein dreifacher Einbruchdiebstahl wurde Dienstagmittag gegen 6 Uhr in der Wohnung einer Frau Groß, Rainaldstraße 28, verübt. Dem oder den Einbrechern fielen Uhren und goldene Schmuckstücke im Werte von etwa 1000 Mark in die Hände. Frau Groß ist Inhaberin einer Bouffantine und kommt die Spinnweben, in der Gewißheit, vor Überraschung geschüßt zu sein, ungestört arbeiten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 24. April d. J., vormittags gegen 12 Uhr, wurde in der Flottwellstraße vor dem Hause Nr. 8 der Kaufmann Louis Ullrich aus Charlottenburg beim Ueberschreiten des Fahrdammes durch einen unbekannt gebliebenen Radfahrer umgeworfen. Ullrich fiel so unglücklich, daß er von einem Lastwagen überfahren wurde und einen schweren Oberschenkelbruch davontrug, an dessen Folgen er am 11. d. M. verstarb. Nach Angaben eines Augenzeugen fuhr der Radfahrer sehr schnell, und soll nur er allein Schuld an dem Unfall haben. Mitteilungen über die Person desselben werden von der Kriminalabteilung zur Nr. 8907 IV. 1. 07 erbeten, auch von jedem Polizeirevier entgegengenommen. — Am 3. d. M. abends gegen 9 1/2 Uhr hat ein unbekannter, etwa 22—27 Jahre alt, anscheinend den besseren Ständen angehörtender Mann im Tiergarten durch Erschießen Selbstmord begangen. Er war 1,60 Meter groß, schlank, hatte volles blondes Kopshaar, kleinen im Entsetzen begriffenen Schnurrbart, blaues, länglich rundes Gesicht, geneigte Stirn, graue Augen, blonde, bogenförmige Augenbrauen, mittelgroße Nase und Ohren, vollständige, gut erhaltene Zähne, spitze Kinn, auf der Mitte der Stirn eine kleine Pfennig große runde veraltete Narbe. Bekleidet war er mit grauem Normalkleid, Porzellan-Unterhose, blauer Cheviotkose mit braun und weißgestreiften Hosenträgern, braunem Kammgornjakett und Weste, leiterei zweifelhig, braungraufarbigem Sommerberzieher, braunen wollenen Strümpfen, am oberen Teil mit drei weißen Streifen umringelt, schwarzen Schuhschuh, weißleinenen Stutzen, Kragen und Hemmet und rotbraunem kariertem Schlops. Mitteilungen werden von der Kriminalpolizei zur Tagebuchnummer 3565 IV. 41. 07 erbeten, auch in jedem Polizeirevier entgegengenommen. Eine Photographie der Leiche befindet sich bei dem Erkennungsdienst des Igl. Polizeipräsidiums.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstr. 32. Heute abend pünktlich um 9 Uhr beginnt die Redner-Schule (Uebungen im Disputieren und freien Halten von Vorträgen). Vortragender: Julian Worchardt. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 7 Uhr kam in einer Wohnung in der Brunnenstr. 195 Feuer aus, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. In der letzten Nacht wurde der 16. Zug nach der Chemischen Fabrik von Schering gerufen. Dort brannten auf dem Hofe Ballons mit Säuren. Durch energisches Vorgehen und tüchtiges Wassergeben mit einer Schlauchleitung gelang es, den Brand auf den Hof zu beschränken. Derselbe Zug hatte dann in der Biesenstraße 7 zu tun, wo ein Benzol-Automobil in Flammen stand. Um die Gefahr zu beseitigen, mußte kräftig gelöscht werden. Grober Unflug lag einer Feuermeldung zugrunde, die den 16. Zug nach der Grünhaldenstraße auf dem Gesundbrunnen alarmierte, nachdem dieser Zug kurz vorher einen Leerbrand in der Seestr. 68 gelöscht hatte. Ein Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Weihenburgerstr. 44. Holz und Gipskarton brannten dort. In der Minierstr. 180 brannten Kleider, Körbe und anderes und in der Vellekianerstraße 88 Späne usw. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Simon-Dachstraße 9, Müddersdorferstr. 16, sowie der Michaelkirchstr. 17 und anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Sieg oder Niederlage — das ist die Frage, die unsere Parteigenossen am heutigen Donnerstag in der Stichwahl zu entscheiden haben. Daß der Kampf ein schwerer wird, dessen sind wir uns bewußt; denn wenn uns auch nur 48 Stimmen an der absoluten Majorität gefehlt haben, so wissen wir doch aus Erfahrung, daß die vereinigten Gegner bei der Stichwahl stets noch Hunderte von Wählern an die Urne gebracht haben. Das muß für unsere Genossen ein Ansporn sein, alles aufzubieten, um auch von unseren Anhängern den letzten Mann auf die Weine zu bringen. Das kann aber nur dann gelingen, wenn sich jeder einzelne am heutigen Abend dem Wahlkomitee zur Verfügung stellt. Das Wahlkomitee befindet sich im Lokal unseres Genossen Scheelhofe in der Ahornstraße. Es ist dringend zu wünschen, daß die Wähler so früh wie möglich zur Wahl gehen und dann von 6 Uhr ab das Wahlkomitee tatkräftig unterstützen. Speziell rechnen wir auf die noch nicht wahlberechtigten Genossen und die Wähler des zweiten Bezirks. Es handelt sich um zwei Mandate auf die Dauer von sechs Jahren — der Preis ist also des Kampfes wert.

Rixdorf.

Ein schwerer Automobilunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich vorgestern in der Herzhofstraße. Dort wurde der neunjährige Sohn des Straßenbahnführers Sauer aus der Schönweiderstr. 16 beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einer Automobilmaschine überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Der Chauffeur entzog sich seiner Bestrafung durch schleunige Flucht.

Schöneberg.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen mit einer Automobilmaschine ereignete sich gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr Ecke der Haupt- und Klagenstraße. Zur genannten Zeit passierten ein Straßenbahnwagen der Linie 72 und einer der Linie 74, aus entgegengekehrter Richtung kommend, die Hauptstraße, als der Führer der Rotardmaschine Nr. 8782 versuchte, zwischen beiden Bahnwagen hindurchzufahren. Das gelang aber nicht, vielmehr wurde das Automobil von den Waggonen erfasst und total zertrümmert; auch die Bahnwagen wurden erheblich beschädigt. Als ein Wunder fast ist es zu betrachten, daß der Insasse der Maschine, ein Herr Wilhelm Kritt aus der Steglitzerstr. 61, mit geringfügigen Kontusionen davonkam.

Zwei Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang ereigneten sich gestern nachmittag in der Wartburgstraße. Der Hausdiener Wendi, der bei dem Wäckermeister S. an der Ecke der Wartburg- und Eisenacherstraße angestellt war, wollte auf einem Zweirade eine Besorgung erledigen. Kaum war er einige Meter die Wartburgstraße entlang gefahren, als er plötzlich von einem Hirschschlag befallen wurde. Unglücklicherweise fuhr in diesem Augenblick ein mit Gerästen beladener Wagen vorüber. W. stieß mit dem Kopf mit solcher Gewalt gegen eine der Leitern, daß er besinnungslos niederstürzte. Passanten trugen ihn nach dem Wäckerladen zurück und hielten einen Arzt herbei. Dieser konnte aber nur noch den Tod infolge eines Schädelbruchs feststellen. — Zu derselben Zeit ereignete sich wenige Meter von der Unfallstätte entfernt ein zweiter tödlicher Unglücksfall. Auch

dieser wurde infolge eines eingetretenen Hirschschlages herbeigeführt. Der Bauer Willi Aniebel war in der Höhe der vierten Etage des Hauses Wartburgstr. 20 mit Putzarbeiten beschäftigt. Infolge eines Sonnenstiches verlor er plötzlich die Bewußtsein und rüchlings stürzte er in die Tiefe hinab. Er wurde sofort nach der Unfallstation in der Herberstraße gebracht, starb aber bereits auf dem Transport an den Folgen innerer Verletzungen. A. war seit einem Vierteljahr verheiratet.

Mariensfeld.

„Die Frau im politischen Kampf“ lautete das Thema, über das Genosse Friedrich Zubeil in einer am Sonntag fröhlichgefundenen gut besuchten Volksversammlung referierte. In trefflicher Weise feingehobener Referent die politische Rechtslosigkeit der Frauen, dabei betonend, daß die Frau heute auf allen Gebieten des Erwerbslebens tätig sei und auch Steuern bezahlen müsse. Nachdem er den Anwesenden dargelegt, daß es nur die Sozialdemokratie sei, die ständig für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintrete, forderte Referent die Frauen auf, sich den Frauenvereinen anzuschließen. Auch müsse die Frau den Mann, anstatt ihn an der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung zu hindern, anspornen, seine Schuldigkeit zu tun. Am Schluß seines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte Redner auf, das Lokal von Berger hochzuballen und alle anderen Lokalitäten streng zu meiden. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kommit, Dampel und Grealich im Sinne des Referats.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung wählte am Dienstag an Stelle des zum Gemeindevorsteher in Friedrichsfelde berufenen Beigeordneten Ungerwitzer den Stadtrat Dr. Unger in Rosen zum befristeten Schöffen. Unter Anrechnung einer neunjährigen Dienstzeit wurde das Gehalt auf 7600 M. festgesetzt. — Der Wahl des Wäckermeisters Frankenstein zum Waisenratsmitglied des 21. Bezirks hatten unsere Genossen in der vorausgegangenen Sitzung erfolglos widersprochen. Der Gemeindevorstand schlug nun vor, an Stelle des Herrn Fr., dessen erfolgte Wahl nicht veröffentlicht sei, den Herrn Inspektor Förstner zu wählen. Der vom Genossen Grauer gegen Herrn Frankenstein erhobene Einspruch habe sich als berechtigt erwiesen. Die Versammlung wählte Herrn Förstner. — 8000 M. wurden verlangt für „notwendige Ergänzungsarbeiten“ im Elektrizitätswerke. Da nun das Gebäude für die Elektrizitätswerke noch kaum zwei Jahre in Benutzung ist, mußte eine solche umfangreiche „Ergänzungsarbeit“ Wesenden erregen. Auf Anfrage des Genossen Grauer wurde dann berichtet, daß die Giebelwände des Gebäudes während des Betriebes so heftigen Schwankungen ausgelegt seien, daß die Gefahr des Einsturzes nicht von der Hand zu weisen sei. Als Ursache wurde die Verbindung der Decke mit den Maschinen- und Wandfundamenten bezeichnet. Da der zur Bauzeit tätige Vorsteher des Gemeindevorstandes, Baumeister Schütte, jetzt Vertreter einer der vielen Terraingesellschaften ist und sich im Nebenamt als „Gemeindevorsteher“ (Wahlleiter der ersten Klasse) nützlich macht, war die Debatte über die Frage nach dem Schuldigen weniger lehrreich, wie interessant. Unsere Genossen nahmen eine abwartende Stellung ein. In der Kommission, die die Angelegenheit zu prüfen hat, sind diese durch den Genossen Grauer vertreten. Die Vorlage selbst wurde vertagt. Vertagt wurde auch die Vorlage, nach welcher 15 600 M. für Verlegung der Abortanlagen der Gemeinde-Doppelschule in der Dorfstraße gefordert wurden. Durch den Ankauf des Dörrischen Terrains ist die Möglichkeit gegeben, für diese Schule in absehbarer Zeit, etwa in Verbindung mit dem Mathausneubau Erlaß zu schaffen. Die Baukommission soll sich mit diesem Projekt befassen. Die Kosten, die durch die Landtagswahl der Gemeinde erwachsen sind, wurden genehmigt.

Vermißt wird seit dem 22. April der 48 Jahre alte Fischer Rudolf Kehrung. Derselbe entfernte sich am genannten Tage aus seiner in der Eldenaerstr. 24, vorn I belegenen Wohnung, ohne bisher dahin zurückzukehren. A. ist seit längerer Zeit verrentet, es ist deshalb anzunehmen, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Bekleidet war A. mit braungrünem Sommerüberzieher, dunkelbraunem Samtstragen, dunkelgrauem Sommeranzug, schwarzen Jagdschuhen und schwarzem feinen Hut. In seinem Besitz befanden sich eine goldene Uhr nebst Kette, ein Trauring und ein kleiner Ring mit braunem länglichem Stein, ein weißes Taschentuch gez. A. D. Personen, die etwaige Angaben über den Verbleib des Vermißten machen können, werden gebeten, sich in oben angegebener Wohnung zu melden.

Johannisdahl.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst gab der Sekretär Beneke in Vertretung des Gemeindevorstehers den Bericht des Schulrates. Derselbe zeigt ein trübes Bild über den Gesundheitszustand der Kinder. Von 457 Schülkindern wurden nur 80 als vollständig gesund befunden. Einer Anregung des Gemeindevorstehers von Adlerhof, an der Beratung eines Projektes zur Gründung einer Heilanstalt für Tuberkulose teilzunehmen, stimmte die Gemeindevertretung zu. In derselben sollen unbemittelte Kranke, die von der Krankenversicherung ausgeschlossen sind, Aufnahme finden. Die Verpflanzung der Strafen wurde dem Fuhrherrn Quast wieder zu dem bereits gezahlten Preise von 40 Pf. pro Kubikmeter Wasser übertragen. Gleichzeitig wurde bei dieser Gelegenheit die Spannung und der Zustand der Dammbrücke kritisiert. Es soll dem Fuhrherrn Quast aufgegeben werden, für Abhilfe Sorge zu tragen. Eine Anfrage unserer Parteigenossen, Vorkarten an Schülinder zu verabsorgen, wurde dahin beantwortet, daß Verhandlungen hierüber im Gange seien. Die Kommissionsvorschlüge zum Verträge mit der Johannisdahl Bodenbaugesellschaft wurden mit der Bedingung angenommen, eine Straße probeweise mit Kleinsteinpflaster zu pflastern. Die Gesellschaft übernimmt dagegen eine sechsjährige Unterhaltungspflicht. Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden der vorgedachten Zeit halber vertagt.

Röpenitz.

Durch einen Sturz aus dem Fenster erlitt die dreijährige Tochter des Architekten Hopp schwere Verletzungen. Am die Mittagszeit sah die Kleine auf dem Fensterbrett der Küche. Die eine Hälfte des Küchenfensters hatte der großen Hitze wegen einen Gazezeinsatz, der wahrscheinlich nicht fest genug gemacht war. Das Mädchen entfernte nun diesen Gazezeinsatz und heugte sich durch die entstandene Öffnung auf den Hof hinab. Hierbei verlor es das Gleichgewicht und stürzte aus der Höhe der zweiten Etage auf das Steinpflaster hinab. Das Kind hatte schwere innere und äußere Verletzungen und mußte sofort in ein Krankenhaus übergeführt werden.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Fuhrwerk wurde die Händlerin Borth aus Müggelheim lebensgefährlich verletzt. Sie hatte den Markt in Köpenitz besucht und war gestern nachmittag gemeinsam mit ihrer erwachsenen Tochter auf einem Einspänner nach Müggelheim zu gefahren. Auf der Chaussee stieß an einer Wiegung das einem Linder den Linden wohnhaften Fabrikanten gehörige Automobil mit dem Fuhrwerk zusammen und warf dieses um. Frau B. wurde unter den Kraftwagen gekleidert und schwer verletzt wieder hervorgezogen. In einem Krankenhaus mußte sie nach einem Krankenhanse übergeführt werden. Die Tochter war mit äußeren Verletzungen davongelommen. Der Wagen wurde vollständig vernichtet.

Großbeeren (Kreis Teltow-Beeskow).

Referat: Was haben die Frauen vom neuen Reichstag zu erwarten? referierte am Sonntag in einer öffentlichen gut besuchten Versammlung die Genossin Frau Thiel-Zempelhof. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat wurde es allgemein scharf verurteilt, daß die zu dieser Versammlung geladenen Gemeindevorsteher der dritten Klasse nicht erschienen waren, um Neuwahl über ihre Tätigkeit in der Gemeindevertretung abzulegen. Zum Schluß fanden sich eine Anzahl Frauen zusammen zur Gründung eines Frauenvereins.

Weißensee.

Am Freitag, den 17. Mai, abends 6—7 1/2 Uhr, finden im Prälaten, Lehnstr. 122, die Ergänzungsarbeiten der Delegierten zur Ortskrankenkasse statt. Es ergeht hiermit an alle Genossen die Aufforderung, sich an der Wahl zu beteiligen, soweit sie Mitglied der Ortskrankenkasse sind. Diejenigen, welche nicht Mitglied sind, werden erlucht, bei den Kollegen, soweit sie der Kasse angehören, zu agieren, damit der Räte des Gewerkschaftsrates zum Zuge beschaffen wird. In demselben Lokale finden am gleichen Tage in der Zeit von 8—9 Uhr die vom Gemeindevorsteher für ungültig erklärten Arbeitgebedelegiertenarbeiten statt. Auch hier werden die Genossen erlucht, die Arbeitgeber, mit denen sie in Verbindung stehen, auf die Wahl aufmerksam zu machen und sie nötigenfalls zu veranlassen, zur Wahl zu erscheinen, um die Räte des Gewerkschaftsrates zu wählen. Es ist notwendig, daß sich jeder Wähler mit einer Legitimation verleiht, die Arbeitnehmer mit dem Krankenversicherungsbuch, die Arbeitgeber mit Anmeldebefreiung oder letzten Beitragsquittung. Das Gewerkschaftslokale.

Pantow.

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrag der Schulkommission zu beschäftigen, die Errichtung einer Ferienkolonie betreffend. Die Gemeinde wird erlucht, in diesem Jahre 3000 M. für diesen Zweck auszuwerfen. Die bürgerlichen Vertreter wandten sich gegen die Errichtung mit der Motivierung, man solle eine derartige Einrichtung der privaten Wohltätigkeit überlassen und die Teilnahme der Bürgerchaft, an den Armen Gütes zu tun, nicht unterbinden; selbst Berlin überlasse die Ferienkolonien der privaten Wohltätigkeit. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß Berlin in diesem Falle nicht vorbildlich sein brauche, die Gemeinde hätte die Pflicht, alle derartigen Einrichtungen in die Hand zu nehmen, um so mehr, da ja doch die Herren, welche vor einigen Wochen einen privaten Verein für Ferienkolonien gegründet haben, auf die Geldmittel der Gemeinde angewiesen seien. Nach einer sehr langen und heftigen Debatte wurde der Antrag der Schulkommission abgelehnt. Angenommen wurde eine Resolution, wonach der private Verein für Ferienkolonien durch die Gemeinde subventioniert werden solle, unter der Bedingung, daß der Gemeindevorsteher ein maßgebender Einfluß auf die Verwendung der Gelder gewahrt bleibt. Neu geschaffen wurden eine Lehrerkasse an der höheren Mädchenschule, desgleichen vier neue Volksschullehrerstellen. Zur Ausstattung der höheren Mädchenschule mit den erforderlichen Unterrichtsmitteln wurden 3500 Mark bewilligt. Um einige fliegende Klassen unterzubringen, beschloß die Gemeindevertretung die Aufhebung der Restordnungswohnung in der zweiten Gemeindefolge. Die Mittel zur Anstellung eines Architekten für das Hochbauamt wurden, nachdem die Notwendigkeit für die Schaffung einer derartigen Stelle nachgewiesen, bewilligt. Die von uns bereits erwähnte Stiftung von 6000 M. des verstorbenen Bankier Bleichröder an die Gemeinde ist durch die Testamentvollstreckung auf 10 000 M. erhöht worden, mit der Bestimmung, daß ein Drittel der jährlichen Zinsen an bedürftige jüdische Einwohner verteilt werden soll. Die Löhne der Arbeiter der sogenannten Spillkolonne werden um fünf Pfennig pro Stunde erhöht, desgleichen gelangt die Erhöhung der Remuneration für einen Techniker um 150 M. pro Jahr zur Annahme. Zum stellvertretenden Amts- und Gemeindevorsteher der Dorfgemeinde Pantow ist, nachdem der bisherige Stellvertreter sein Amt niedergelegt hat, der von der Gemeinde kürzlich angestellte Schiffe Stawig ernannt worden; mit dieser Ernennung ist die Verwaltung der Gemeinde vollständig in die Hände von angestellten Verwaltungsbeamten gelegt worden, damit ist die alte idyllische Dorfverwaltung einer modernen Stadtverwaltung gewichen, wenngleich dieselbe noch der Landgemeindevorsteher unterstellt ist.

Nieder-Schönhausen.

Die Rathausfrage dürfte, nachdem der Rentier E. Brose der Gemeinde zu Rathauszwecken eine Baustelle in der Kaiser Wilhelmstraße geschenkt hat, von neuem in der Gemeindevertretung Gegenstand der Beratung werden. Das Grundstück ist einem Vorgang groß, an der westlichen Seite gelegen. Der Gemeinde stehen somit zwei Grundstücke zu diesem Zweck zur Verfügung.

Der Bürgermeistertitel ist nach einer Bekanntmachung des Ministers des Innern dem Gemeindevorsteher Abraham verliehen worden.

Tegel.

Obst aht auf Entre Kleinen. In der Tegeler Heide, unmittelbar am Militärchießplatz, wurde gestern nachmittag der Feldwebel Bau durch das Gewitter eines Kindes aufmerksam gemacht. Er forschte nach und fand hinter einem Strauch einen etwa zwanzigjährigen Burschen auf einem kleinen Mädchen knien. Das Kind war, wie sich später herausstellte, die dreijährige Tochter des Arbeiters Richter, Schornweberstr. 70 wohnhaft. Der Unhold hatte dem Kinde bereits die Kleider vom Leibe gerissen. Als der Feldwebel ihn ergriff, Hinzukommende Passanten erteilten dem Burschen eine gehörige Portion Prügel, bevor er der Polizei überliefert wurde. Hier weiterte er sich seinen Namen zu nennen.

Potsdam.

Leuchtgasvergiftung. Dienstag morgen wurde der in der Alten Luisenstr. 21 wohnhafte Rentier A. Dorff als Leiche in seiner Wohnung gefunden. D. ist zweifellos das Opfer eines Unglücks geworden. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den durch Einatmung von Leuchtgas eingetretenen Tod feststellen.

Spandau.

In die Gefahr, mit einem Eisenbahnzug zusammenzustoßen, hat vorgestern ein Berliner Chauffeur das von ihm geleitete Automobil gebracht. Der Kraftwagen kam von der Hamburger Chaussee und mußte in Spandau einen Eisenbahnübergang passieren. Obwohl wegen eines herannahenden Zuges die Schranken geschlossen waren, hielt das Automobil nicht an, sondern fuhr mit rasender Schnelligkeit gegen die Barrieren, die auf beiden Seiten durchbrochen wurden. In demselben Augenblick brauste bereits der Zug heran. Die Insassen des Kraftwagens verloren ihre Kopfbedeckungen. Das Automobil wurde auf telephonische Demandschaltung in Ruhestellung gehalten und der Chauffeur festgesetzt.

Vermischtes.

Vom Blitz getötet. Vorgestern abend schlug in Rindelsbrück während eines Gewitters der Blitz in eine Gesellschaft von acht Personen. Ein 43jähriger Mann, Vater von sieben Kindern, wurde sofort getötet, seine Ehefrau sowie zwei andere Personen erlitten leichte Verletzungen. Die übrigen Personen wurden nur betäubt.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. In Linna wollte sich ein an Rheumatismus schwer erkrankter Bergmann mit Petroleum-einreibungen Linderung verschaffen. Er kam dem Lichte zu nahe und verbrannte bei lebendigem Leibe.

In seiner Zelle erhängt hat sich der wegen Meineids und anderer schwerer Delikte in Untersuchungshaft zu Wiesbaden befindliche Baumtischlermeister Frohn.

Der Stromboli abermals in Tätigkeit. Nach einer Meldung aus Catania hat der Stromboli vorgestern nachmittag wieder eine außerordentliche Tätigkeit entwickelt. Gestern morgen 7 Uhr 5 Min. erfolgte eine heftige Detonation, verbunden mit starkem Auswurf von schwarzem Rauch und Steinen und mit unterirdischem Getöse. Der Zustand des Actna ist unverändert.

Verband der Freisourgehäusen Deutschlands (Zweigverein Berlin und Barthele). Donnerstag, den 16. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaldenstraße 11/12: Versammlung.